STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19040427

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 98. 18. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 27. April 1904.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Gesetzlicher Schutz des Spieleufels.

Als am Mittwoch voriger Woche in unserer Bürgerschaft über den Senatsantrag, dem Hamburger Rennklub eine Staatssubvention von M. 10 000 zu gewähren, beraten wurde, ward von einem Gegner des Antrages angedeutet, daß von Reichs wegen die Frage in Angriff genommen sei. Das ist durch den jetzt bekannt gegebenen „Gesetzentwurf, betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen“, bestätigt worden.

Dieser Entwurf ist nicht mehr und nicht weniger als eine reichsrechtliche Regelung der Betätigung der Spielwut bei Wettrennen. Sein Inhalt ist in kurzem folgender: Der Betrieb eines Wettunternehmens für öffentlich veranstaltete Pferderennen soll nur mit Erlaubnis der Landeszentralbehörde zulässig sein. Die jederzeit widerrufliche Erlaubnis soll nur solchen Vereinen zur Veranstaltung von Pferderennen erteilt werden, welche die Sicherheit bieten, daß sie die ihnen aus dem Betriebe des Wettunternehmens zufließenden Einnahmen ausschließlich zum besten der Landespferdezucht verwenden. Der Buchmacherparagraph in dem neuen Gesetzentwurf lautet wörtlich: „Das geschäftsmäßige Vermitteln von Wetten für öffentlich veranstaltete Pferderennen ist nicht gestattet. — Aufforderungen und Angebote zum Abschluß oder zur Vermittlung solcher Wetten sind verboten, wenn sie öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen erfolgen. Unter dieses Verbot fallen nicht Ankündigungen eines nach diesem Gesetz erlaubten Wettunternehmens.“ Die nach dem Reichsstempelgesetz von den Welteinsätzen bei öffentlich veranstalteten Rennen zu erhebende Stempelabgabe soll bei Pferderennen auch dann entrichtet werden, wenn ausschließlich Mitglieder bestimmter Vereine zum Wetten zugelassen werden. Vereine, denen die Erlaubnis zum Betrieb eines Wettunternehmens erteilt ist, erhalten die Hälfte des Ertrages der Reichsstempelabgabe von Welteinsätzen bei den von ihnen veranstalteten Pferderennen zur Verwendung für Zwecke der Landespferdezucht überwiesen. Der Gesetzentwurf will mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis M. 1500 bestrafen das Betreiben eines Wettunternehmens für öffentlich veranstaltete Pferderennen ohne die vorgeschriebene Erlaubnis und das geschäftsmäßige Vermitteln von Wetten für Pferderennen.

Der Entwurf ist aus ganz demselben „Geiste“ geboren, der die preußischen Gesetzesfabrikanten bei der Anfertigung des jüngst besprochenen Lotteriegesetzes beseelt hat; er ist auch getragen von derselben Heuchelei, die sich in so manchen anderen Gesetzen der Neuzeit zeigt, wenn man deren Bestimmung in Parallele stellt mit den sonst von den Regierungen angeblich verfolgten Absichten. So zerbricht man sich bekanntlich in den Reihen der Regierungen und der „staatserhaltenden“ Parteien den Kopf darüber, wie man den Sauftenfel am besten bekämpfen könne; aber dieselben Regierungen und Parteien fruktifizieren den Sauftenfel für die Reichsfinanzen. Ebenso will man angeblich die Spielleidenschaft bekämpfen; man schafft und konserviert aber nicht nur Staatslotterien, sondern will auch die Betätigung der Rennspielwut in ein „geregeltes System“ bringen. Es fehlt in diesen Dingen unseren „Staatsmännern“ eben jede Konsequenz, was wohl nicht allein darauf zurückzuführen ist, daß aus der Spielleidenschaft ebenso wie aus dem Suff Geld geschmiedet wird. Die Rennwetten sind eine „noble Passion“ vieler Leute, deren Besitz und Lebensansprüche im schreiendsten Kontrast zu dem Minimum von ihnen geleisteter nützlicher Arbeit stehen, wenn von solcher bei ihnen überhaupt die Rede ist. Die Liebhabereien dieser anspruchsvollen Kreise muß aber die Regierung schonen; sind es doch im wesentlichen „staatserhaltende“ Elemente, die ihnen fröhnen.

Daß irgend welche grundsätzliche Stellung zur Frage der Spielleidenschaft für die Regierung bei diesem Gesetz ebenso unmaßgeblich gewesen ist, wie bei dem preußischen Lotteriegesetz, zeigt sowohl der Text des Entwurfs wie dessen Begründung. Diese betont sehr deutlich die schädliche Wirkung der Privatwettbureaux, insbesondere für die minderbegüterten Klassen. Die vom Reichstage beschlossene Bestimmung im Reichsstempelgesetz, nach welcher gewerbsmäßige Vermittler von Wetten der Aufsicht der Steuerbehörden unterliegen, habe nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Ihre gerichtliche Bestrafung habe in den meisten Fällen nicht durchgesetzt werden können, weil der Nachweis nicht gelang, daß sie selbständig den Abschluß von Wetten betrieben. Dagegen hätten die Erhöhungen des Totalisatorstempels im Jahre 1894 auf 10 v. H. und im Jahre 1900 auf 20 v. H. zur Folge gehabt, daß die Privatwettbureaux für Pferderennen einen Umfang wie niemals zuvor angenommen und sich geradezu zu einer öffentlichen Kalamität ausgebildet haben. Die durch sie herbeigeführte Ausnutzung der Spielwut gerade der weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung, verbunden mit der Unsicherheit der Erlangung der etwa bei ihrer Benutzung erzielten Gewinne, ließen ein gesetzliches Vorgehen gegen die Privatwettbureaux als notwendig erscheinen. Dazu komme, daß infolge des Anwachsens dieser Wettbureaux die Einnahmen des Reichs aus dem Totalisatorstempel trotz der Erhöhung des Stempels im Rückgange seien, und gleichzeitig zum Schaden der Landespferdezucht die Einnahmen der Rennvereine, welche wesentlich auf die Erträge aus dem Totalisator angewiesen sind, sich erheblich vermindert hätten. Diesen Mißständen gegenüber lasse sich ein wirksamer Erfolg nur erwarten, wenn allgemein das Vermitteln von Wetten unter Strafe gestellt werde. Um aber gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß dem bestehenden Wettbedürfnisse bei Pferderennen unter amtlicher Kontrolle der erforderliche Spielraum gewährt werde, sei es notwendig, daß die Landeszentralbehörden, wie es bisher in Preußen geschehen ist, allgemein ermächtigt werden, die Erlaubnis zum Betriebe des Totalisators bei öffentlich veranstalteten Pferderennen in dem ihnen angemessen erscheinenden Umfange zu erteilen.

Kulturgeschichtlich interessant, weil es einen Maßstab für die Ausdehnung der Spielleidenschaft gibt, ist das in der Begründung gelieferte Zahlenmaterial. Der im Jahre 1891 eingeführte Totalisatorstempel von 5 pZt. wurde 1894 auf 10 pZt., im Jahre 1900 auf 20 pZt. erhöht. Trotz der Vermehrung der Rennplätze mit Totalisatorkonzession und der Vermehrung der Renntage mit Totalisatorbetrieb ist der Umsatz am Totalisator in Preußen von 9,8 Millionen Mark im Jahre 1900 auf 6,6 Millionen Mark im Jahre 1902 und um eine weitere Million im Jahre 1903 gesunken. Vor Einführung der Totalisatorsteuer erreichte der Umsatz am Totalisator in Preußen 21 bis 24 Millionen Mark im Jahre. Die Einnahmen der Rennvereine aus dem Totalisatorbetrieb betrugen 1902 260 000 Mark gegenüber 1 320 000 Mark vor der Einführung der staatlichen Besteuerung.

Die Regierung führt diesen Rückgang, wie aus den oben zitierten Sätzen der Begründung zu ersehen, auf den Einfluß der Privatwettbureaux zurück. Bei unseren „Staatsmännern“ ist da natürlich der erste Gedanke, diese unbequemen Konkurrenten zu unterdrücken. Wie in Preußen nur in preußischen Lotterien gespielt werden soll, damit die dem Spieleufel gebrachten Opfer der preußischen Staatskasse allein zu gute kommen, das dem preußischen Fiskus dienende Spielen also für nützlich, das Spielen in „auswärtigen“ Lotterien dagegen für verwerflich erklärt wird, so auch beim Rennwettspiel. Es soll gefördert werden, soweit es der Reichskasse Einnahmen bringt, die mit dieser um den Gewinn konkurrierenden Privatwettenvermittler selber dagegen unterdrückt werden.

Nun haben wir selbstverständlich nicht die mindeste Veranlassung, diese gemeinschädliche, nur auf mühelosen Gewinn bedachte private „Geschäftstätigkeit“ dieser Art in Schutz zu nehmen. Im Gegenteil. Das zum Teil lichtscheue Gesindel, das diesem „Geschäft“ obliegt, verdient nicht die mindeste Schonung. Gelingt es, ihnen das Handwerk zu legen, so kann das nur willkommen geheißen werden.

Aber was für die Privatwettvermittlung gilt, gilt im gleichen Maße für den Totalisator. Aus den in der Begründung gegebenen Zahlen erhellt seine ganze Gemeingefährlichkeit. Man muß sich nur vergegenwärtigen, was es heißt, daß vierundzwanzig Millionen in einem Jahre am Totalisator umgesetzt, also der Spielleidenschaft geopfert worden sind! Sollte die Regierung sich nicht freuen, daß in den letzten Jahren die Umsätze am Totalisator so erheblich zurückgegangen sind? Dazu wäre Ursache, wenn dieser Rückgang in den Einnahmen ein Zeichen für das Abflauen der Spielwut wäre. Dem ist aber offenbar nicht so. Was dem Totalisator entgangen, ist jedenfalls zum erheblichen Teil in die Taschen der Privatwettenvermittler geflossen, bezw. doch durch deren Hände gelaufen, woraus man sich gleichzeitig ein Bild davon machen kann, wie einträglich dieses „Geschäft“ ist.

Welche Logik liegt darin, daß die Begründung über die verderbliche Wirkung der Privatwettbureaux klagt und dem offiziellen Wettbetrieb am Totalisator, der ebenso verderblich ist, ihre besondere Förderung angedeihen lassen will? Den Vorwand dafür muß die „Förderung der Pferdezucht“ abgeben. Für diesen Zweck soll die Hälfte des Ertrages der Reichsstempelabgabe von den Wettumsätzen bei ihren Rennen den mit der Erlaubnis zum Totalisatorbetrieb ausgestatteten Rennvereinen überwiesen werden. Wir müssen gestehen, daß wir in den Rennen eine Förderung der Landespferdezucht nicht erblicken können. Das halsbrecherische Wettjagen hat jedenfalls mit der Veredlung der Pferde nichts zu tun und für die praktische Verwendung der Pferde für Kulturzwecke wie im Kriege kommt die Rennfähigkeit jedenfalls nicht in Frage.

Aber wenn dem so wäre, wenn der angebliche Vorteil der Rennen für die Pferdezucht so groß wäre, wie man glauben machen möchte, so ist es immer noch nicht notwendig, den Spieleufel zu entfesseln, um die Rennen zu fördern. Haben Reich und Staat ein so erhebliches Interesse an den Rennen, so mögen sie direkt die erforderlichen Mittel dazu bieten. Aber erst die Massen zum Spiel verführen und dann von den dafür eingesäckelten Steuern die Hälfte dem angeblichen Zweck, der Pferdezucht zu nützen, zu opfern, das ist unmoralisch.

Die Förderung der Spielwut ist verwerflich. Das gibt die Begründung des Gesetzentwurfes zu; sie ist aber ebenso verwerflich und gemeinschädlich, wenn sie vermittels des offiziellen Totalisators geschieht, als auf den krummen, dunklen Wegen der Buchmacherei. Also muß in Konsequenz der von der Regierung selbst gegebenen Begründung die Forderung lauten: Fort auch mit dem Totalisator!

Der Ausstand der Eisenbahner in Ungarn.

Durch ungesetzlichen militärischen Zwang ist der große Streik tatsächlich beendigt worden. Die ungarische Eisenbahndirektion gibt bekannt, daß der Personen- und Frachtverkehr auf sämtlichen Linien der Staatsbahnen Tag und Nacht regelmäßig vor sich geht. Der Orientexpreßzug, der Schnellzug Ostende-Konstantinopel und die Konventionsschnellzüge verkehren wie gewöhnlich. Der Permanenzdienst in der Eisenbahndirektion ist aufgelöst.

Jetzt kann also die Rache der erbitterten Bourgeoisregierung beginnen. Tisza hat, um ganz freie Hand zu haben, das Abgeordnetenhaus auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Opposition verhielt sich vollkommen ruhig. Als Abgeordneter Lengyel die durch seine Verhaftung erfolgte Verletzung seiner Immunität anzeigen wollte, wurde er von der Majorität niedergeschrieen und der Präsident entzog ihm das Wort. Bei Schluß der Sitzung, welche bloß eine Viertelstunde dauerte, bereitete die Majorität dem Ministerpräsidenten lebhafte Ovationen.

Die liberale Majorität ist natürlich ganz mit dem Ministerpräsidenten einverstanden, dessen „starke Hand“ die „Ordnung“, d. h. die Willkürherrschaft der Ausbeuter so kräftig gestützt hat. Tisza hat ja der liberalen Partei in einer Konferenz eine „befriedigende“ Darstellung des Streiks und seiner weiteren Pläne gegeben. Er behauptete, es sei jedem klar, daß der Ausstand seit langer Hand vorbereitet sei; die Suspendierung zweier Beamten habe den Ausbruch des Ausstandes nur beschleunigt, keineswegs herbeigeführt. Leider hätten einige Mitglieder der Oppositionspartei durch Aeußerungen im Abgeordnetenhause die Verwirrung in den Gemütern der Ausständigen erhöht und die Illusion erweckt, daß die Regierung in eine Klemme geraten sei, aus der sie sich nur durch sofortige Erfüllung aller Wünsche der Ausständigen befreien könne. Die Regierung habe unter allen Umständen die größte Mäßigung gezeigt. Die angebotene Amnestie wurde abgelehnt. Nachdem die Frist der Amnestie nutzlos verstrichen sei, habe die Regierung die weiteren Verhandlungen mit den Ausständigen abgebrochen und die Wiederherstellung des Verkehrs mit aller Energie in Angriff genommen. Es habe auf allen Stationen eine große Anzahl Beamte gegeben, die angeblich nur warteten, den Dienst wieder aufnehmen zu können. Heute funktioniere der Verkehr nahezu normal; morgen und übermorgen würden alle fahrplanmäßigen Züge völlig regelmäßig in Betrieb gesetzt werden. Was das Korps der Eisenbahnbeamten betreffe, werde die Regierung alles aufbieten, damit in den Gemütern Ruhe eintrete. Es müsse jedoch, schon, um künftige Gefahren zu vermeiden, auch auf das Bewußtsein eingewirkt werden, daß der Ausstand ein verhängnisvoller Fehltritt gewesen sei. *Die Regierung werde jedoch alles vermeiden, was den Anschein einer Rache oder Wiedervergeltung erwecken könne. Sie werde auch nicht nach strengem Recht verfahren, da viele nur durch Schwäche gesündigt haben, indem der Ausstand sie mit elementarer Gewalt mitgerissen habe.* Sie hätten gemeint, durch die Teilnahme an dem Ausstand eine Pflicht der Solidarität zu erfüllen. Nur die Führer des Ausstandes und die Agitatoren, die durch ihre Einwirkung die Umkehr der Verirrten unmöglich gemacht und in nutzloser Weise die Leidenschaften angefacht hätten, würden voll zur Verantwortung gezogen werden. So lange die Aktion der Regierung andauere, die Spuren des Ausstandes auszulöschen, was innerhalb weniger Tage geschehen sein werde, habe es gegolten, die Einwirkung jedes anderen Faktors fernzuhalten, da von jener Seite nur Verwirrung angerichtet worden und namentlich für die Ausständigen nur Unheil erwachsen sei. Es liege auch im Geiste des parlamentarischen Prinzips, daß bei kritischen Angelegenheiten die Regierung allein die Verantwortung übernehme und daher alle erforderlichen Maßregeln mit Ausscheidung jeden fremden Einflusses ausschließlich von ihr ausgehen müßten. Aus diesem Grunde habe sich die Regierung entschlossen, die Session zu schließen, zumal die Wahl der Delegationen ohnehin die Eröffnung einer neuen Session erfordert hätte, die in einigen Tagen erfolgen würde, wenn kein nachteiliger Einfluß mehr von irgendwelcher Seite auf das Vorgehen der Regierung zu befürchten sei. Die Regierung werde es für ihre Pflicht halten, Gelegenheit zu nehmen, im Abgeordnetenhause Rechenschaft über ihre Maßnahmen abzulegen.

Die Rede wurde an vielen Stellen durch lebhaften Beifall unterbrochen und am Schlusse mit begeisterten Zustimmungskundgebungen aufgenommen. Der Minister und die Kapitalisten kennen und schätzen einander gegenseitig; sie gehören zusammen.

Mit den Verhaftungen wird fortgefahren und auch sonst nach ungarischer Praxis gewirtschaftet. Von den Mitgliedern des Ausstandskomitees wurden gestern weitere zwei verhaftet. Eine von den Sozialdemokraten einberufene Versammlung wurde verboten und die Polizei auf die Menge losgelassen; dabei wurden 18 Verhaftungen vorgenommen.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, den 25. April. Zu der vom Präsidenten in Aussicht genommenen Beratung der Novelle zum Börsengesetz kam es heute noch nicht. Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt durch die Verhandlungen über zwei Gesetzesvorlagen kolonialpolitischen Charakters, und zwar: 1. Die Vorlage, betreffend die Uebernahme einer Garantie des Reichs in bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-salam nach Mrogoro. 2. Die Vorlage, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo. Es wurde daher der Faden, mit dem man bei der Beratung der Etats für die Schutzgebiete begonnen hatte, weiter gesponnen, nur war es eine andere Nummer. Die erste Vorlage hat den Reichstag auch schon während der abgelaufenen Legislaturperiode beschäftigt, ist aber unerledigt geblieben. Heute wurde seitens der Befürworter der beiden Vorlagen auch auf die Treibereien der amerikanischen Baumwollspekulanten bezug genommen und die Illusion zu verbreiten gesucht, daß, da die bei den Vorlagen in Betracht kommenden Schutzgebiete mit Baumwollkulturen einigen Erfolg aufzuweisen haben sollen, durch Förderung einer in den deutschen Kolonien betriebenen Baumwollproduktion derartigen Treibereien ein Paroli geboten werden könne.

Um dem Reichstag die Sache möglichst schmackhaft zu machen, hat die Regierung bei der unter 2 genannten Vorlage von einer direkten Reichsanleihe abgesehen und die neue Form einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo gewählt. Diese neue Form soll nach der Regierung den Vorzug haben, daß durch einen dahingehenden Vertrag mit dem Schutzgebiet dieses zu einer Tilgung der Anleihe oder zum ganzen oder teilweisen Ersatz derselben herangezogen werden kann. Den wirklichen Grund, weshalb man diese Form der Anleihe gewählt hat, verriet der Abg. v. Standy, indem er darauf hinwies, daß die Aufnahme einer Reichsanleihe bei der gegenwärtigen Finanzlage wohl kaum die Billigung des Reichstages finden würde, während diese neue Form es dem Reichstage erleichtere, den Wünschen der Regierung entgegenzukommen. Von unserer Seite sprach Genosse Lebedour, der sowohl den prinzipiellen wie den praktischen Standpunkt, den die Sozialdemokratie gegenüber der Kolonialpolitik vertritt, betonte. Er wies darauf hin, daß, wenn die Erfahrungen, welche mit der Baumwollproduktion in dem Schutzgebiete gemacht seien, so günstig ausgefallen wären, wie behauptet wird, die in Betracht kommenden Kapitalisten die Bahnen auf eigenes Risiko bauen könnten. Daß dieses Risiko in Verbindung mit einer Garantie zu Lasten des Reichs und der Aufnahme einer Kolonialanleihe auf die Schultern der deutschen Steuerzahler abgewälzt werden solle, sei um so verwerflicher, als die Einnahmen des Reichs noch immer durch indirekte Steuern aufgebracht würden und dadurch wieder einmal die Besitzlosen zu Liebesgaben zu Gunsten einiger Kapitalisten herangezogen würden.

Beide Vorlagen wurden der Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen.

Das Drängen der Agrarier von der extremsten Richtung nach schleunigster Kündigung der Handelsverträge findet auch bei den Konservativen nicht überall Beifall. So schreibt z. B. die konservative „Schles. Ztg.“:

„Wir verkennen nicht, daß die Ungeduld, mit welcher landwirtschaftliche Kreise die Vorteile des neuen Zolltarifs erwarten, stellenweise einen Ausdruck gefunden hat, der auf Neigung zur grundsätzlichen Opposition schließen läßt, doch sind wir der Ansicht, daß die konservative Partei, wenn sie ihre geschichtliche Tradition und somit ihren Daseinsgrund nicht preisgeben will, ihre Opposition, soweit diese nötig ist, in Grenzen halten muß. Was die Kündigung der alten Handelsverträge vor dem Abschluß der neuen anbetrifft, darf sie nur als äußerstes Mittel für den Notfall ins Auge gefaßt werden. Das Risiko eines vertragslosen Zustandes, d. h. eines Zollkrieges, das die Landwirtschaft solidarisch mit der Industrie und dem Handel zu tragen hätte, steht in keinem Verhältnis selbst zu dem höchsten Vorteil, der sich von einer vorzeitigen Kündigung erwarten ließe, nämlich zu dem Vorteil, die neuen Zollsätze vielleicht ein halbes Jahr früher zu erlangen. Es liegt im eigenen Interesse der Regierungen, den neuen Zolltarif so rasch wie möglich ins Leben zu setzen. Tatsächlich handelt auch die Regierung, wie wir bestimmt zu wissen glauben, in diesem Sinne und setzt ihre volle Kraft daran, die mit sämtlichen in Betracht kommenden Staaten schon angeknüpften Verhandlungen oder doch Vorverhandlungen möglichst zu beschleunigen.“

Für jeden, der die geheimen Herzensneigungen unserer Staatslenker nur einigermaßen kennt, ist das letztere einfach selbstverständlich. Graf Bülow wird für die Agrarier herausschlagen, was sich nur irgend herausschlagen läßt. Aber das ungebärdige Agrariertum, das die neue Liebesgabenhochflut nicht abwarten kann und gierig auf die neue Beute wartet, verbreitet im Lande die Mär, daß die Regierung nur nicht wolle. Diese agitatorische Hetzarbeit wird offenbar auch den Konservativen unbequem; daher die obige Verwahrung.

Die Kanalschen der Agrarier ist durch die Verstümmelung des ursprünglichen Mittellandkanal-Projektes in einen bei Hannover endenden Sackkanal nicht besiegt, im Gegenteil hat die vor dem Agrarierzorn zurückweichende Regierung durch ihr neues Projekt nur das Mißtrauen wachgerufen, daß sie nur erst das eine Ende sich bewilligen lassen wolle, um nachher das andere als Konsequenz des ersten nachzufordern. Aus diesem Mißtrauen heraus fragt die „Deutsche Tagesztg.“: „Wird der Kanal für immer sein Ende in Hannover finden, oder verlangt er eine Fortsetzung zur Elbe, die späterer Zeit vorbehalten bleiben müßte? Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand. Der Kanal muß früher oder später nach der Elbe fortgesetzt werden. Das haben wir von Anfang an gesagt, als die Idee der Teilstrecke bis Hannover zuerst auftauchte. Wir haben auch nirgends eine ernsthafte Widerlegung dieses selbstverständlichen Gedankens gefunden. Wenn dem aber so ist, so bleiben alle finanziellen und wirtschaftlichen Bedenken, die gegen den Mittellandkanal im ganzen obwalten, vollkommen aufrechterhalten. Ob die befürchteten, bedenklichen Folgen früher oder später eintreten, kann für die grundsätzliche Stellung zur Frage nicht bestimmend sein. Von den erwähnten Bedenken ist aber durch die neue Begründung der neuen Vorlage keines beseitigt worden.“

In der Tat zieht das Agrarierorgan hier die richtige Konsequenz aus der jetzigen Vorlage. Der Sackkanal ist, so lange er Sackkanal bleiben würde, ein Unsinn. Er würde förmlich nach seinem anderen Ende „schreien“. Annehmen, daß das nicht auch die preußische Regierung einsieht, hieße ihre Intelligenz doch zu niedrig einschätzen. Man kann es darum den Agrariern nicht so sehr verargen, daß sie sich auch gegen den Kanalschimmel wehren — der Konsequenzen wegen. Die Regierung sollte daraus aber die Lehre ziehen, daß sie den Agrariern den Kanal nicht ablisten kann, sondern der Widerstand überwunden werden muß.

Der ungarische Eisenbahnerstreik scheint seine Wirkungen auch auf — Preußen auszuüben. Minister Budde machte am Montag im Abgeordnetenhause bei Beratung des Eisenbahnetats eine überraschende Mitteilung. Er erklärte:

„Eine Depesche Sr. Majestät des Königs ermächtigt den Herrn Finanzminister und mich, dem hohen Hause eine Vorlage zu machen, durch die wir den Eisenbahnern drei Millionen Mark spenden, um auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt weiter vorzugehen. Am 7. März dieses Jahres habe ich unter dem vollen Beifalle des Hauses mitgeteilt, daß am 26. Februar in Kassel ein Eisenbahnarbeiter-Verband gegründet worden ist, der den Zweck hat, durch Selbsthülfe, Versicherung und Gründung von entsprechenden Einrichtungen zu erreichen, daß die verwaltungsmäßigen und gesetzmäßigen Krankengelder eine entsprechende Erhöhung erfahren. Der Eisenbahnerverband wird im nächsten Monat zusammentreten, um eine Zuschußkrankenkasse zu gründen. Auch Sterbegelder sollen aus der Kasse gewährt werden. Die Staatseisenbahnverwaltung hat die volle Berechtigung und Verpflichtung, ihren Angestellten für ihre Wohlfahrtseinrichtungen weitere Zuschüsse zu gewähren. Ich hoffe auf eine allseitige Zustimmung zu der bevorstehenden Vorlage, die Ihnen in den nächsten Tagen zugehen wird. Damit glaube ich auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege getan zu haben, was in meinen Kräften liegt.“

In dieser Ankündigung haben wir ganz offenbar eine Wirkung des ungarischen Eisenbahnerstreiks zu erblicken. Wäre dem nicht so, dann hätten die Herren Minister, die so plötzlich mit ihrem Auftrag herausrücken, die Summe wohl schon in den jetzt zur Beratung stehenden Etat eingestellt. In ihrem eigenen bureaukratischen Gemüt wäre der Gedanke, den Eisenbahnern einige Millionen zu „Wohltaten“ zuzuwenden, selbst unter dem Eindruck des Aufbäumens der ungarischen Eisenbahnsklaven gegen die ihnen zu teil gewordene schäbige Behandlung wohl kaum geboren worden. Es bedurfte des Anstoßes durch den Monarchen, um die Minister auf einen ihnen so fern liegenden Gedanken zu bringen. Wilhelm II. hat offenbar auf seiner Mittelmeerreise von dem ungarischen Streik vernommen und sich gesagt, es sei besser, den vielgeplagten Eisenbahnern freiwillig etwas zu bieten, als es sich nach ungarischem Muster abzwingen zu lassen. Und unverweilt haben die Minister den Auftrag erhalten, in dem Sinne zu handeln.

Für die Minister ist die dadurch geschaffene Situation freilich etwas sehr unbequem und nur bei preußischen Ministern ist es nicht zu verwundern, daß sie sich mit süßer Miene in die heikle Situation finden. Solche Maßnahmen vorzuschlagen, ist nach konstitutionellen Grundsätzen nämlich nicht Sache des Monarchen, sondern der Minister. Der umgekehrte Gang der Dinge ist eine offene Bekundung der Tatsache, daß die Minister nicht getan haben, was ihnen zu tun möglich war. Ob sie es getan hätten, wenn sie nicht die Sparsamkeit — bei Kulturaufgaben — als das höchste Prinzip ansähen und mit den Etatsnöten ihrer Sparsamkeit am falschen Orte eine Art Rechtfertigung geben könnten, erscheint uns sehr fraglich. Für die unteren Beamten schlägt das Herz der Minister zwar immer sehr warm, wenn es sich nur um Worte handelt; zu Taten schwingen sie sich so leicht nicht auf.

Nun wollen wir damit freilich noch nicht sagen, daß die Hergabe der drei Millionen, vorausgesetzt, daß das Junkerparlament sie bewilligt, eine Tat sei. Die Summe ist zur Förderung der Arbeiterwohlfahrt, wo so viele Tausende von Arbeitern in Frage kommen, doch recht klein. Die Minister mögen sich denn auch nicht wenig die Köpfe zerbrochen haben, wie sie die Summe verwenden sollen, damit es nach etwas aussieht. Und da ist Herr Budde — man staune! — plötzlich sogar zum Verehrer — des Vereinsrechts der Eisenbahner geworden, dessen freie unbehinderte Ausübung sonst ihn nur als Gegner kennen gelernt hat.

Man sieht, daß in Preußen selbst für Maßnahmen, auf die die Minister aus eigener Gedankenarbeit nicht kommen, Gelder flüssig zu machen sind, wenn der Monarch es befiehlt. Es wird sich vielleicht einmal Gelegenheit finden, sie daran zu erinnern, wenn sie sich wieder gegen Ausgaben für dringende Kulturbedürfnisse sträuben.

Im Ruhrkohlengebiet wurde am letzten Sonntag in mehreren stark besuchten Volksversammlungen je eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche in Verbindung mit dem für eine gemeinsame Aktion eingesetzten Komitee treten soll, um an geeigneter Stelle für eine Verstaatlichung der Zechen einzutreten. In Aplerbeck sowie in Berghofen wurde entschieden gegen die Unterstellung des Handelsministers protestiert, daß die Aufregung unter den Bergleuten durch sozialistische oder ultramontane Agitation künstlich genährt werde. Der Handelsminister sei im Ruhrgebiet kein Unbekannter; er habe aber nur Worte der Besänftigung, nicht aber solche zur Abstellung der die Erregung veranlassenden Uebelstände gefunden.

Einen Wahlzwang für die Beamten bei der mit öffentlicher Abstimmung verbundenen preußischen Landtagswahl in die Wege zu leiten, hatte die Eisenbahndirektion in Bromberg versucht. Sie hatte in ihrem Amtsblatte eine Verfügung an die Inspektionen und Dienststellen sowie an die Beamten und Arbeiter des Bezirks erlassen, worin das Fernbleiben einer Anzahl Beamten und Arbeiter von der am 12. November v. J. vollzogenen Landtagswahl ohne genügende Entschuldigung gerügt wurde; gleichzeitig waren die Inspektionsvorstände und die Vorstände der Bureauabteilungen angewiesen worden, diejenigen Bediensteten, deren Fernbleiben von der Wahl nicht genügend entschuldigt sei, zur Verantwortung zu ziehen. Die Eisenbahndirektion hat jetzt, wie die „B. Z.“ meint, auf höhere Weisung die Verfügung wieder aufgehoben.

Die „höhere Weisung“ war sehr vernünftig, denn für das Vorgehen der Eisenbahndirektion fehlt es an jeder gesetzlichen Unterlage. Ein Wahlzwang besteht in Preußen nicht. Ein solcher Zwang wäre bei der öffentlichen Abstimmung eine Vergewaltigung der Ueberzeugung der Beamten, denn wenn sie nicht so stimmen, wie es die vorgesetzte Behörde wünscht, so müssen sie befürchten, dafür direkt oder indirekt bestraft zu werden. Die Bromberger Direktion hat offenbar angenommen, daß die Beamten, welche ohne genügende Entschuldigung der Wahl ferngeblieben sind, dies deshalb getan haben, weil sie nicht im Sinne der Regierung stimmen wollten. Das erscheint in den Augen echter preußischer Bureaukraten schon als strafwürdiges Vergehen. Ueber den Ansichten der Bureaukraten steht aber noch das verfassungsmäßige Recht, und der Versuch, sich darüber hinwegzusetzen, scheint ja in diesem Falle doch noch zurückgewiesen zu sein.

Die Ungeheuerlichkeit der preußischen Polenpolitik tritt besonders klar zu Tage, wenn man die alltäglichen Ereignisse in den Gebieten der Zwangsgermanisierung betrachtet. Da wurde z. B. von der bekannten Strafkammer in Beuthen der Redakteur des Polenblattes „Gornoslazak“, Wollski, zu M. 450 Geldstrafe verurteilt, „wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“. Er hat also wahrscheinlich, müßte man annehmen, eine Menschenmenge aufgefordert, Häuser zu demolieren, das Justizgebäude anzuzünden oder die Gendarmen zu prügeln. Nichts von alledem; er hat ein Gedicht veröffentlicht: „Die christliche Familie“. Dieses Gedicht befaßt sich mit der Lage der Polen unter russischer Herrschaft und war darin vom Zaren und den Cibiiken Sibiriens usw. die Rede. Der Staatsanwalt führte aus, daß, wenn das Gedicht sich auch auf russische Verhältnisse bezöge, doch dadurch die preußischen Polen aufgereizt werden könnten(!), da eben Polen zwischen Rußland und Preußen geteilt sei. Der Gerichtshof machte die Ausführung des Staatsanwalts zu der seinigen!

Reizte Wollski durch ein Gedicht über russische Verhältnisse die preußischen Untertanen auf, so ein anderer Pole durch das Bild eines längst verstorbenen polnischen Generals. Der Inhaber einer Buchhandlung in Siemianowitz in Oberschlesien erhielt eine Anklage, weil er im Schaufenster seines Geschäftes ein Bild: Kosciuszko zu Pferde ausgestellt hatte. Die Staatsanwaltschaft erblickt in der Ausstellung dieses Gemäldes eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten der Polen gegen die Deutschen. Bei einer darauf stattgefundenen Haussuchung wurde eine Anzahl dieser Kosciuszko-Bilder konfisziert. Außerdem wurden eine Reihe Gemälde und polnische Bücher in derselben Buchhandlung beschlagnahmt.

Bei dieser Art Polenpolitik wundert man sich allerdings nicht mehr, wenn die Polen lieber zu Rußland als zu Preußen gehören möchten. Dort wird der Kampf gegen mißliebige Elemente wenigstens nicht in den Formen der Justiz geführt, die Sachlage ist also klar und unmißverständlich.

Die Zentralisation der Scharfmacher ist nicht ganz geglückt; im Prinzip war man zwar einig und

irgendwelche Rücksicht auf die Arbeiter oder auf das soziale Gewissen des Volkes bestimmte den dissentierenden Teil nicht. Aber der „Bund der Industriellen", d. h. jene Arbeitgebervereinigung, die sich der Scharfmacher-Hauptstelle nicht angeschlossen hat, fürchtet, daß den von ihm repräsentierten Teil der Unternehmer vom „Zentralverband deutscher Industrieller" das Fell über die Ohren gezogen werde. Gegen die Arbeiter könnte man sich leicht einigen; aber der Zentralverband treibt nicht nur Scharfmacherei, er hat auch noch andere Ziele. Darum erklärt der „Bund der Industriellen" in einem Rundschreiben, „daß er freiheitlichere Anschauungen auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung vertrete und auf das entschiedenste die schwere Schädigung der deutschen Fertig- und Exportindustrie durch die großen Industriekartelle, wie das Kohlensyndikat, den Halbzeugverband, den Stahlwerksverband, den Feuerversicherungsring und viele andere, bekämpfe, die der „Zentralverband deutscher Industrieller" bekanntlich vertrete und fördere. Es sei zu verhindern, daß die deutsche Fertig- bezw. Mittel- und Kleinindustrie nicht, wie beabsichtigt werde, in eine für unser ganzes Erwerbsleben bedenkliche Abhängigkeit von der Großindustrie gebracht werden könne. Der „Bund der Industriellen" werde nach wie vor dafür eintreten, daß ein unabhängiger „Allgemeiner Arbeitgeber-Verband" zu stande komme".

Soweit es gilt, die Arbeiter niederzuhalten und auszubeuten, wollen die Herren vom „Bund" gern mitmachen; aber sie wollen sich nicht von den noch größeren Ausbeutern, den Syndikaten rc., auffressen lassen. Daher die Opposition!

Gesetzlicher Schutz der Lehrlinge in Basel. Unser Genosse Regierungsrat Wullschleger hat als Chef des Departements des Innern den Entwurf zu einem Lehrlingsgesetz ausgearbeitet, da ein solches gegenwärtig in diesem Kanton nicht besteht. Der Entwurf umfaßt 33 Paragraphen und eine sehr umfangreiche Begründung, in der die bezügliche Gesetzgebung des In- und Auslandes Berücksichtigung gefunden hat. Dem Gesetze werden alle Lehrlinge beider Geschlechter in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben, sowie Lehrwerkstätten, unterstellt, auch junge Leute in Fabriken, wenn sich aus der Gesamtheit der Anstellungsbedingungen ein Lehrverhältnis ergibt. Unter gewissen Bedingungen kann den Unternehmern das Recht zum Lehrlingshalten auf die Dauer bis zu zehn Jahren entzogen werden. Unter 14 Jahren darf kein Lehrling eingestellt werden. Jeder Lehrling ist zur Eintragung in das amtliche Lehrlingsregister anzumelden und in jedem Falle ein schriftlicher Lehrvertrag zwischen den Beteiligten abzuschließen, der sich auf die Dauer der Lehrzeit, der Probezeit und der täglichen Arbeitszeit, sowie auf die beiderseitigen Vergütungen zu erstrecken hat. Vorgeschrieben werden ferner humane Behandlung und, insofern der Lehrling in der Familie des Meisters lebt, ausreichende Ernährung und anständige Beherbergung, sowie Pflege im Erkrankungsfalle. Der Besuch der Fortbildungs-, Ergänzungs- und beruflichen Fachkurse wird obligatorisch erklärt, desgleichen die Teilnahme an der Lehrlingsprüfung. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich festgesetzt. Die Nachtarbeit ist nur in jenen Gewerben zulässig, die dem täglichen Bedarfe dienen oder bei denen sie die Natur des Betriebes erfordert. Die Arbeits- und Schlafräume der Lehrlinge unterstehen der Kontrolle der Gewerbeinspektion und Sanitätspolizei. Vorbehalten bleibt die Aufstellung von Bestimmungen über die Dauer der Lehrzeit und die in einem Betriebe zulässige Maximalzahl von Lehrlingen. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht über die Durchführung des Lehrlingsgesetzes wird dem Departement des Innern eine Kommission mit dem Namen „Lehrlingspatronat" beigegeben, die aus 12 Mitgliedern besteht, wovon wenigstens 2 weibliche und je 4 Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer sein sollen. An unbemittelte befähigte junge Handwerker, Techniker und Kaufleute, welche die Lehrlingsprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden haben, können zum Zwecke der weiteren Ausbildung in Fachschulen, Werkstätten, Handelsfachschulen usw. Stipendien bewilligt werden. Die Mitglieder des Lehrlingspatronats erhalten für jede Sitzung eine Entschädigung von zwei Franken, desgleichen werden sie für besondere Funktionen entschädigt. Zur Durchführung des Gesetzes wird dem Gewerbeinspektorat ein weiterer Gehülfe beigegeben. Die Uebertretung der Vorschriften des Gesetzes wird mit Geld- oder Haftstrafe gebüßt.

Der Gesetzentwurf bietet nicht nur mit der endlichen formellen Regelung des bisher ausschließlich der privaten Vereinbarung überlassenen Lehrlingswesens einen Fortschritt, sondern auch mit zahlreichen Spezialbestimmungen, die ein schönes Stück Arbeiterschutz und Sozialpolitik darstellen.

Die Errichtung sozialer Einigungsämter ist vom Kantonsrat von Zürich beschlossen worden, und zwar einstimmig.

Das englische Unterhaus hat am Montag die zweite Lesung der Vorlage über die Fremdeneinwanderung angenommen. Dilke stellte folgenden Unterantrag: „Das Haus glaubt, daß die Gesetzgebung die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer verhindern soll. Das beste Mittel hierfür ist, den aus billiger Arbeit der Ausländer entstehenden Uebeln entgegenzutreten. Das Haus wünscht ferner, bevor die Vorlage bewilligt wird, zu versuchen, daß das Gesetz das Prinzip der Gewährung von Zuflucht für die Opfer von Verfolgungen aufrechterhält." Nach längerer Beratung wurde der Unterantrag Dilkes zur Vorlage, betr. die Fremdeneinwanderung, mit 241 gegen 117 Stimmen abgelehnt und die zweite Lesung dieser Vorlage ohne besondere Abstimmung angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Präsident der Lokalverwaltung, Long, die Regierung wünsche nicht die Einwanderung von gesunden und ehrenhaften Leuten zu behindern, aber es sei nicht möglich, die gegenwärtige Art der Einwanderung weiter zu gestatten.

Zum Schutz des englischen Gewerkschaftsrechts. Wie in einem Telegramm unserer letzten Sonnabendnummer berichtet, hat das englische Unterhaus am Freitag eine Vorlage zum Schutz des Gewerkschaftsrechts mit 238 gegen 199 Stimmen angenommen. Es handelt sich dabei um einen Gesetzentwurf, durch welchen den bedenklichen Folgen der in dem Taff-Vale-Streit getroffenen gerichtlichen Entscheidung, welche die Gewerkschaften für jede Handlung eines ihrer Einzelmitglieder haftbar machte, vorgebeugt werden sollte. Schon im Mai v. J. war eine den gleichen Zweck verfolgende Vorlage an das Unterhaus gebracht, aber abgelehnt worden. Der im September 1903 stattgehabte Trades-Union-Kongreß beauftragte indes das Parlamentarische Komitee, eine neue Vorlage zu entwerfen. Die Vorlage wurde ausgearbeitet und erhielt den Titel: Trades Unions and Trades Dispute Bill (Vorlage, betreffend Gewerkschaften und gewerbliche Streitigkeiten). Sie lautete:

„I. Während der Einleitung und Fortsetzung einer gewerblichen Streitigkeit soll es einer oder mehreren Personen, die im Namen einer Trades-Union oder einer anderen Verbindung handeln, gestattet sein, sich neben einem Hause oder Platze aufzuhalten, um Mitteilungen zu empfangen oder zu machen, oder um in friedlicher Weise eine Person zu überreden, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, oder um alle diese Zwecke auszuführen; solche Handlungen, wenn ohne Gewalt ausgeführt, sollen nicht als Bewachen und Besetzen im Sinne des siebten Abschnittes des Gesetzes, betreffend Verschwörung und Eigentumsschutz vom Jahre 1875, betrachtet werden.

„II. Ein Uebereinkommen oder eine Verbindung von zwei oder mehreren Personen, um eine Handlung auszuführen oder ausführen zu lassen zwecks Einleitung oder Förderung einer gewerblichen Streitigkeit, soll nicht klagbar sein, wenn eine solche Handlung, von einer einzigen Person ausgeführt, nicht klagbar ist.

„III. Eine Trades-Union oder Verbindung darf auf Ersatz von Schäden, die von Mitgliedern der Trades-Union oder Verbindung verursacht wurden, nicht angeklagt werden, außer wenn nachgewiesen wird, daß diese Mitglieder der Trade-Union oder Verbindung im Sinne und unter der Autorität der Statuten der Trades-Union oder der Verbindung gehandelt haben."

Der Sinn dieser Vorlage ist klar. Die Gewerkschaften wollten ihr Streikpostenrecht und ihre Fonds schützen, eben Klagen wegen Verschwörung unmöglich machen.

Die Vorlage wurde vor etwa zwei Monaten eingebracht und zum ersten Mal gelesen. Am Freitag wurde sie von der ganzen liberalen Partei, den Nationalisten (irischen Abgeordneten) und selbstredend von den Arbeiter-Abgeordneten unterstützt. Der Premierminister sprach gegen die Vorlage, jedoch wollte er sie zu keiner Parteifrage machen und stellte es seinen Anhängern anheim, nach ihrem Gutdünken zu stimmen. Das Resultat war das angegebene. Damit ist aber leider die definitive Annahme und gesetzliche Durchführung der Vorlage noch lange nicht gesichert, wenn immerhin die vorläufige Annahme der Vorlage ein nicht zu unterschätzender Erfolg ist. Sie wird nun erst noch eine Kommissionsberatung zu passieren haben, wobei man nicht vorher wissen kann, wie gestaltet der Entwurf aus der Kommission herauskommen wird. Kommt er aber schließlich im Unterhaus endgültig zur Annahme, so hat auch noch das Oberhaus darüber zu befinden und bei der dort gegenwärtig herrschenden gewerkschaftsfeindlichen Stimmung ist da leider auf starken Widerstand zu rechnen. Jedenfalls wird es noch eines starken Druckes seitens der Gewerkschaften bedürfen, um endgültig in der Sache den Sieg zu erringen.

Das Gemetzel in Elesd wurde vom offiziösen Telegraphen sofort auf die Schuld der Sozialisten geschoben, obwohl von einer sozialdemokratischen Partei in jenem Teile Ungarns kaum die Rede sein kann. Die „Frankf. Ztg." die einen Originalbericht bringt, weiß von Sozialisten nichts, sondern spricht von Bauern, die in Konflikt mit der Gendarmerie kamen. Dies Blatt sagt: „In Elesd bei Großwardein kam es am Sonntag bei der Konstituierung der Unabhängigkeitspartei zu einem furchtbaren Blutbad. 6000 Bauern versuchten die Versammlung zu sprengen, wodurch es zu einem argen Zusammenstoß kam. Aus der Menge fielen plötzlich auf die einschreitenden Gendarmen Schüsse. Einer traf den Wachtmeister Resch, der tot zu Boden sank. Die Gendarmerie gab hierauf mehrere Salven ab, wodurch 23 Personen getötet und 35 schwerverletzt wurden. Von Großwardein wurde Militär requiriert." Ferner berichtet dasselbe Blatt, daß fast alle Getöteten rumänische Bauern sind. Von 35 Verletzten dürften viele ihren Wunden erliegen. Bei dem Zusammenstoß schossen 58 Gendarmen, die sämtlich trafen.

Die „Köln. Ztg." behauptet zwar, daß Sozialdemokraten die Gendarmerie angriffen, schildert aber selbst das Ereignis folgendermaßen: Erst wurde der Rittmeister Redeczlay durch einen Steinwurf am Kopf verwundet, dann hieb man ihm mit einem Knüttel auf den Arm, daß ihm der Säbel entfiel. Der an seiner Seite stehende Korporal Halaszy spaltete hierauf dem Angreifer, einem rumänischen Bauern, den Schädel. Jetzt fiel der Schuß, der den Gendarmeriewachtmeister Resch tötete. Vor seinem Tode zog Resch noch den Revolver und schoß den rumänischen Sozialistenführer Akis nieder. Die anwesenden 29 Gendarmen gaben nun zweimal Feuer auf die dichtgedrängte Menge. Alle 58 Schüsse trafen, 23 Personen waren sofort tot. Die Angreifer waren überwiegend rumänische Sozialisten, die hierauf die Flucht ergriffen. Die Bauern der Umgebung nehmen eine drohende Haltung an. Nachts sind mehrere Brandstiftungen verübt worden.

Also abwechselnd Sozialisten und Bauern! Nur weiß man nicht, wo die Tausende von rumänischen Sozialisten auf einmal herkommen sollen. Es wird sich wohl so verhalten, wie wir von Anfang an annahmen, daß die Gendarmen in der üblichen Brutalität eine erregte Menge provozierten und dann ihre Schießfertigkeit zeigten.

Außer den bereits gemeldeten 23 Toten sind zwei schwer Verwundete ihren Wunden erlegen, der Zustand mehrerer Personen ist bedenklich.

Am Aufstand der Hereros wollen nun auch die Händler nicht schuld sein; sie sind vielmehr die guten Engel der Kolonie gewesen und haben sich geduldig von den betrügerischen Eingeborenen übers Ohr hauen lassen; das ist der Sinn der vielen Worte, die der frühere Generalbevollmächtigte der deutschen Kolonialgesellschaft Dr. Rhode macht und welche die „Hamb. Börsenhalle" mit Genuß zitiert. Dr. Rhode findet den Grund für die Erhebung der Hereros „in dem heimtückischen, blutdürstigen Charakter der Eingeborenen, die von den Deutschen nur Wohltaten empfangen und ihnen die wirtschaftliche Existenz zu verdanken hätten, die früher von den Hottentotten dauernd bedroht war. Rhode wendet sich entschieden gegen die Auffassung, daß etwa der Kaufmann für den Ausbruch des Aufstandes verantwortlich zu machen sei. Der weiße Kaufmann spielt dort unten die Rolle, daß er entweder dem Wanderhändler die Waren verkauft oder selber als Wanderhändler ins Land geht. Man sagt nun, es seien vielfach Mißgriffe der Wanderhändler vorgekommen. Gewiß ist unter diesen manches unlautere Element. Aber weit mehr als der Händler ist der Eingeborene darauf bedacht, beim Handel zu betrügen. Mag immerhin der Kaufmann manche Kniffe angewandt haben, um auf seine Rechnung zu kommen, so darf man doch nicht vergessen, daß es sich nicht etwa um Auswucherung armer Leute gehandelt hat, sondern darum, von meist reichen Leuten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erlangen. Als sich herausgestellt hatte, daß ein Teil der Eingeborenen bei den weißen Kaufleuten verschuldet war, wurde sofort von den Missionaren Geschrei erhoben über deren Auswucherung durch die deutschen Händler. Aber gerade der gegenwärtige Aufstand hat bewiesen, daß diese Behauptung falsch ist. Denn er hat gezeigt, daß die Eingeborenen zu den portugiesischen Schmugglern gegangen sind und dort ihr bares Geld für Waffen und Munition hingegeben haben, während sie bei dem legitimen deutschen Händler Schulden machten."

Wahrscheinlich hätten einige der „legitimen deutschen Händler" das einträgliche Geschäft der Waffenlieferung gern selbst gemacht! Doch die Ausführungen des Dr. Rhode werden gewiß niemand veranlassen, an die Unschuld der Händler zu glauben. Die Zeugnisse über die wucherische Gier der „Kulturträger" sind unanfechtbar.

Mit der Verschickung gefangener Hereros nach den südafrikanischen Randminen, wovon gleich nach Beginn des Krieges in Deutsch-Südwestafrika die Rede war, scheint es doch seine Richtigkeit zu haben. Der Vertreter der „Köln. Ztg." schreibt darüber: Bei Ausbruch des Aufstandes waren in Swakopmund Eingeborene zur Vermeidung von Unruhen auf Schiffen untergebracht worden. „Sie konnten nicht wirksam bewacht werden. Es wurde daher eine Sitzung des Bezirksbeirats abgehalten, der sich damit einverstanden erklärte, daß 282 dieser Leute, fast alle Herero, dem Vertreter der Rand Labour Mining Association, Hewitt, übergeben würden, um nach Johannesburg gebracht zu werden, und zwar auf Grund eines auf zwei Jahre lautenden Arbeitsvertrags, dessen Inhalt durch eine Kommission von Bürgern festgesetzt worden war. Auch die Vertreter der Otawigesellschaft und der Baufirma Arthur Koppel, denen auf diese Weise Arbeiter vom Bahnbau weggenommen wurden, erklärten sich mit dieser Regelung einverstanden; es wurde ihnen in Aussicht gestellt, daß ihnen später Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt würden."

Als Menschen mit eigenem Selbstbestimmungsrecht scheint man demnach die Hereros nicht zu betrachten. Nicht sie, sondern andere „Bürger" beschließen über die Arbeitsverdingungen. Der zweijährige „Kontrakt" sieht der Sklaverei so ähnlich wie ein Ei dem anderen.

Tages-Bericht.

Dienstag, den 26. April.

Hamburg.

Die Maifeier 1904.

Als Festplatz für die diesjährige Maifeier dient der Mühlenkamp mit der dortigen Rennbahn und das Linke'sche Etablissement. Nachdem der pünktlich um 11¾ Uhr von der Koppel abmarschierende Zug vollständig auf dem Festplatz einmaschiert ist, werden die Festreden gehalten. Dann folgen Konzert und Vergnügungen verschiedener Art.

Der Festzug wird diesmal nicht, wie in früheren Jahren, durch die Körnerstraße nach dem Mühlenkamp marschieren, wie gestern mitgeteilt wurde, sondern die Richtung Koppel, An der Alster, Schwanenwik, Adolfstraße, Sierichstraße, Krohnskamp, Poßmoorweg, Moorfurthweg, Rennkoppel-Mühlenkamp nehmen, wie wir berichtigend mitteilen. Rücksichten auf den Straßenbahnverkehr beim Mühlenkamp haben diese Aenderung notwendig gemacht.

o. **Lohnbewegung der Leitergerüstarbeiter.** Seitens der Organisation (Transportarbeiterverband) wurde unter dem 28. März an die in Frage kommenden beiden Unternehmer, Joh. Burczak, Heilmannstr. 6 und Vereinigte Gerüst-, Bau- und Leihanstalten G. m. b. H., Kaiser Wilhelmstr. 40, nach wochenlangen Verhandlungen über den Tarif folgendes Schreiben gerichtet:

„In der gestern stattgefundenen Versammlung nahmen die Leitergerüstarbeiter zum vierten Male Stellung zu dem neuen Lohntarif und faßten einstimmig den Beschluß, in eine weitere Verhandlung nicht mehr einzutreten. Die nunmehr endgültige Forderung der Arbeiter hat im Interesse des Friedens nochmals Abstriche gegenüber den ersten Forderungen erfahren; sie folgt anbei:

1. Arbeitszeit im Sommer vom 1. März bis 31. Oktober von Morgens 7 bis Abends 5½ Uhr, inkl. einer halbstündigen Frühstücks- und einstündigen Mittagspause.

Im Winter vom 1. November bis 28. Februar, von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr, inkl. einer halbstündigen Frühstücks- und Mittagspause.

Sonnabends ist eine halbe Stunde früher; an den Vorabenden der hohen Festtage (Ostern und Pfingsten) um 4 Uhr Feierabend; der Lohn wird jedoch an diesen Tagen voll ausbezahlt.

2. Der Lohn beträgt ab 1. Mai 1904 für Gerüstarbeiter 55 ₰, für Vorarbeiter 65 ₰ pro Stunde; ab 1. April 1905 für Gerüstarbeiter 60 ₰, für Vorarbeiter 70 ₰ pro Stunde.

Für Ueberstunden von 4 resp. 5½ Uhr bis 8 Uhr Abends werden 10 ₰ Aufschlag pro Stunde vergütet; für Nachtarbeit von 8 Uhr Abends bis 7 resp. 8 Uhr Morgens und für Sonntagsarbeit werden 50 Prozent Lohnaufschlag vergütet. Bei Nachtarbeit tritt nach je 3 Stunden Arbeitszeit eine halbe Stunde Pause ohne Lohnabzug ein.

Die Lohnauszahlung findet Sonnabends während der Arbeitszeit, jedoch spätestens bis 3½ resp. 4 resp. 5 Uhr statt. Der Lohn wird möglichst auf der Baustelle ausgezahlt; falls die Arbeiter nach Feierabend auf den Lohn warten müssen, wird diese Zeit als Ueberstunden bezahlt.

3. Jede Kolonne bis zu 18 Meter Gerüsthöhe besteht aus 4 Mann, bis zu 20 Meter Höhe aus 5 Mann, über 20 Meter Höhe aus 6 Mann.

4. Ist für eine beschäftigte Kolonne am nächsten Tage keine Arbeit vorhanden, so ist dieses Tags vorher bekannt zu geben, andernfalls werden den Arbeitern mindestens 2 Stunden Lohn vergütet.

5. Bei Arbeiten außerhalb Hamburgs, von wo Rückkehr am Abend nicht möglich, ist außer dem Lohn ℳ 2 Zehrgeld und Hin- und Rückfahrt zu vergüten.

6. Für die Winter- und Herbstmonate ist eine heizbare Baubude einzurichten.

7. Bei der Einstellung von Arbeitskräften im Frühjahr sind, bevor neue ungelernte Arbeiter eingestellt werden, die alten bisherigen Arbeiter, sofern dieselben sich rechtzeitig um Arbeit bemühten, zu berücksichtigen.

Dieser Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1907; derselbe läuft stets ein Jahr weiter, wenn er nicht drei Monate vorher von der einen oder der anderen Seite gekündigt wird.

Eine gefällige Antwort wird erbeten bis spätestens zum 15. April d. J."

Darauf ist von der Firma Jos. Burczak unter dem 30. März folgende Antwort ergangen:

„Bin mit dem Tarif der Leitergerüstarbeiter einverstanden; wollen Sie dieses der Sektionsleitung mitteilen."

Seitens der Vereinigten Gerüst-Bau- und Leihanstalten G. m. b. H. dagegen lief folgendes Schreiben vom 16. April ein:

„Antwortlich Ihres Schreibens vom 28./3. haben wir, um in derselben Tonart, wie Sie eingangs Ihres Schreibens sich ausdrücken, zu reden, endgültig festgesetzt:

ad 1. Die Arbeitszeit bleibt unverändert, wie bisher.

ad 2. Wir bewilligen, falls eine feste Vereinbarung in der nächsten Woche abgeschlossen wird:

ab 1. Mai 1904 für Gerüstarbeiter 55 ₰, Vorarbeiter 65 ₰ pro Stunde; ab 1. April 1905 für Gerüstarbeiter 60 ₰, Vorarbeiter 70 ₰ pro Stunde. Ueberstunden von 6 bis 8 Uhr werden nicht höher bezahlt. Passus für Nacht- und Sonntagsarbeit wird angenommen. Bezüglich der Lohnauszahlung bleibt es wie bisher.

3—4 lehnen wir ab; 5 und 6 wird angenommen; 7 abgelehnt.

Bezüglich der Gültigkeit des Tarifs wollen wir insoweit entgegenkommen, daß derselbe nur bis zum 31. März 1908 mit 3monatlicher Kündigung abgeschlossen werden soll.

Zum Schlusse bemerken wir Ihnen, daß wir, um Ihrer Organisation eine gleichwertige gegenüberzustellen, uns dem hiesigen Arbeitgeberverband angegliedert haben.

gez. Paul C. J. Jordan."

Aus dem letzten Passus wird man sich erklären dürfen, warum der größere Betrieb nicht bewilligte, was der kleinere anstandslos zugestand. Es wird sich in den nächsten Tagen entscheiden müssen, ob eine gütliche Regelung möglich ist, oder ob die Arbeiter gezwungen sein werden, zur Arbeitseinstellung zu schreiten.

Auch eine „Hülfsaktion für Aalesund". Die bürgerliche Presse berichtet: Die Verleihung des kaiserlichen Bildnisses an Herrn Direktor Guido Wolff und Herrn Arndt v. Holtzendorff, Chef des Ausrüstungswesens und Prokurist der Hamburg-Amerika-Linie, ist der Ausdruck des allerhöchsten Dankes für die glänzende Durchführung der Hülfsaktion für Aalesund, deren Leiter Herr v. Holtzendorff bekanntlich gewesen ist. Das Herrn v. Holtzendorff verliehene Bildnis, das den Monarchen in ganzer Figur und in Admiralsuniform darstellt, trägt die Unterschrift: „Wilhelm I. R. Zur Erinnerung an Aalesund. 27. 1. 04". (Der 27. Januar ist bekanntlich der Geburtstag des Kaisers.)

Auch diesen „Abgebrannten" ist geholfen.

Verlegung des Postamts 27. Am Sonntag, 24. April, nach dem Schalterschluß sind die Diensträume des Postamts 27 von dem Hause Vierländerstraße 14 nach dem neuerbauten Postgebäude an der Ecke der Markmannstraße und des Billhorner Mühlenwegs verlegt worden. Die inneren Räume des neuen Postgebäudes sind für den Vorsteher Herrn Riekmann, 6 Beamte und 34 Unterbeamte berechnet, praktisch und bequem angelegt, die Fußböden mit Linoleum überdeckt. Im Schalterraum befinden sich 5 Schalter für die Abfertigung des Briefverkehrs, Verkauf von Postwertzeichen rc. und 3 Schalter für Paketabfertigung. Außerdem steht dem Publikum dort ein Fernsprechautomat zur Verfügung. Eine Fernsprechstelle für den auswärtigen Verkehr ist in den inneren Räumen errichtet.

Auf der Zentralbahn tragen jetzt diejenigen Schaffner, deren Wagen durch die Große Bergstraße fahren, ihre Geldtasche an einem grünlackierten Riemen, während die Taschenriemen der Schaffner, deren Wagen durch die Königstraße fährt, rotlackiert sind. Auf diese Weise kann der im Wagen befindliche Fahrgast erkennen, welchen Weg der Wagen nimmt.

Der Veddelkanal ist vorzunehmender Baggerungen halber bis auf weiteres für den durchgehenden Schiffsverkehr gesperrt.

Blütenschnee im Kirschenlande. Im Altenlande hat sich die Kirschbaumblüte in den letzten Tagen entfaltet und das Alte Land befindet sich jetzt in der herrlichsten Blütenpracht. Da die Verbindung Hamburgs mit der Lühe durch die Stader Dampfer mehrmals täglich aufrecht erhalten wird, ist ein Besuch des „Kirschenlandes" in der Blütezeit jetzt jedem Naturfreund warm zu empfehlen. Am kommenden Sonntag dürfte die Blüte ihren Höhepunkt erreichen.

Der Zoologische Garten wurde am Sonntag, den 24. April, zum ermäßigten Eintrittspreis von 50 ₰ von 4720 Erwachsenen und von 1045 Kindern, zusammen von 5765 Personen besucht, von denen 304 Personen auch das Aquarium besichtigten.

= **Aus dem Oberkriegsgericht.** Maulhalten, auch wenn Befehle unverständlich sind, das verlangt die militärische Disziplin! Bei der Ausgabe des Mittagessens für die Mannschaften des in Harburg garnisonierenden Pionier-Bataillons ereignete sich ein Vorgang, der vor kurzem das Kriegsgericht beschäftigt hat und heute der Nachprüfung durch dieses Gericht unterliegt. Der Unteroffizier Ohm von der 4. Komp. hatte die Ausgabe des Mittagessens zu überwachen. Aus einem nicht erkennbaren Grunde ließ er später erscheinende Mannschaften der 4. Kompagnie vor die schon früher erschienenen der 2. Kompagnie treten, worüber diese aus naheliegenden Gründen nicht erfreut waren. Aus den Reihen der Zurückgesetzten vernahm der Unteroffizier ein Gemurmel der Unzufriedenheit, und da kein Soldat unzufrieden sein und alle Maßnahmen der Vorgesetzten als einen Ausfluß höherer Weisheit erachten soll, kommandierte der Unteroffizier „Stillgestanden!" Der Pionier W. soll darauf disziplinwidrig seinen Mund zu einem Lachen verzogen haben, weshalb der Unteroffizier ihn fragte: „Weshalb haben Sie gelacht?" Indem nach Ansicht des Unteroffiziers W. den Mund noch mehr verzogen haben soll, antwortete W.: „Ich habe nicht gelacht." Um den Leuten das Mittagessen noch besonders zu würzen, rief der Unteroffizier sie einzeln bei Namen auf. Diese Maßnahme führte dazu, daß sich zehn der alten Leute entfernten, weil ihnen der Appetit inzwischen vergangen war. Auch W. ging fort, dabei bemerkend: „Wenn die anderen gehen, kann ich auch fortgehen; wenn wir so lange gewartet haben, können wir auch noch länger warten." Diese Aeußerungen trugen W. wegen Achtungsverletzung und Zuerkennengebens von Ungehorsam vor versammelter Mannschaft 4 Wochen strengen Arrest ein, während die mitangeklagten neun Unzufriedenen freigesprochen wurden. Der Gerichtsherr legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Die zehn Angeklagten behaupten, der Unteroffizier habe das Kommando nicht erteilt, während der Unteroffizier, der fortgesetzt von „Kerls" sprach, was ihm eine ernste Rüge abseiten des Verhandlungsleiters eintrug, das Gegenteil bekundete. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen W. 3½ Monate Gefängnis und gegen die anderen Angeklagten je 3 Wochen Mittelarrest. W. wird antragsgemäß verurteilt, die übrigen Angeklagten kommen mit je 14 Tagen Gefängnis davon. — Also etwa acht Monate Gefängnis haben im „Interesse der militärischen Disziplin", so lautet ja das bekannte Sprüchlein, die zehn Soldaten abzubrummen, weil ihnen — der Appetit vergangen war.

Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. Mittwoch, 27. April. Literatur und Sprachwissenschaft. Professor Dr. Wohlwill: Literarhistorische Uebungen. (Schillers und Hebbels Demokritos. — Die Tellsage und Schillers Wilhelm Tell). Von 7—8 Uhr Abends im Hörsaale C (Johanneum). Prof. Dr. Röttiger: Französisches Praktikum. Die bedeutendsten Lyriker des 19. Jahrhunderts. Historische Formenlehre des Französischen. (Fortsetzung.) Uebertragung eines noch zu bestimmenden deutschen Werkes ins Französische. Mittwochs von 6—8 Uhr Abends im Hörsaale D des Vorlesungshauses Domstraße 9. Beginn den 27. April. Astronomie. Dr. Schwaßmann. Allgemeine Astronomie. III. Teil. (Planeten und Kometen) mit gelegentlicher Vorführung von Lichtbildern. Von 7—8½ Uhr Abends im Hörsaale A (Johanneum). Einlaßkarten nicht erforderlich. Chemie. Dr. Göhlich. Aether, Thioalkohole und Thioäther. Von 6½ bis 8 Uhr Abends im kleinen Hörsaale des Chemischen Staatslaboratoriums. Einlaßkarten nicht erforderlich.

Im Botanischen Museum und Laboratorium für Warenkunde wird Herr Dr. Voigt vom 3. Mai d. J. ab Dienstags Abends 6—8 Uhr vortragen über: „Die pflanzlichen Rohstoffe und Waren des Zolltarifgesetzes vom 15. Dezember 1902", desgleichen vom 6. Mai d. J. ab Freitags Abends zu denselben Stunden Uebungen abhalten in der „Mikroskopie der Nahrungs- und Genußmittel" für Geübtere. Die Vorträge sind insbesondere für Kaufleute und Zollbeamte berechnet, die Uebungen für angehende Nahrungsmittelchemiker. In beiden Fällen ist vorherige Anmeldung erforderlich, die Herr Dr. Voigt im Botanischen Museum am Lübeckertor täglich zwischen 10 und 6 Uhr entgegennimmt.

Das bekannte Verkehrsbuch für Hamburg-Altona und Umgegend ist soeben in der Sommer-Ausgabe (Monat Mai) erschienen. Das nunmehr im vierten Jahre in Fr. Grabows Verlag erscheinende handliche Büchlein ist mit dem praktischen Straßenverzeichnis, den übersichtlich zusammengestellten Fahrplänen aller Art und seinen sonstigen Verkehrsangaben für manchen zum Bedürfnis geworden.

Verkauf von Dampfern der Hamburg-Amerika-Linie. Wie die „Morning-Post" wissen will, ist der bekannte Verkauf des Dampfers „Belgia" für 3 Millionen Mark erfolgt. Das Schiff ist nach Libau gebracht und soll als Kohlenschiff für die baltische Flotte verwandt werden. Für die „Bengalia" und „Columbia" würden wahrscheinlich die verlangten 7 Millionen Mark ebenfalls gezahlt.

Die alten konzessionierten Jollenführer sind in einer recht drückenden Lage. Seit der Verlegung des Hamburger Hafens nach dem oberen Elbgebiet ist der Verdienst dieser Leute ständig zurückgegangen. Als dann die Jollenführer-Gilde den Passagierverkehr mit Dampfern in die Hand nahm und die Hafendampfschiffahrts-Gesellschaft dieselben später noch besser ausbaute, schwand der Verdienst für den Handbetrieb immer mehr. Die wenigen alten Leute, die jetzt noch den Handbetrieb mit Jollen aufrecht erhalten, verdienen nicht so viel, daß sie davon leben können. Es sind im Jahre etwa drei Monate, in denen sie fast garnicht fahren können, das sind die Wintermonate mit dem Eisgang. Auch gibt es Tage, an denen wir Sturm haben, so daß mit der Jolle nicht zu verkehren ist. Die jugendliche Kraft, die die Jollenführer früher als Seemann besessen haben, fehlt jetzt. Und trotzdem hat mancher dieser alten 60- bis 70jährigen Leute, die Tag und Nacht auf den Stationen sein müssen, schon mit eigener Lebensgefahr vielen Menschen das Leben gerettet. Morgens um 5 Uhr müssen die Leute aus dem Hause und Abends gegen 8 Uhr geht es erst wieder heim; dann kommen noch die Nachttouren hinzu. Des Nachts werden die Leute sogar von der Hafenpolizei kontrolliert, ob sie auch auf dem Posten sind. Der Arbeitsverdienst während der Nacht beläuft sich oft kaum auf eine Mark. Ebenso traurig steht es mit dem Tagesverdienst. Verschiedene erklärten, daß sie den ganzen Tag nur 40 ₰ verdient hätten, über ℳ 2 den Tag geht der Verdienst selten hinaus. An der Station am St. Pauli Fischmarkt ist nur ein Mann von 65 Jahren, der zugleich die dortige Pontonanlage mit rein hält. Dafür erhält er pro Tag ℳ 1,50, die Woche ℳ 9. Auf der Station St. Pauli (steinerne Treppe) sind drei Mann im Alter von 61 bis 68 Jahren. Diese kommen selten über einen Wochenverdienst von ℳ 4 hinaus. An der Station Roosenbrücke sind sechs Mann im Alter von 62 bis 79 Jahren. Diese Leute haben Tagesverdienste von 50 ₰ bis ℳ 2. Es kommen aber auch einzelne Tage vor, wo sie gar nichts verdienen. Auf der Station am Strandhafen sind zwei Männer im Alter von 50 Jahren. Dort ist der Verdienst etwa derselbe. Am Baakenhöft sind zwei Mann im Alter von 68 und 78 Jahren. Hier ist der Arbeitsverdienst nichts besser. Am Baakenkai sind ebenfalls zwei Mann im Alter von 63 und 67 Jahren. Auch auf der Station Segelschiffhafen sind zwei Mann von 67 und 68 Jahren. Am O'Swaldkai sind drei Mann, die im Alter von 50 bis 59 Jahren stehen, im Petroleumhafen zwei Mann von 55 bis 67 Jahren. Auf der Station am Kuhwärderhafen sind drei Mann im Alter von 58 bis 74 Jahren. Der Verdienst aller dieser Leute ist derselbe, wie auf den vorbenannten Stationen. Die Jollenführer müssen, wenn sie einmal auf einige Tage von der Station fortbleiben wollen, sich von der Hafenpolizei einen Urlaub holen, der allerdings anstandslos immer gewährt wird. Die alten Leute sind auf ihre Jolle, welche ihr Eigentum ist, angewiesen, denn einer anderen Beschäftigung können sie nicht nachgehen. Der Jollenführerhandbetrieb ist im Hamburger Hafen unentbehrlich, weil die Jollenführerdampfer nicht überall hinkommen können. Es wäre zu wünschen, daß sich hier der Hamburger Staat eine befriedigende Regelung des Jollenführerbetriebes herbeiführte.

w. **Vom Hafen und von der Schiffahrt.** Heute trafen wieder große Segelschiffe mit Salpeterladungen von der Westküste Südamerikas hier ein: das Hamburger Schiff „Clio", Kapitän Peters, von Iquique, das Bremer Schiff „Rigel", Kapitän Leopold, von Pisagua, die englische Viermastbark „Albyn", Kapitän Williams, von Taltal und das englische Schiff „County of Roxbourgh", Kapitän Leslie, von Iquique. Sämtliche Schiffe holten in den Hafen zum Löschen ein. — Der Hamburger Dampfer „Belgia" der Hamburg-Amerika-Linie hat auf der Unterelbe 11 000 Tons Kohlen geladen. Gestern Abend ist der Dampfer nach Libau in See gegangen. — Mit dem englischen Dampfer „Iris" sind von hier 31 Pferde abgegangen, die für London bestimmt sind. — Auf den englischen Dampfer „Equity" sind hier 122 Pferde verladen worden, die nach Goole bestimmt sind. — Die Hamburger Viermastbark „Urania" ist heute Morgen bei Blohm u. Voß aus dem Dock geholt und im Segelschiffhafen festgelegt worden. Das Schiff soll dort für Port los Angelos laden. — Der Hamburger Dampfer „Nordsee", welcher in Marokko auf Grund fest war, hat bedeutenden Schaden im Boden erlitten. Der Dampfer ist bei H. C. Stülcken Sohn im Dock besichtigt worden. Er muß etwa zwanzig Bodenplatten und einige Spanten erneuert haben. Die Reparatur wird eine längere Zeit in Anspruch nehmen. — Der Schleppdampfer „Südamerika II" der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist im Strandhafen mit dem Schleppdampfer „Jan" der Bugsierfirma Peters u. Alpers in Kollision gewesen, als beide Schiffe im Strandhafen fuhren. Dem Schlepper „Südamerika II" sind an der Backbordseite die Wallschiene und mehrere Platten durchgestoßen worden. Der Schlepper „Jan" scheint keinen Schaden erlitten zu haben. — Der englische Dampfer „Bougnes" traf vor einigen Tagen mit einer Ladung von 3000 Tons Benzin hier ein. Hiervon hat der Dampfer 1200 Tons gelöscht. Mit dem Rest von 1800 Tons ist der Dampfer gestern nach England abgegangen. Hier hat man von der gefährlichen Ladung nicht mehr unterbringen können, da erst in der vergangenen Woche 6000 Tons Benzin angekommen sind. — Der Hamburger Dampfer „Flensburg" der Deutsch-Australischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft, welcher von hier nach Australien abging, hat auf der Reise einen Schaden an seiner Schraube erlitten. Der Dampfer ist in Kapstadt eingelaufen, woselbst erst eine neue Schraube eingesetzt werden muß. — Die englische Bark „Holt Hill", Kapitän Parker, welche von hier nach Portland (Oregon) abging, hat auf der Reise schweres Wetter zu bestehen gehabt und diverse Sturmschäden erlitten. Das Schiff ist Montevideo als Nothafen angelaufen. Es sind mehrere Boote weggeschlagen und diverse Deckgegenstände zertrümmert, die durch Sturzseen über Bord gespült wurden. Von der Ladung sind etwa 200 Tons geworfen worden und ein Teil der Ladung soll durch Seewasser beschädigt sein. — Der norwegische Dampfer „Modesta", Kapitän Roeganas, welcher, wie berichtet, bei Steilene strandete, ist von den Schleppdampfern „Kolben", „Oscar" und „Sartor" abgeschleppt und in Christiania eingebracht worden. Der Dampfer hat durch das Aufsitzen diversen Schaden im Boden erlitten. Er soll dort repariert werden. Nach erfolgter Reparatur, die einige Tage in Anspruch nimmt, geht der Dampfer nach hier ab.

w. **Acht Arbeiter in Gefahr des Ertrinkens.** Als heute Morgen kurz nach 6 Uhr der französische Dampfer „Emma" im Tau des Schleppdampfers „Germania" den Hübnerkai verlassen hatte, seewärts bestimmt, wollte die Barkasse „Hans" der Firma C. C. Wetzel u. Freitag, die mit acht Arbeitern besetzt war, vor dem großen Dampfer vorüberfahren. Dieses Manöver gelang jedoch nicht. Das leichte Fahrzeug geriet vor den Steven des großen Dampfers, kenterte und sank dann auf Grund. Die acht Leute trieben im Wasser und kämpften um ihr Leben. Es eilten sofort mehrere Barkassen und Jollen herbei, denen es gelang, sieben der Leute zu retten. Der Achte fehlte jedoch. Es ist der Maschinenbauer Steinberg, der zur Zeit noch vermißt wird. Man weiß bis jetzt noch nicht bestimmt, ob der Mann von irgend einem Dampfer gerettet oder ob er ertrunken ist. Näheres ist erst morgen festzustellen. Die Barkasse wird von dem Taucher Beckedorf gehoben.

w. **Unglücksfälle.** Auf dem englischen Dampfer „Victorious" im Kuhwärderhafen war der Schauermann H. Peters mit Uebernehmen der Ladung beschäftigt. Hierbei wurde er von einer Hieve getroffen und von Deck des Dampfers auf eine 25 Fuß tiefer liegende Kastenschute geschleudert. Der Mann hat Rippenbrüche und innere Verletzungen erlitten. Der Schwerverletzte ist nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden. — Dort hat auch der Matrose William Shewen vom Dampfer „Juanita North" am Australiakai Aufnahme gefunden. Der Genannte ist etwa 15 Fuß tief vom Zwischendeck in den Unterraum gestürzt. Er hat innere schwere Verletzungen erlitten. — Beim Verholen des Bremer Schiffes „Sirius" aus H. Brandenburgs Dock hat sich dem Zimmermann H. Theil ein Drahttau um die Beine geschlungen, wodurch Th. einen Bruch des linken Beines erlitt. Auch dieser Verunglückte ist nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden. — Der Schauermann Helmuth J. Ziegenahr wollte von einem Oberländer Kahn aus auf einem Jollenführerdampfer nach dem Dampfer „Licata" fahren. Der Mann glitt ab und stürzte in den Raum des Fahrzeuges, wodurch er einen Bruch des rechten Fußes erlitt. Dieser Mann ist ebenfalls ins Hafenkrankenhaus gekommen. — Auf der Bark „Prompt" hat der Schauermann Kunde beim Uebernehmen von eisernen Rohren eine Quetschung der rechten Hand erlitten. Er wurde mit einem Notverband versehen und kam dann nach seiner Wohnung. — Auf dem Dampfer „Louise", welcher von Buenos Aires hier eintraf und im Kuhwärderhafen löscht, ist ein Arbeiter der Firma Carl Hirschberg von einem Windehantel gegen den Kopf getroffen, so daß er eine schwere Verletzung des Schädels erlitt und sofort besinnungslos zusammenbrach. Der Schwerverletzte hat ebenfalls im Hafenkrankenhause Aufnahme gefunden.

w. **Eine neue Schiffsspritze** ist auf dem Dampfer „Perthes" heute Morgen probiert worden. Diese Spritzenproben fanden im Kuhwärderhafen statt. Die neue Spritze ist in Nürnberg hergestellt worden.

w. **Verkauftes Schiff.** Die deutsche Bark „Gerda" ist durch Vermittlung der Maklerfirma Daniel Milberg für die Summe von ℳ 30 200 an die Reederei Claus Dreyer in Bremen verkauft worden. Das Schiff ist 1885 erbaut und hat eine Tragfähigkeit von 697 Netto-Registertons.

Unglücksfälle. Eine auf dem Gänsemarkt wohnende Frau ist gestern Nachmittag auf dem Valentinskamp zu Fall gekommen und hat sich die rechte Hüfte verletzt. Man brachte die Verunglückte mittels Droschke in ihre Wohnung. — In einem Hause der Markusstraße ist gestern Abend ein Mechanikergehülfe die Treppe hinabgestürzt und hat eine zehn Zentimeter lange Kopfwunde, bis auf die Schädeldecke gehend, davongetragen. Man fand den Verunglückten auf, legte ihm auf der Wache einen Notverband an und brachte ihn dann ins Hafenkrankenhaus. — Beim Umlegen der Steuerung auf dem Alsterdampfboot „Zaunkönig" hat der Maschinist Lorenzen sich den Daumen abgequetscht. Man legte dem Verletzten einen Notverband an und brachte ihn dann in seine Wohnung. — Bei der Hochbrücke wurde ein Laufbursche, der eine schottische Karre schob, von einer Droschke von hinten angefahren, wobei ein Arm der Karre abbrach und dem Burschen ein Finger verletzt wurde. — Eine in der Steinstraße wohnende 26jährige Arbeiterin schlug gestern Nachmittag in einer Wirtschaft in der Steinstraße eine Scheibe der Haustür ein und verletzte sich dabei die Hand. Der Verletzten wurde ein Notverband angelegt.

Selbstmord. Ein Arbeiter sprang aus einem Speicher in der Danielstraße in den Kanal und ertrank. Familienzwistigkeiten haben die Tat veranlaßt. Die Leiche wurde aufgefunden und ins Hafenkrankenhaus gebracht.

Einen Knöchelbruch zog sich ein Arbeiter zu, als er in der Bergstraße von einem Wagen sprang. Der Verletzte fand im St. Georger Krankenhause Aufnahme.

Erkannte Leiche. Beim Reiherstieg wurde bekanntlich die Leiche eines unbekannten Mannes geborgen und nach dem Hafenkrankenhause gebracht. Die Leiche ist jetzt als die des seit dem 16. November v. J. vermißten Schlossergesellen Wisch aus Altona erkannt worden.

Verhaftete Schwindler. Auf St. Pauli wurde ein Arbeiter festgenommen, der Lexika auf Abzahlung entnommen und versetzt hatte. — Ferner wurde ein angeblicher „Mediziner" in Haft genommen, der mehreren Mädchen die Ehe versprochen und ihnen Geldbeträge abgelockt hatte. Einer Haushälterin schwindelte er über ℳ 400 ab. Seine Schwindeleien kamen aber an den Tag, worauf seine Festnahme in seinem Logis in der Ferdinandstraße erfolgte. — Endlich wurde eine „Dame" hinter Schloß und Riegel gebracht, die angeblich für eine Missionsgesellschaft Gelder sammelte, das Geld aber in eigenem Interesse verbrauchte.

In gekochten Asphalt fiel auf der Straße das 2jährige Söhnchen eines Barbiers in der Erichstraße 10. Das Kind erlitt schwere Brandwunden und wurde ins Eppendorfer Krankenhaus gebracht.

Hinaus in die Ferne! Das war die Parole eines 17jährigen Bäckerknechtes. Er stahl bei seinem Herrn in der Osterstraße einem Gesellen ℳ 40, eine silberne Uhr und ein Viertellos der Hamburger Lotterie, unterschlug dem Herrn selbst ℳ 55 und ging dann in die Weite. Er soll sich zunächst nach Bremen gewendet haben.

Zwei bestohlene Witwen. Bei einer Dampferfahrt durch den Hafen und nach Blankenese in der Nacht zum 25. d. M. wurden einer am Schlump wohnenden Witwe ℳ 6000 in Hundert- und Fünfzigmarkscheinen gestohlen; ferner einer in der Armbruststraße wohnenden Witwe, mutmaßlich in einer Fischhandlung in der Faberstraße, ℳ 200 in zwei Hundertmarkscheinen.

Seife ist die Hauptsache. Mit diesem Kaiserwort führte sich ein Unbekannter in einem Grünwarengeschäft in der Kielerstraße bei der allein anwesenden Nichte des Geschäftsinhabers ein, der er ein Quantum Seife über-

reichte mit dem Bemerken, die Hausfrau habe sie bestellt, und sich dafür M. 1,50 zahlen ließ. Seine Angaben stellten sich als Schwindel heraus. Die Seife ist nur 90 ₰ wert. Der Schwindler kann etwa 45 Jahre alt sein und hat einen blonden Schnurrbart.

Diebstähle. Gestohlen wurden: auf dem Dampfer „Jenfeld" eine goldene Remontoiruhr nebst Kette, einem Koch gehörend, mutmaßlich durch einen Heizer, der auf dem Dampfer zum Besuch anwesend war; Böhmkenstraße 5 durch die Luftklappe ein Schinken im Gewicht von 10 Kilo; einem Schlossergesellen in der Talstraße 57 ein Jackettanzug, ein goldener Ring, eine goldene Uhrkette, eine Haarbürste und ein Taschentuch, mutmaßlich durch einen Einlogierer, der aus dem Logis verschwunden ist; einem Kutscher am Schweinemarkt eine Pferdedecke im Werte von M. 10; Pinnebergerweg 34 in einer Wirtschaft mittels Einsteigens durch die Luftklappe zwei Ueberzieher, ein Hut, Zigarren, Wein und aus einem Automaten M. 14,30, insgesamt M. 180 Wert.

Gottesgeldschwindel betreibt ein angebliches Dienstmädchen, das sich auch am Glockengießerwall 19 vermietete, M. 2 Gottesgeld in Empfang nahm und nicht wiederkam. Auch an der Groß-Borsteler Chaussee 1 hat sie M. 2 in gleicher Weise erschwindelt. Die Schwindlerin zeigt den Herrschaften gefälschte Zeugnisse vor.

In Haft kamen: ein in der Amsinckstraße wohnender Ewerführertagelöhner, der Abends spät in St. Georg mit einem eisernen Gartenstuhl betroffen wurde, über dessen Erwerb er sich nicht ausweisen konnte; ein Bäckerknecht wegen Diebstahls verschiedener Sachen, die zum Teil bei ihm vorgefunden, zum Teil herbeigeschafft worden sind.

Feuermeldungen. Am Montag Abend um 6½ Uhr Rademachergang 22 Dachschalungs- und Rußbrand; am Dienstag Morgen um 5½ Uhr Billwärder Neuerdeich 366 Schornsteinbrand; um 11¾ Uhr Vormittags am Steinwärderufer Unratbrand; um 2 Uhr Nachmittags Martinistraße 15, Parterre, Gardinenbrand.

Altona.

* **Landtagsabgeordneter Menck,** der vielleicht in sich den großen Staatsmann fühlt, zeigt immer mehr, daß er zu einem Staatsmann nicht taugt, weil er es nicht versteht, seine Gedanken zu verbergen. Er spricht sich, wenn auch gerade nicht in gescheiter Weise, offen aus und bereitet damit seinen politischen Freunden Unannehmlichkeiten. Dieses tut er jetzt wieder in einer Zusendung an die „Altonaer Nachrichten", in welcher er die Behauptung bekämpft, daß die Beseitigung des Reichstagswahlrechts nur durch einen Staatsstreich möglich ist. Wenn das Bürgertum sich einig wäre, so würde es, wie er meint, auf vollständig legalem Wege das Reichstagswahlrecht, welches die Herrschaft der Arbeiter herbeiführen würde, los werden können. Daß dieses Wahlrecht im Bürgertum wenig Freunde habe, glaubt er annehmen zu dürfen. „Ich verkehre — so schreibt er — ziemlich viel in den Kreisen der Industrie, des Handwerkes, des Groß- und Kleinhandels und finde in diesen Kreisen überzeugte Anhänger des allgemeinen Stimmrechts nur sporadisch vertretern. Soweit ich die Landwirtschaft beurteilen kann, steht es dort ebenso. In den Beamten- und den gelehrten Kreisen treffe ich Anhänger des allgemeinen Stimmrechts nur unter den Kathedersozialisten und auch selbst dort nur unter der extremen Richtung." Auf die Frage, weshalb diese Kreise sich nicht offen gegen das jetzige Reichstagswahlrecht aussprechen, erklärt er, daß sie das nicht tun, weil einer sich vor dem anderen fürchte. Jeder glaube, nur durch einen Staatsstreich, die Revolution von oben, sei das allgemeine Wahlrecht zu stürzen und keiner wolle als Vertreter der Revolution von oben erscheinen. Als ehrliche Männer sollten sie sich aber verpflichtet halten, offen Farbe zu bekennen.

Die Sozialdemokratie weiß längst, wie es im Bürgertum mit der Liebe zum jetzigen Reichstagswahlrecht bestellt ist.

* **Der Landtagsabgeordnete Menck und das Reichstagswahlrecht.** Dieses Thema wird am Sonnabend Abend in einer öffentlichen Versammlung des Liberalen Vereins in Altona im Bürgervereinslokal in der Königstraße behandelt werden. Man will Stellung nehmen gegen den Angriff, den Herr Menck kürzlich gegen das Reichstagswahlrecht gerichtet hat. Als Referenten werden die Herren Rektor Dücker und Rechtsanwalt Waldstein auftreten. Um 9 Uhr wird die Versammlung beginnen.

* **Der Allgemeine deutsche Privatschulverein,** der seinen Hauptsitz in Leipzig hat, wird in den Pfingstagen in Altona seine 19. Hauptversammlung abhalten. Dieselbe wird verbunden sein mit dem 6. Allgemeinen Privatschultag. Die Veranstaltung wird hier getroffen, um, wie es in dem Aufruf heißt, auch im Nordwesten Deutschlands Interesse und Verständnis für die Privatschularbeit zu erwecken und einen Einblick tun zu lassen in die inneren Notlagen der Privatschule. Der genannte Verein stellt sich als Zweck die Hebung der deutschen Privatschule einerseits durch Erlangung von solchen Rechten, welche sie zu ihrer Entwicklung bedarf, und anderseits durch die geistige und materielle Förderung der Vereinsmitglieder. Diesem Zwecke soll auch die hier geplante Veranstaltung dienen. Die Privatschule, heißt es in dem Aufruf, ist dem Staate unentbehrlich, sie ist zur Zeit noch ein Faktor, ohne den er nicht fertig wird, denn trotz des Schulzwanges, den er eingeführt hat, besitzt der Staat nicht genug Schulen, um seinen Kindern die geforderte Bildung zu vermitteln. Die Privatschulen für Knaben und Mädchen unterrichten insgesamt 111 715 Kinder infolge des Mangels an öffentlichen Schulen. Der Staat spart, wie behauptet wird, durch die Privatschule 14 Millionen Mark. Deshalb wird auch verlangt, daß er für die Privatschule etwas tut. Vor allen Dingen solle er die Lehrkräfte der Privatschulen im Alter vor Sorge und Not sicher stellen. Besonders diese Angelegenheit soll in der Pfingstversammlung behandelt werden.

* **Ueberfahren** von einem Wagen der Holstenbrauerei wurde gestern Abend Ecke der Holstenstraße und Allee ein Arbeiter. Der Mann erlitt einen Beinbruch und andere Verletzungen und wurde durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem städtischen Krankenhause gebracht.

* **Herr, halt ein mit deinem Segen",** wird der Georgstraße 58, 2. Etage, wohnende Arbeiter Koch, Vater bereits von mehreren Kindern, gedacht haben, als seine Frau ihn gestern mit Drillingen, zwei Knaben und einem Mädchen, überraschte. Er hatte auch allen Grund dazu, weil seine Frau nur schwächlich ist und seine Existenzverhältnisse keine rosigen sind.

* **Gerüstbrand.** Gestern Abend brannte plötzlich das Gerüst an dem Hause 111 in der Hamburgerstraße. Auf welche Weise das Feuer entstanden ist, weiß man nicht; die Feuerwehr löschte es.

* **Die Alarmierung der Feuerwehr** fand heute Nachmittag dreimal statt. Gegen 4 Uhr handelte es sich um ein Feuer, das im Lagerkeller des Karstadtschen Warenhauses in der Reichenstraße ausgebrochen war. Es brannten Packkisten und allerlei Gerümpel, so daß die Flammen zum Fenster hinausschlugen. Zwei Züge der Feuerwehr rückten an, doch war es einem Zug allein möglich, des Feuers in kurzer Zeit Herr zu werden. Der andere Zug, der sich wieder ins Depot zurückbegab, rückte alsbald nach der Lahrmannspassage 9 aus, wo ein Zimmerbrand stattfand. Die Gefahr wurde schnell beseitigt. Gegen 6 Uhr wurde die Feuerwehr nochmals durch den öffentlichen Feuermelder beim Nobistor allarmiert. Als sie dort ankam, stellte es sich heraus, daß es sich nur um blinden Lärm handelte.

Beim Transport verloren ist ein Kuvert, enthaltend 15 Sammellisten mit folgenden Nummern: 651, 652, 653, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691. Auf denselben sind teils größere, teils kleinere Beiträge gezeichnet. Die Listen sind revidiert und über die darauf verzeichneten Summen ist abgerechnet worden. Um mißbräuchlicher Verwendung vorzubeugen, wird darauf aufmerksam gemacht, das sämtliche Listen mit dem Revisionsvermerk versehen sind. Der Finder wird gebeten, dieselben sofort bei J. Krohn, Karl-Theodorstraße 17, II., oder Emil Eilken, Lagerstraße 11a, abzuliefern.

* **Aus den Altonaer Gerichten.** Passionierte Taubendiebe scheinen die 18jährigen Burschen Georg Boetel und Max Bosse zu sein, die sich heute vor dem Landgericht wegen Taubendiebstahls zu verantworten hatten. Die beiden Burschen sind am 18. Februar wegen Taubendiebstahls mit je einer Woche Gefängnis bestraft worden, aber bereits am 3. März haben sie gemeinschaftlich aus einem Taubenschlag in der Gr. Bergstraße 9 wieder vier Tauben gestohlen. Am 9. März suchten sie den Taubenschlag nochmals auf, öffneten ihn, da er verriegelt war, mit Gewalt und stahlen 17 Tauben. Beim Verkauf derselben wurden sie erwischt. Der Staatsanwalt hielt eine exemplarische Strafe am Platze, weil sie die Warnung der ersten Strafe unberücksichtigt gelassen hätten, und beantragte 9 Monate Gefängnis gegen sie. Das Gericht erkannte auf je 6 Monate Gefängnis. — **Die Mutterliebe** ihrem 14jährigen Sohne gegenüber hat die Ehefrau W. in Ungelegenheiten gebracht. Der Junge hatte Diebereien ausgeführt und war vom Schöffengericht zur Fürsorgeerziehung verurteilt worden. Die Mutter aber hat ihn, als er abgeholt werden sollte, mehrfach verheimlicht und sich dadurch des Vergehens gegen das Fürsorgegesetz schuldig gemacht. Deshalb war sie heute vor dem Landgericht angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis und das Gericht erkannte auf 3 Tage Gefängnis.

Wandsbeck.

× **Ohne Grazie in infinitum!** Herr Louis Fricke hat gegen den Bescheid des Bezirksausschusses, durch den sein Protest gegen die Wahl des Herrn Beran zum Stadtrat zurückgewiesen wurde, beim Provinzialrat Beschwerde eingelegt. Eine Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre! Wir möchten wohl wissen, ob Herr Fricke eine Ahnung davon hat, wie sehr sein Vorgehen dazu beiträgt, den Autoritätsglauben im Volke — soweit solcher überhaupt noch vorhanden ist — zu erschüttern. Er muß doch schließlich erkennen, daß diese Protestfarce manchem den Star sticht, der bisher in solchen verwaltungsrechtlichen Vorgängen Kundgebungen einer besonderen Weisheit erblickte! Merkt der wackere Louis garnicht, wie er ungezählte Kubikmeter Wasser auf die Mühlen der bösen „Umstürzler" liefert?

× **Wilhelm Busch,** der bekannte Humorist, veröffentlicht in seiner jüngst erschienenen Gedichtsammlung u. a. auch eine „Schauerballade", betitelt „Zähe Frickandellen oder der Stadtrat von Lurup", der wir folgenden Passus entnehmen:

Eine Prozedur voll Qual
Ist doch eine Stadtratswahl!
Erstens, weil bei solchem Küren
Die Gemüter aufzurühren
Viele Bösewichter streben,
Die von solchem Handwerk leben;
Zweitens, weil die Gegensätze,
Die entstehn durch diese Hetze,
Sich trotz Mahnens und trotz Bittens
Nur vergrößern tun, und drittens,
Weil der neugebackne Rat
Selten reine Freude hat
An dem Amt, das ihm als „Ehre
Ohne Sold" kam in die Quere;
Denn es gibt gar schwarze Geister,
Die auf Wink vom Herrn und Meister
Ihm den Zugang zu dem Sessel
Pflanzen voller Dorn und Nessel,
Daß er warten manchen langen
Monat muß voll Furcht und Bangen,
Eh' er auf die Ruhstatt nieder
Lassen darf die edlen Glieder,
Um vom Abend bis zum Morgen
Für das Wohl der Stadt zu sorgen....

Es unterliegt wohl nicht dem mindesten Zweifel, daß hier Wandsbeck dem greisen Dichter Modell gestanden hat. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, gedenkt man am Freitag den Magistrat darüber zu interpellieren, ob er entweder gegen den Verfasser des Pamphlets Strafantrag stellen oder aber Fürsorge treffen werde, daß solchen offenkundigen Verhöhnungen einer ehrenwerten Stadt die Grundlage entzogen werde. Das kann heiter werden!

× **Neu veröffentlicht** werden Polizeiverordnungen, betreffend das Droschkenwesen und betreffend Vermietung von Schlafstellen, sowie die Straßenpolizeiordnung; aufgehoben werden dadurch die entsprechenden Verordnungen vom 8. September 1890, 1. Oktober 1882, resp. vom 1. August 1880 nebst Ergänzung vom 6. September 1884, die Verordnung, betreffend Halten von Hunden vom 19. November 1889 und betreffend Benutzung der Vorplätze zwischen Baufluchtlinien und Bürgersteigen vom 20. Juni 1892. Die letztgenannten Verordnungen sind in die Straßenpolizeiverordnung eingefügt worden als § 40 bezw. 65. — Hoffentlich wird die Sammlung aller Verordnungen bald um ein Billiges käuflich zu erhalten sein.

× **Das Programm des Verschönerungsvereins** für das laufende Jahr ist folgendes: Blumenpflanzungen in den Marktplatzanlagen; Herstellung eines Gitters an der im vorigen Jahre geschaffenen Promenade an der Südseite des Mühlenteichs; Beschaffung einer sechseckigen Bank um einen Kastanienbaum in der Mühlenteichanlage; Beschaffung einer weiteren Zahl fester Bänke für das Gehölz und die Anlagen; Herstellung einer Einfriedigung um ein Blumenbeet vor der Kirche; weitere Anschaffung und Aussetzung insektenfressender Vögel im Gehölz usw. Der Verein hat 164 Mitglieder und vereinnahmte im Vorjahre M. 2586,27, wovon M. 2108,60 verausgabt wurden.

× **Medizinalstatistisches.** Im März 1904 wurden in Wandsbeck gezählt 98 Geburten, darunter 10 uneheliche, und 58 Todesfälle, was einer Geburtenziffer von 42,05, einer Sterbeziffer von 24,89 gleichkommt. Todesursache war Keuchhusten und Kindbettfieber in je 1, akute Darmkrankheiten und Selbstmord in je 2, Schwindsucht in 6, akute Erkrankung der Atmungsorgane in 14, sonstige Krankheiten in 32 Fällen; 18 Gestorbene waren Kinder unter 1 Jahre. — Anzeigepflichtige Krankheiten wurden gemeldet: Kindbettfieber in 3, Diphtherie und Kroup in 5, Scharlach in 7 Fällen.

× **Ein schwerer Unfall** ereignete sich heute Vormittag in der Kistenfabrik von Ehlers, Kurzereihe. Der Tischler Griem geriet mit der linken Hand in eine Fräsmaschine und schnitt von dem Ring- und Mittelfinger je die ersten beiden, vom Zeigefinger das erste Glied ab. Nach Anlegung eines Notverbandes begab sich der Verunglückte in seine Wohnung.

× **Eine öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums** findet am Freitag nach der gemeinschaftlichen Kollegiensitzung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl von sechs Vertrauensmännern für die Auswahl von Schöffen und Aufstellung von Vorschlägen zur Wahl der Geschworenen. 2. Gutachtliche Aeußerung über die probeweise Anstellung eines Kanzlisten. 3. Antworschreiben über die Anstellung eines Schuldieners.

Hamburger Landgebiet.

Langenhorn. Das von der Gemeindeversammlung zu Langenhorn beschlossene und von der Landherrenschaft der Geestlande genehmigte Statut der Dienstbotenkrankenkasse zu Langenhorn wird im Amtsblatt zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Finkenwärder. Am Sonntag fand im Lokale des Herrn Struß unter dem Vorsitz des Genossen Schlüter eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Lüth-Hamburg über „Die Bedeutung des 1. Mai" referierte. In diesem Jahre müsse die Beteiligung eine besonders starke werden, da der 1. Mai auf einen Sonntag falle und daher weder ein Ausfall an Arbeitsverdienst noch Maßregelungen stattfinden würden. Der Redner erntete lebhaften Beifall für seine Ausführungen. Zur Diskussion meldete sich niemand. Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß diejenigen, die sich an der Feier beteiligen wollen, sich am 1. Mai, Morgens um 9 Uhr, beim Gastwirt Külper einzufinden hätten. Karten sind beim Genossen Feller zu haben. Damit schloß die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Lübeck.

Zur Lohn- und Tarifbewegung der Lübecker Seeleute. Am Freitag Abend tagte bei Th. Kruse, Untertrave, eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Seeleute. Der Verbandsvorsitzende, Genosse Paul Müller-Hamburg, hielt einen instruktiven 1½stündigen Vortrag über „Die diesjährige Lohn- und Tarifbewegung der Seeleute Lübecks". Eingehend erläuterte Redner den dem Reederverein unterm 29. März unterbreiteten Tarifentwurf. Der Reederverein hat darauf erwidert, daß er es den einzelnen Reedern überlassen muß, Vereinbarungen mit ihren Leuten zu treffen. Ein solches Verfahren verspricht aber keinen Erfolg. Das brachte die Versammlung zum Ausdruck. Man beschloß, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Das ist denn auch sofort geschehen.

Bremen.

Bremerhaven. Der Arbeitgeber-Verband hat 50 Tischler aussperren lassen, weil sie sich weigerten, Arbeit der ausgesperrten Bauhandwerker zu übernehmen. Weitere Aussperrungen von Tischlern sind zu erwarten. Das Unternehmertum will den Kampf anscheinend bis auf des Messers Schneide treiben. Der Terrorismus kennt keine Grenzen! Die Arbeiterschaft ist trotzdem guten Mutes. Sie führt den Kampf in dem erhabenen Bewußtsein ihres guten Rechts. Dem Unternehmertum aber möchten wir heute nochmals das Sprichwort ins Gedächtnis rufen: Allzu scharf macht schartig!

Schleswig-Holstein.

k. Sande. Die Nagelfabrik sucht sich reinzuwaschen. Bei der Lohnzahlung am Sonnabend wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen nachstehendes Schreiben in die Lohntüte gesteckt: „Am Mittwoch, den 20. April 1904, Nachmittags 2 Uhr, erschien die unterzeichnete Kommission im Betriebskontor bei Herrn Astrup und stellte nachstehende Forderungen der Nagelschmiede und Maschinensteller auf:

1. Wir verlangen, daß die zuletzt vorgeschlagene Arbeitszeit, Sonnabends bis 4½ Uhr, ohne eine nochmalige Abstimmung zwischen allen Arbeitern eingeführt wird, oder wenn dieses nicht bewilligt, die vom Arbeiterausschuß vorgeschlagene Arbeitszeit, über die bereits am 12. März 1904 abgestimmt worden ist, sofort eingeführt wird.

2. In betreff der Weihnachtsprämien, sowie der dreijährigen Prämien wird gewünscht, daß, wenn ein Arbeiter aufhört, die demselben zustehenden Prozente ausbezahlt werden.

3. Wenn vorstehende Bedingungen nicht bis heute Nachmittag 3 Uhr bewilligt werden, legen sämtliche Nagelmaschinensteller und Nagelschmiede die Arbeit nieder.

Sande, 20. April 1904, 2,20 Uhr Nachmittags.

Für die Kommission:
gez. Carl Stahmer.
gez. Gottlieb Grüneberg.
gez. F. Bandahl.

Vorstehende Bedingungen konnten wir nicht bewilligen und bedauern wir sehr die Niederlegung der Arbeit der Nagelmaschinensteller und Nagelschmiede, wodurch wir veranlaßt werden, den größten Teil unserer Arbeiter und Arbeiterinnen in den Hufnagelabteilungen zu entlassen. Wir haben der Kommission gleich mitgeteilt, daß ihre Forderung Nr. 1 eine Rücksichtslosigkeit gegen unsere übrigen Arbeiter enthält, deren Wünsche nur durch eine allgemeine Abstimmung zu erfahren sind, Nr. 2 mit Beendigung des Streiks erledigt wurde.

Sande, 21. April 1904.

Nagelfabrik Bergedorf."

Die Fabrikleitung scheint nicht zu merken, daß sie mit der Motivirung, die Gewährung der Forderung Nr. 1 wäre eine Rücksichtslosigkeit gegen die übrigen Arbeiter des Betriebes, sich selbst einen Schlag ins Gesicht versetzt; denn die Forderung der Kommission enthält doch nichts weiter, als die Einführung der Arbeitszeit, gemäß einem von der Direktion gemachten Vorschlag. Uebrigens waren auch die Nagelschmiede und Maschinensteller von dem Vorschlag nicht sonderlich erbaut, aber um des lieben Friedens willen und um wenigstens eine festgelegte Frühstückspause, die bisher nicht vorgesehen war, sowie um die Mittagsmahlzeit einigermaßen in Ruhe genießen zu können, stimmten die Nagelschmiede und Maschinensteller, desgleichen auch eine Anzahl Arbeiter anderer Abteilungen für den von der Direktion gemachten Vorschlag. Sind aber Arbeiter anderer Gruppen, wie behauptet wird, durch Einführung dieser Arbeitszeit geschädigt, dann dürfte es der Firma, wenn es ihr ernst damit ist, den Arbeitern entgegenzukommen, ein leichtes sein, diese sowohl in bezug auf die Arbeitszeit, wie auch bezüglich der Löhne zufrieden zu stellen, die sowieso, besonders bei den ungelernten Lohnarbeitern, sehr aufbesserungsbedürftig sind. Erhalten diese doch pro Stunde sage und schreibe nur 25 ₰, also so ziemlich den schlechtesten Lohn in der ganzen Umgegend. Die Behauptung der Firma zu Nr. 2 der Forderung ist eine solche wider besseres Wissen. Es haben nach dem Streik diesbezüglich noch mehrmals Verhandlungen stattgefunden und ist den Vertretern der Arbeiter gesagt worden, daß hierüber erst die Antwort der Oberdirektion abgewartet werden müsse. Von einer Erledigung dieser Forderung kann demnach keine Rede sein. Es ist ja die bekannte Manier der Arbeitgeber, Arbeiter, die ihr Recht fordern, als die Schuldigen hinzustellen, während sie, die Fabrikanten, nicht im stande sind, ein Wässerchen zu trüben. Nur die bösen, von Hetzern aufgewiegelten Arbeiter sind schuld daran, daß der Friede gebrochen wird, sei es auch, wie in diesem Falle, wo den Arbeitern, um dieselben zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, Versprechungen gemacht worden sind, die zu halten, bezw. einzulösen man augenscheinlich gar nicht die Absicht hatte.

Pinneberg. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß einstimmig, dem Ersuchen der Stadt Schleswig, gegen die Verlegung des Oberpräsidiums vorstellig zu werden, nicht beizutreten. Die Ausführungen der Schleswiger Denkschrift wurden ebenfalls nicht anerkannt.

Hannover.

Neuhaus a. d. Oste. Der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Diederich Hahn, wurde vom Kreistage seines Heimatskreises Neuhaus mit allen gegen eine Stimme zum Mitgliede des hannoverschen Provinziallandtages gewählt.

Mecklenburg.

Güstrow. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem benachbarten Gute Neu-Wölkow. In Abwesenheit der Eltern wollte die 9jährige Tochter des Arbeitsmannes Peters auf einem offenen Herde Feuer anmachen und benutzte dazu Petroleum. Hierbei fingen die Kleider des Mädchens Feuer und standen im Augenblick in Flammen. Das Mädchen lief hinaus ins Freie und rief um Hülfe. Der herrschende Wind fachte das Feuer draußen nur noch mehr an, so daß das Zeug dem Mädchen buchstäblich am Leibe verbrannte. Im Krankenhause erlag das Mädchen den furchtbaren Brandwunden.

Arbeiterbewegung.

Tarifbewegung der Schneider. In Hamburg ist die Zahl der bewilligt habenden Geschäfte auf 225 gestiegen. In **Altona** beträgt dieselbe 51, während in **Wandsbeck** keine Veränderung eingetreten ist. Die Sperre über die Firmen Zucker, Königstraße 77, und Grunwald, Allee 236, ist — nachdem der Tarif akzeptiert ist — aufgehoben. Folgende Geschäfte sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs gesperrt: Hamburg: Luplow, Bremerreihe 15, 1. Et., J. Schnoor, Wilhelminenstraße 38, St. Pauli, Seissenschmidt, Talstr. 4, Brendler, Stubbenhuk 13, Chr. Siesage, Goßlerstr. 32, J. F. E. Gördeler, Schmilinskystr. 45. — Altona: Döffel, Königstraße 108, Grewe, Mörkenstraße 50, I., Budde, Königstraße 115, Zahren, Gr. Roosenstraße 112, J. H. Spaar, Rothestraße 81, Ottensen, Henning, Bahrenfedlerstraße 66, Ottensen, Hoerner, Viktoriastraße 27, Gotthier u. Co., Reichenstraße 2, Fr. Rochow, Gr. Bergstraße 145, Bisbing, Flath, Gerberstraße 20, J. B. Jürg, Gr. Prinzenstraße 25, Körtje, Viktoriastraße 26, H. Mohrmann, Weidenstraße 3, Richardt, Friedrichsbaderstraße 28, H. Voth u. Sohn, Gr. Bergstraße 208, Wilhelm, Gr. Gärtnerstraße 117, Würl, Königstraße 203, Zwischenberger, Bahrenfelderstraße 97, Ottensen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 26. April, 1 Uhr.
76. Sitzung.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Zunächst werden drei von Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz am 12. Juni 1902 abgeschlossene Abkommen über das internationale Privatrecht in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betr. die Krankenfürsorge für Seeleute.

Art. 1 ändert den § 59 der Seemannsordnung wie folgt:

Falls der Schiffsmann nach Antritt des Dienstes oder nach der Anmusterung erkrankt, trägt der Reeder die Kosten der Verpflegung und Heilbehandlung während 26 Wochen.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Verpflichtung der Reeder auszudehnen auf eine Fürsorge für Erkrankungen der Seeleute „innerhalb drei Wochen nach der Abmusterung".

Molkenbuhr (SD.) begründet diesen Antrag. Wir wünschen eine Uebereinstimmung der Krankenfürsorge für Seeleute mit der für am Lande beschäftigten Arbeiter herbeizuführen. Der vorliegende Antrag soll einen heute vielfach üblichen Mißstand beseitigen. Im Ausland erkrankte Seeleute werden, wie der von meinem Fraktionsgenossen Schmalfeld neulich vorgebrachte Fall beweist, häufig einfach an Land gesetzt und bleiben dann ohne jede Entschädigung. Die Seeleute erkennen vielfach selbst nicht, daß ihre Mattigkeit usw. der Vorbote einer schweren Krankheit ist, sie willigen daher in die Abmusterung ein und mit dem Tage der Abmusterung verlieren sie jeden Anspruch auf Krankenunterstützung, auch wenn sie sich die Krankheit während des Dienstes zugezogen haben. Insbesondere liegt doch bei epidemischen Krankheiten häufig zwischen der Ansteckung und der Erkrankung selbst ein größerer Zeitraum. Werden die Leute währenddessen abgemustert, so verlieren sie den Anspruch auf Krankenunterstützung. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen, zumal die Belastung der Reeder durch die Krankenfürsorge durchaus keine besonders große ist. Wünschenswert wäre eine Aufklärung darüber, ob die Seeleute auch dann Anspruch auf Unterstützung haben, wenn sie sich in ihrer Familie, statt in einem Krankenhaus in Pflege begeben haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat **v. Jonquières:** Der Herr Vorredner hat sein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß erkrankte Schiffsleute vom Reeder und Kapitän entlassen würden und ihnen dadurch der Anspruch auf Krankenfürsorge entzogen würde. Diese Auffassung zeugt von einem ganz falschen Verständnis der gesetzlichen Bestimmungen. Wenn der Schiffsmann während des Dienstes erkrankt und darauf entlassen wird, so entfällt dadurch in keiner Weise die Verpflichtung des Reeders, 26 Wochen für seine Heilung zu sorgen. Es kommt nur darauf an, daß die Krankheit während des Dienstes eingetreten ist. Wenn im einzelnen Falle sich die Kapitäne dieser Verpflichtung entziehen, so ist es Sache des Seemannsamts, das die Abmusterung abnimmt, dafür zu sorgen, daß dem Seemann sein Recht wird. Kommt ein solcher Fall im Auslande vor, so kann das Seemannsamt die Abmusterung verweigern. Im Ausland hat der Seemann sogar nach dem letzten Absatz des § 59 einen Anspruch darauf, auf Kosten des Reeders in die Heimat geschickt zu werden. Wenn weiter gefragt wird, ob der Seemann einen Anspruch auf Verpflegung auch dann hat, wenn er nicht im Krankenhause gepflegt wird, sondern in seiner Familie, so ist diese Frage grundsätzlich zu bejahen. Wie lange die Verpflichtung dauert, ist eine Frage des einzelnen Falles. Nach meiner Meinung hört die Verpflichtung erst auf im Augenblick, wo der Seemann wieder arbeitsfähig geworden ist. Jedenfalls hat darüber die zuständige Behörde, das Seemannsamt oder das Gericht, zu entscheiden. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so läßt sich nicht verkennen, daß eine gewisse Analogie mit § 20 des Krankenversicherungsgesetzes gegeben ist. Aber so lange wir an dem Prinzip festhalten, daß der einzelne Reeder die Kosten der Krankenfürsorge zu tragen hat — nicht eine Krankenkasse — so lange müssen wir einen solchen Antrag als unannehmbar erklären. Nach dem Antrag ist es ganz unklar, wer eigentlich zur Fürsorge verpflichtet ist, wenn der Seemann innerhalb drei Wochen nach der Abmusterung sich von einem Reeder anmustern läßt und dann erkrankt. Ferner ist nicht berücksichtigt, daß in dem betreffenden Paragraph des Krankenversicherungsgesetzes die Ausnahme vorgesehen, daß die Verpflichtung zur Fürsorge fortfällt, wenn der erkrankte Seemann sich im Auslande aufhält, und das kommt doch gerade bei Seeleuten sehr häufig vor. Außerdem könnte die Konsequenz des Antrages sein, daß die abgemusterten Schiffsleute sich einem liederlichen Lebenswandel hingeben und nach 14 Tagen alle krank werden. Das werden Sie auch nicht wollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Dr. **Patzig** (NL.): Nach den Ausführungen des Regierungsvertreters versteht es sich wohl von selbst, daß man davon absieht, auf den sozialdemokratischen Abänderungsantrag einzugehen. Beschränken wir uns auf das, was die Vorlage gibt. Die ganze Krankenversicherung ist reformbedürftig. Bei dieser Reform wird sich über die Wünsche reden lassen, die von der äußersten Linken heute vorgetragen werden. Der Fall, den Kollege Schmalfeld vorgetragen, ist gewiß tragisch. Aber gerade bei Geisteskrankheiten schwebt man lange in Unsicherheit, bevor sie erkannt werden. Ich erinnere an den Fall hier im Reichstage, der die ganze Session über währte und der die sozialdemokratische Fraktion sehr nahe anging.

Bargmann (FVp.): Wir werden der Vorlage zustimmen. Der sozialdemokratische Antrag ist unannehmbar, wie der Regierungsvertreter überzeugend nachgewiesen hat.

Schwartz-Lübeck (SD.): Als die Seemannsordnung geschaffen wurde, glaubte jeder, daß ihre Bestimmungen klar wären. Jetzt sehen wir, wie die Ausleger des Gesetzes sich gegenseitig in den Haaren liegen, und die Seeleute werden überhaupt nicht mehr klug. Dem Herrn Regierungsvertreter möchte ich nur den Rat geben, sich einmal unerkannt auf einem Schiffe zu verheuern (Heiterkeit), dann wird er bald kuriert sein. Ich bin seit Anfang der 60er Jahre Mitglied einer Seefahrerkasse und kenne die Verhältnisse. Jedesmal, wenn der Winter ins Land kommt, steigt die Krankenziffer dieser Kasse außerordentlich. Ich selber bin einmal gleich nach der Abmusterung krank geworden. Der Arzt hat mich belehrt, daß ich mir die Krankheit bei den schweren Stürmen zugezogen habe, die Ende Herbst auf der Ost- und der Nordsee herrschen. So lange man tätig ist, zeigt sich die Krankheit nicht, erst nachher kommt sie zum Ausbruch. Die Erkrankungen haben mit dem Ueberhandnehmen der Dampfschiffe erheblich zugenommen. Die hölzernen Segelschiffe waren viel gesünder als die eisernen Dampfschiffe, die Segelschiffe konnten z. B. während des Winters nicht so viel fahren wie heute die Dampfschiffe. — In dem Falle, den Geheimrat Jonquières anführte, daß der Seemann innerhalb drei Wochen nach der Abmusterung bei einem anderen Reeder angemustert wird, ist natürlich der neue Reeder fürsorgepflichtig. Es handelt sich hier nur um die Seeleute, die nach der Abmusterung untätig am Lande liegen und erkranken. Unser Antrag mag ja noch verbesserungsbedürftig sein, aber er liegt im Interesse der Seeleute und ich bitte Sie bringend um Annahme desselben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kirsch (Z.): Die Einwendung des Geheimrats Jonquières gegen den Antrag Molkenbuhr sind nicht widerlegt worden, wir werden aus den von ihm angeführten Gründen gegen den Antrag stimmen. Herr Schwarz riet Herrn Jonquières, sich einmal drei Monate auf einem Dampfer anmustern zu lassen. Ich weiß nicht, ob er dabei an Herrn Goehre gedacht hat, der, trotzdem er drei Monate Fabrikarbeiter war, doch nicht würdig befunden wurde, sozialdemokratischer Abgeordneter zu werden. (Große Heiterkeit.)

Molkenbuhr (SD.): Daß es schwer ist, sachliche Argumente gegen unseren Antrag vorzubringen, bewies der Herr Vorredner durch das Hineinziehen von ganz fernliegenden Sachen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will ihm nicht den Gefallen tun, ihm auf dies Gebiet zu folgen, wenn ich ja auch aus Zentrumskreisen recht nette Anekdoten erzählen könnte. Lehnen Sie unseren Antrag ab, dann rechtfertigen Sie das Verfahren der Reeder, hülflose Seeleute an Land zu setzen. Der Antrag wäre vielleicht überflüssig, wenn die Seemannsordnung eine Bestimmung enthielte, daß jeder Abzumusternde vorher auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen ist. Das ist heute nicht der Fall und jeder Seemann, der einmal abgemustert ist, ohne daß seine Krankheit angezeigt war, verliert den Anspruch auf Unterstützung. Der Zwiespalt, daß zwei Fürsorgeverpflichtete vorhanden sein können, besteht auch nach dem gegenwärtigen Gesetz. Es kann sehr wohl ein Seemann ein, zwei Tage vor der Abmusterung neu angemustert werden und wenn er in diesen Tagen erkrankt, so ist auch die Schwierigkeit vorhanden, wer fürsorgepflichtig ist. Wenn diese Schwierigkeit ausschlaggebend sein soll, hätte man also schon die ganze Seemannsordnung scheitern lassen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. **Mugdan** (FVp.) beantragt, in dem Antrage Molkenbuhr hinter „innerhalb 3 Wochen nach Abmusterung" einzufügen „ohne angemustert zu sein oder einer krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung anzugehören". Durch diese Einfügung seien die Einwendungen des Regierungsvertreters illusorisch gemacht.

v. Savigny (Z.): Alle Schwierigkeiten, die der Herr Regierungsvertreter vorgeführt hat, beseitigt auch dieser Antrag nicht; es ist also unmöglich, im Augenblick die Sache zu regeln. Auch wir wünschen ja, daß recht bald auf diesem Gebiete eine organische Aenderung eintritt, jetzt aber sollte man vor allem dafür sorgen, daß den Seeleuten die Vergünstigung der 26wöchentlichen Krankenfürsorge so schnell wie möglich zu Teil wird.

Dr. **Patzig** (NL.) erklärt, daß auch seine Freunde nicht bereit seien, Augenblicksgesetze zu machen.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Molkenbuhr und Mugdan werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und Artikel 1 in der Fassung der Vorlage angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen, hinter den Artikel 1 des Gesetzes folgenden Artikel 1a einzuschieben:

§ 61 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„Für die Dauer des Aufenthalts in einer Krankenanstalt gebührt dem Schiffsmann keine Heuer. Hat er Frau oder Kinder, so ist diesen ein Viertel der Heuer zu zahlen. Ist dieser Betrag niedriger als der Mindestanspruch, den die Familien gegen Krankheit versicherter Arbeiter haben, so ist ein Betrag in Höhe von einem Viertel des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter des Ortes, in welchem die Familie ihren Wohnsitz hat, zu zahlen. Hat er keine Frau oder Kinder, aber Verwandte aufsteigender Linie oder elternlose Enkel, deren Lebensunterhalt er ganz oder überwiegend bestritten hat, so ist diesen der Betrag zu zahlen, auf welchen Frau oder Kinder Anspruch haben."

Molkenbuhr (SD.) begründet diesen Antrag. Der Schwerpunkt des Antrages liege darin, daß die Worte „ganz oder überwiegend" an die Stelle der früheren Fassung „ganz oder teilweise" treten sollen, wodurch die Leistungen der Versicherungsanstalten an Frau und Kinder des erkrankten Seemannes erheblich erhöht werden. Die Worte „ganz oder teilweise" sind ja auch nur durch ein Versehen in das Gesetz hineingekommen. Es erscheint zweckmäßig, die Frau nicht erst schwören zu lassen, daß sie ganz oder überwiegend von dem Verdienst ihres Mannes gelebt hat. Man sollte die Unterstützung ohne weiteres gewähren. Dagegen wo es sich um entferntere Verwandte handelt, wollen wir den Nachweis aufrecht erhalten wissen. Wir wollen also kein neues Prinzip einführen. Wenn Sie eine Uebereinstimmung mit dem Seeunfallversicherungsgesetz herbeiführen wollen, so müssen Sie unseren Antrag annehmen. Ueberhaupt sollten feste Normen aufgestellt werden, damit nicht wie bei der jetzigen Fassung fortwährende Streitigkeiten möglich sind. Wir wünschen, daß auch die Seearbeiter die Wohltat der Versicherung genießen, deren jetzt die Landarbeiter teilhaftig sind. Die Befürchtung, daß für die Reeder eine übermäßig große Belastung entsteht, kann ich nicht teilen, umsoweniger, als die Seearbeiter viel weniger zahlreich verheiratet sind als die Landarbeiter. Mit wenigen tausend Mark läßt sich unser Antrag verwirklichen, und ich hoffe, daß er auch in Reederkreisen auf keinen erheblichen Widerstand stoßen wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß, wenn der Seemann im Krankenhause liegt, der Familie die notwendigen Subsistenzmittel gewährt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimer Regierungsrat **v. Jonquières:** Die Grundtendenz des Antrages wird von der Regierung als berechtigt anerkannt; aber so, wie er vorliegt, erscheint er als ein ganz bedenklicher Versuch, die Grundsätze der Unfallversicherung maßgebend zu machen für die Regelung der Krankenfürsorge. Die Unfallversicherung ist ja in ihren Leistungen gewiß weit wirksamer als die Krankenfürsorge. Die Fassung „ganz oder überwiegend", welche die Sozialdemokraten ändern wollen, und die auch von juristischer Seite als sehr dehnbar bezeichnet worden ist, ist dadurch gerechtfertigt, daß dieselben Ausdrücke in der neuen Seemannsordnung akzeptiert worden sind. Wohin sollten wir kommen, wenn die Grundsätze der Unfallversicherung so ohne weiteres übertragen würden! Nach dem Antrage Molkenbuhr würde auch erwachsenen Kindern, die schon selbständig ihren Lebensunterhalt verdienen, ein Anspruch gewährt, was bisher nicht der Fall ist, anderseits entständen dadurch Ungerechtigkeiten, indem z. B. eine unverheiratete Schwester, die auf die Unterstützung des Schiffsmannes angewiesen sei, nach diesen Vorschlägen nichts bekäme. Die Stewards werden nach der bisherigen Seemannsordnung in der Tat geschädigt. Es sollte gesagt werden, daß das Krankengeld nicht nach dem Heuerverdienste, sondern nach dem Arbeitsverdienste dieser Leute bemessen wird, um damit auch die Trinkgelder einzuschließen. Wir haben in unserer Handelsflotte viele Tausende Ausländer, und die Seemannsordnung gilt auch für diese. Was soll in bezug auf diese Ausländer als ortsüblicher Tagelohn maßgebend sein? Gegenüber den fortwährenden Behauptungen, es handle sich für die reichen Reedereien nur um eine Kleinigkeit, muß ich konstatieren, daß mir von Versicherungsgenossenschaften wiederholt versichert worden ist, daß es selbst großen Reedereien sehr schwer würde, ihre Beiträge zur Seeberufsgenossenschaft pünktlich zu zahlen, und daß diese häufig erst im Wege des Zwangsverfahrens eingetrieben werden müßten. Daher halte ich den Antrag, trotz der ihm anhaftenden guten Tendenz, wegen seiner vielen Ungereimtheiten für nicht annehmbar.

Kirsch (Z.): Wir sind auch gegen diesen Antrag aus denselben Gründen, die Herr Geheimrat Jonquières angeführt hat.

Molkenbuhr (SD.): Der Herr Regierungskommissar erwähnte die Möglichkeit, daß auf deutschen Schiffen auch Ausländer fahren. Nun, es kann auch auf dem Lande vorkommen, daß ausländische Arbeiter, deren Familien im Auslande wohnen, Krankenunterstützung beziehen. In solchen Fällen erhält eben die Familie keine Unterstützung; und so würde es auch hier sein. Ich möchte einmal die Frau eines Seemannes sehen, die in England wohnt und sich an einen deutschen Reeder wendet, um Familienunterstützung auf Grund der Seemannsordnung zu erlangen. Sie kann nicht selbst hingehen und das Streitverfahren würde für sie noch teurer werden, als die in Betracht kommende Unterstützung beträgt. Es wird immer von den kleinen Reedereien gesprochen, die zu sehr belastet würden. Aber die Einführung der Familienunterstützung würde nur 5 Pfennig pro Kopf des Seemannes Mehrkosten verursachen, und weiter: können etwa die Frauen und Kinder erkrankter Seeleute den Ausfall der Unterstützung eher ertragen als die Reeder eine so kleine Belastung? Von dieser Auffassung scheinen ja die Herren auszugehen, die die Reeder immer schonen und den Familien der erkrankten Seeleute die Unterstützung vorenthalten wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Schwartz-Lübeck (SD.): Von der Belastung der kleinen Reeder wird immer nur gesprochen, um die Ausbeutungssucht der großen Reeder zu bemänteln und zu verdecken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die großen Reedereien würden allerdings durch unseren Antrag belastet werden, aber daß sie mehr leisten müßten, ist ja ganz natürlich, denn auf den großen Schiffen kommen soviel mehr Unglücksfälle und Krankheiten vor wie auf den kleinen. Daß ausländische Seeleute keine Familienunterstützung bekommen, ist auch früher so gewesen. Ich besinne mich noch auf den Fall einer schwedischen Stewardeß, die ihre arme alte Mutter in Schweden ernährte. Als das Schiff zu grunde ging, erhielten die Angehörigen der übrigen Besatzungsmannschaft ihre Rente, aber die arme alte Mutter der schwedischen Stewardeß hat nichts bekommen. Das Gejammer der großen Reeder ist geradezu ekelhaft, wenn man bedenkt, wie hohe Dividenden sie beziehen und wie niedrig die Heuern sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und des Abg. v. Gerlach. — Der Art. 2 wird debattelos angenommen. — Als Art. 3a wird ein Antrag Rettich, der das Inkrafttreten der Vorlage auf den 15. Mai festsetzt — angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen außerdem folgende Resolution:

Der Herr Reichskanzler wird ersucht, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch Personen, die auf deutschen Schiffen beschäftigt werden, soweit sie nicht dem Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 unterliegen, gegen Krankheit versichert werden, mit der Maßgabe, daß nach Beendigung des Dienstverhältnisses das Recht auf Weiterversicherung fortbesteht, und mit der ferneren Maßgabe, daß auch für die Seeleute das Prinzip der Selbstverwaltung in gleicher Weise zur Anerkennung gelangt, wie für die übrigen der Krankenversicherung unterstellten Personen.

Molkenbuhr (SD.): Die Resolution hätte eigentlich eingebracht werden müssen, von den Herren, die immer für den Mittelstand eintreten. Nichts kann den kleinen Reeder mehr schädigen als der heutige Zustand, wo seine Mannschaft nicht versichert ist. Erkrankt ein großer Teil derselben im Auslande, so können dadurch dem kleinen Reeder Lasten entstehen, die seine finanziellen Kräfte weit übersteigen. Es müßte eine einheitliche Kasse für alle Reedereien geschaffen werden. Die Krankenversicherung müßte auch eingeführt werden, damit die Seeleute, die mindestens einen Monat im Jahr ohne Beschäftigung sind, sich selbst weiter versichern können und so nicht ganz ohne Krankenfürsorge bleiben. Im Auslande könnte der Reeder der Vertreter der Kasse sein. Bei Schaffung einer Versicherung hätte auch kein Reeder mehr ein Interesse daran, einen Seemann um sein Recht zu betrügen und hülflos im Auslande zu lassen. Es würden so manche Härten des jetzigen Zustandes beseitigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Erzberger (Z.) abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Börsengesetz.

Ein Antrag Kämpf (FVp.), die Beratung der Novelle zum Stempelsteuergesetz hiermit zu verbinden, wird, nachdem sich die Abgg. Graf Oriola (NL.) und Kirsch (Z.) dagegen erklärt haben, abgelehnt.

Preußischer Handelsminister Möller: Das Börsengesetz vom Jahre 1896 war eine Folge der Erregung über mancherlei Vorgänge, die seit Jahrzehnten an der Börse vorgekommen waren. Der unerhörte Rückschlag der auf den großartigen wirtschaftlichen Aufschwung infolge der 5 Milliarden Kriegsentschädigung folgte und die Verluste weiter Volkskreise, die sich in den Taumel des Aufschwungs hatten hineinreißen lassen, wurden dem Börsengesetz zugeschrieben. Viel geringer war der Rückschlag nach der Umschwungs-Periode 1889/90, aber auch nach ihm wuchs die Abneigung gegen die Börse in weiten Kreisen. Daher wurde 1892/93 die Börsenenquete unter allgemeiner Zustimmung des Reichstages eingesetzt. Diese förderte ein umfangreiches Material zu Tage, zu dessen Beurteilung man Jahre brauchte, bis 1896 das Börsengesetz vorgelegt werden konnte. Dieses Gesetz erfuhr im Reichstag eine erhebliche Erweiterung. Es wurde der Terminhandel verboten. Gegen dieses Verbot und die bereits in der Regierungsvorlage enthaltene Einführung des Börsenregisters wendet sich vor allem die Opposition der Börsenkreise. Das Börsenregister empfanden die Kaufleute als eine Deklassierung. Andere Kreise der Börsenwelt erklärten wieder, daß sie das Börsenregister anerkennen wollten, so daß innerhalb der Börse selbst die heftigsten Streitigkeiten entstanden. Obwohl die großen Banken für das Börsenregister eintraten, kam dasselbe doch infolge des gewaltigen Widerstandes in den übrigen Kreisen der Börsenwelt nicht zur Durchführung. Das Verbot des Terminhandels andererseits wurde besonders von der Produktenbörse bekämpft. Dieses Verbot hat, wie ich persönlich überzeugt bin, zu einer schweren Schädigung des Handels und der Getreideproduzenten geführt. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich eine Einigung an der Produktenbörse herbeigeführt, unter Mitwirkung der von der Landwirtschaft gestellten Mitglieder des Börsenvorstandes. Der preußischen Regierung wurde ein schwerer Vorwurf daraus gemacht, daß sie diese Wiedereinführung des Zeitgeschäftes in Produkten, wenn auch in veränderter Form, geduldet habe. Ich halte aber diese Wiedereinführung, besonders für Getreide, für eine Notwendigkeit. Für die Effektenbörse tritt dasselbe Bedürfnis hervor. Es ist behauptet worden, das Börsengesetz habe gut funktioniert. Nicht das Börsengesetz sei die Ursache der wirtschaftlichen Depression, sondern die Börse selbst. Ich meine, die Bewegungen auf dem Geldmarkt 1896 bis 1900 waren so stark, daß auch die Schädigungen durch das Börsengesetz dagegen verschwanden, soweit sie den Effekt im Handel betrafen. Ein so starker wirtschaftlicher Aufschwung wie der der Jahre 1896 bis 1900 war auch am Anfang der 70er Jahre noch nicht dagewesen. Die Ursache war die frühere Stagnation in vielen wirtschaftlichen Zweigen, vor allem im Verkehrswesen. Das Kleinbahnengesetz gab den ersten Anstoß zur Entwicklung auf diesem Gebiet. Dann kam der gewaltige industrielle Aufschwung dazu, sowie die Entwicklung der Elektrizität. Die sanitären Bedürfnisse der Städte verursachten eine große Inanspruchnahme des Geldmarktes. Ich erinnere an die Anlegung von Kanalisationen und Wasserleitungen. Hand in Hand damit ging die Ausdehnung der Bahnhofbauten und der Reedereien. Eine weitere Folge der Entwicklung war die ungeheure Vermehrung der Aktienkapitalien, das rapide Anwachsen der Banken. Man ging in den Anleihen weit über das hinaus, was an Ersparnissen in der Nation vorhanden war. Da ist der Rückschlag im Jahre 1900 zu erklären. Dieser Rückschlag hatte keine Aehnlichkeit mit dem von 1873/74. Diesmal handelte es sich vor allem um eine zu große Anspannung kommunaler und staatlicher, also durchaus potenter Unternehmungen. Der verstorbene Abg. v. Siemens wies zuerst darauf hin, welche Folgen das Börsengesetz mit dem Differenzeinwand haben könnte. In der Begründung der Vorlage ist eine Statistik über die Anwendung der Differenzeinwände gegeben, die beim Landgericht I und II in Berlin vorgekommen sind. Ihre Summe beträgt zwei Millionen. Dabei ist noch eine sehr große Zahl der Ansprüche durch Vergleich aus der Welt geschafft, so daß die wirklichen durch den Differenzeinwand eingetretenen Schädigungen nicht bekannt sind. Es hat damals eine Enquete durch die Aeltesten der Kaufmannschaft stattgefunden. Von den befragten Firmen haben 586 überhaupt nicht geantwortet. 101 Firmen haben über Differenzeinwände berichtet und 301 Fälle mitgeteilt, in welchen die Gültigkeit von Börsentermingeschäften in Frage gestellt worden ist, und nur 119 Firmen haben mitgeteilt, daß bei ihnen derartige Fälle nicht vorgekommen seien. Nach meiner Ueberzeugung sind unendlich viel mehr solche Fälle zu verzeichnen gewesen. Aus dieser Geltendmachung des Differenzeinwandes entstand aber eine große geschäftliche Unsicherheit. Erfreulich ist aber, daß trotz allem die große Menge der geschäftlichen Kreise Treu und Glauben hielt und ehrlich bezahlte, was sie verloren hatte, obwohl sie sich dem hätte entziehen können. Leider muß ich sagen, daß die Mehrzahl derjenigen, die von den Einwänden des Börsengesetzes Gebrauch machen, Geschäftsleute, ja sogar Bankiers waren, die sich so etwas nicht zu schulden kommen lassen durften. (Sehr richtig! links.) Dieser Vorgang legte den Gedanken einer Revision des Gesetzes nahe. Es wurde im Jahre 1901 der Börsenausschuß berufen und ich habe im September eine Konferenz abgehalten, an der auch Reichstagsabgeordnete teil nahmen. Was dort beschlossen wurde, ist im wesentlichen die Grundlage der heutigen Vorlage. Das Börsenregister und das Terminhandelsverbot sind unangetastet geblieben. Man hat nur dem Bruch von Treu und Glauben entgegentreten wollen. (Der Minister wird in seinen weiteren Ausführungen stellenweise unverständlich.) In der Oeffentlichkeit hat man sich dagegen gewandt, daß die Bedingungen, unter denen die Geschäfte zur Börse zugelassen werden sollen, vom Bundesrat zu genehmigen sind. Es war notwendig, dies einheitlich für das ganze Bundesgebiet zu regeln. Die Begründung des Gesetzes im einzelnen wird zweckmäßiger in der Kommission geschehen. Daß dem Artikel 2 der Vorlage rückwirkende Kraft gegeben wird, erscheint unbedingt notwendig, um für die Vergangenheit die nötige Geschäftssicherheit zu gewähren. — Die Bedeutung der Börse wird wohl vielfach verkannt. Ich leugne die mit ihr verbundenen Uebelstände nicht, aber sie ist eine absolute Notwendigkeit für unser ganzes Volk. Damit die Börse funktioniert, muß sie in erheblichem Maße spekulative Elemente enthalten, die die Verantwortung auf sich nehmen, welche der einzelne Geschäftsmann nicht tragen kann. Die Börse ist weiter ein gewaltiger politischer Machtfaktor, und eine Schwächung derselben bedeutet auch eine Schwächung unserer politischen Macht. Vielfach sind Finanzkräfte maßgebend gewesen für die Gestaltung politischer Fragen. Auf dem Ansehen unserer Kaufmannschaft in der ganzen Welt beruht zum erheblichen Teil unsere wirtschaftliche Kraft. Der deutsche Kaufmann soll nach wie vor in dem Ruf hoher Ehrlichkeit, großer Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit stehen. Dazu soll das Gesetz mitwirken, und ich bitte Sie dringend, dabei mitzuhelfen, daß die Vorlage zu stande kommt, und zwar möglichst noch in dieser Session. (Bravo!)

Graf **Kanitz** (K.): Es ist wohl noch nicht vorgekommen, daß sich eine Regierung von den Opponenten eines Gesetzes zur Einbringung einer Abänderungsnovelle drängen läßt, statt sie zur Unterwerfung unter das Gesetz zu zwingen. Der Widerspruch gegen das Börsengesetz geht tatsächlich auch nur von der Berliner Börse aus, während die Mehrzahl der deutschen Börsen sich an dem Berliner Entrüstungssturm nicht beteiligt hat. Es ist falsch, daß der Inkassoverkehr unserer Banken, z. B. des Berliner Kassenvereins, infolge des Gesetzes großen Schwankungen unterworfen worden ist. Auch der Rückgang der Erträge aus der Börsenstempelsteuer ist keineswegs eine Folge des Gesetzes, sondern der wirtschaftlichen Depression. Denn auch in England, das kein Börsengesetz hat, ist ein solcher Rückgang zu verzeichnen. Im Jahre 1903 hat der Börsenstempel in England 300 000 Lstrl. weniger eingebracht als im Jahre vorher. Die Erträge würden auch erheblich höher sein, wenn die Revision nicht so lax gehandhabt würde. Ich möchte einige Zahlen aus der „Köln. Volksztg." anführen, der ich die Verantwortung dafür überlasse. In Preußen gab es im Jahre 1903 2566 revisionspflichtige Bankiers, revidiert wurden davon 523, dabei wurden 1365 Defraudationen und Kontraventionen festgestellt; ebenso lax war die Revision in den übrigen Bundesstaaten, in Württemberg fand überhaupt keine statt. (Hört! hört! rechts.) In keinem dieser Fälle fand eine Bestrafung statt, sondern es wurden nur Nachzahlungen geleistet. Der Herr Handelsminister ist auf den Kurs der Reichsanleihe eingegangen. Unsere 3½ prozentige Anleihe hat 1891 6 Jahre vor dem Inkrafttreten des Börsengesetzes einen durchschnittlichen Kurs von 98,38 gehabt. 1897 stieg der Kurs auf 103,8, um 1902 auf 102,06 herunterzugehen, in der Krisis weiter am 1. Februar 1904: 102,8, 31. März: 102, 22. April: 101,9, also ein ganz unerheblicher Rückgang. Ebenso waren die Kursschwankungen der 3prozentigen Anleihe nicht unbedeutend. In derselben Zeit ist die 3prozentige französische Rente um 5 pZt. zurückgegangen. Unsere Börse war eben widerstandsfähiger unter dem Schutze des Börsengesetzes. (Sehr richtig! rechts.) Den viel besprochenen Kursrückgang von Industriepapieren kann ich nicht als Nachteil für den Volkswohlstand ansehen. Schaden davon haben nur die Spekulanten. (Sehr wahr! rechts.) Wenn die Novelle zum Gesetz wird, so dürfte von dem ganzen Börsengesetz wenig übrig bleiben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Es ist gesagt worden, daß die Vorlage sich in Uebereinstimmung mit dem Votum des Börsenausschusses vom 9. Juni 1901 befindet. Nun besteht aber dieser Ausschuß zu zwei Dritteln aus Börseninteressenten, während die produktiven Stände nur zu einem Drittel vertreten sind. Dieses Drittel hat damals auf meinen Antrag beschlossen, daß die bisherigen Erfahrungen nicht ausreichen, um eine Revision des Börsengesetzes schon jetzt notwendig oder zweckmäßig erscheinen zu lassen. Allerdings haben sich bei der Anwendung des Börsengesetzes gewisse Mißstände herausgestellt, aber das ist bei jedem neuen Gesetz unvermeidlich und hat sich auch beim Bürgerlichen Gesetzbuch gezeigt. In der Kommission war es unser Hauptbestreben, das Börsengesetz von 1896 in materielle Uebereinstimmung mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu bringen. Formell soll zwar in der Vorlage an dem Verbot des Terminhandels festgehalten werden, tatsächlich wird aber dem Bundesrat die Befugnis gegeben, Zeitgeschäfte und andere nicht als Termingeschäfte zu erklären. Solche Bestimmungen sollten nicht auf administrativem, sondern nur auf gesetzlichem Wege erlassen werden. Wir würden auf diesem Wege zu einer einfachen Wiederherstellung des Terminhandels kommen. (Sehr richtig! rechts.) Aus den Motiven erhellt, daß sich eine große Unzufriedenheit mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts herausgebildet hat. Es heißt, es sei den Lieferungsgeschäften und Kassageschäften der Rechtsboden entzogen worden; einen solchen Rechtsboden haben sie nie besessen. (Sehr richtig! rechts.) Es freut mich, daß es in Deutschland noch Richter gibt, die unbekümmert um den organisierten Widerstand der Börse und ihren Entrüstungssturm nach bestem Wissen und Gewissen Recht sprechen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Alle die Gründe, die wir vor acht Jahren ausführlich erörtert haben, bestehen heute noch fort. Durch den Getreideterminhandel wird das natürliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der Landwirtschaft verschoben. Ganz hervorragende Getreidehändler haben sich gegen den Getreideterminhandel ausgesprochen und die nachhaltigen Wirkungen für die Landwirtschaft zugegeben. So sagt Kommerzienrat Rosenfeld-Posen, „der Berliner Platz ist auf die Baisse zugeschnitten, und das äußert seine Rückwirkung auf die Landwirtschaft", Herr Horwitz-Hamburg sagt, „der gute süddeutsche Roggen, den ich gekauft habe, war viel zu schön für den Berliner Terminmarkt, ich mußte ihn direkt an die Konsumenten verkaufen, und so ging es mir mit hunderten von Schiffsladungen". Hochangesehene Vertreter der Mühlenindustrie bekunden, daß in Berlin ganz minderwertiger Weizen geliefert worden ist. Ein großer rheinischer Getreidehändler sagt, „man hat die Spielbanken geschlossen, man hätte lieber den Terminhandel schließen sollen, denn an der Börse können Gelder verloren werden, die man nicht besitzt, bei der Spielbank ist das nicht gut möglich". (Heiterkeit rechts.) Es ist nicht einmal richtig, daß die Konsumenten einen großen Vorteil von dem Verbot des Terminhandels haben, nur den Produzenten wird die Ware billig aus der Hand genommen, aber bis sie an den Konsumenten kommt, ist sie schon wieder verteuert worden. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Singer hat einmal hier gesagt, er sehe in dem Terminhandel ein Mittel, das Brot zu verbilligen. Das mag in vielen Fällen richtig sein, es gibt aber auch Fälle, wo der Terminhandel zu einer Verteuerung führt. An der Börse wird nämlich nicht immer nach dem Schema Cohn und Rosenfeld gearbeitet, es wird auch einmal umgekehrt operiert, ich erinnere nur daran, daß die Firma Ritter u. Blumenfeld auf einen Schlag viele Millionen verdient hat, weil sie den Markt entblößte und eine Aktion à la hausse eingeleitet hatte. An der Berliner Börse geht die Bewegung meist à la baisse, aber an den anderen Börsen nicht. In Amerika z. B. finden wir vorwiegend eine Aktion à la hausse, und wir haben es an der Chicagoer Börse erlebt, daß Armour an einem Tage 1 850 000 Dollars verdient hat, weil er den Weizen von 72 auf 87 Cts. hinaufgetrieben hatte. Und sehen Sie sich doch die neuesten Vorgänge auf dem Baumwollmarkte in Amerika an. Man hat den Terminhandel für den Fall einer Mobilmachung für notwendig erklärt, aber meist sind es doch nur Blankogeschäfte, die terminmäßig gemacht werden, und von dem Papiergetreide kann doch eine Armee nicht ernährt werden. (Heiterkeit.) Ich glaube auch, gerade im Falle einer Mobilmachung würde der Terminhandel zu einer Verteuerung führen, denn die Spekulation würde alles tun, um die Lage auszunutzen und die Preise hinaufzutreiben. Die Gegner des Terminhandels finden sich auch in industriellen Kreisen. Nun noch etwas über das Börsenregister. Herr Möller hat schon darauf hingewiesen, daß ihm gegenüber die angesehendsten Mitglieder der haute finance, Herr Frenzel und Herr Mendelssohn, sich für das Börsenregister, allerdings nur für die Warenbörse, ausgesprochen haben. Damit war natürlich der entscheidende Schritt getan, das Börsenregister auch für die Effektenbörse einzuführen. Meines Erachtens liegt nicht der geringste Grund vor, sich über das Börsenregister so zu ereifern. Denn sind die Geschäfte so einwandfrei, wie sie dargestellt werden, so braucht man sich nicht zu schämen, sich in das Register eintragen zu lassen. Die Berliner Börse hat sich aber die Sache selbst verdorben, indem sie das Börsenregister ein Spielerregister genannt hat. So ist es gekommen, daß nur etwa 50 Personen sich in dieses Register haben eintragen lassen. Die Motive der Vorlage, die ja sehr umfangreich sind, hätten noch ein übriges tun und die Namen dieser 50 Personen mitteilen sollen. Man hätte dann gesehen, daß es eine sehr gut angesehene Gesellschaft ist, der beizutreten niemand sich zu scheuen braucht. Die ganze Abneigung gegen das Register beruht meiner Ansicht nach auf einem auf Mißverständnissen aufgebauten Vorurteil, und es liegt gar kein Grund vor, im Wege der Gesetzgebung das Börsenregister abzuschaffen. Herr v. Mendelssohn hat einmal ganz richtig gesagt, auch wenn das Börsenregister abgeschafft würde, bliebe doch auf grund des § 764 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Einwand von Spiel und Wette bestehen. Und ich muß mich entschieden dagegen erklären, diesen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch das Börsengesetz aufzuheben. Wir würden uns dadurch in Widerspruch mit der Gesetzgebung aller zivilisierten Länder setzen. Ueberall, auch in England, gilt der Einwand von Spiel und Wette. Es mag richtig sein, daß solche Geschäfte in England verhältnismäßig seltener vorkommen als bei uns, das liegt aber daran, daß die Verleitung des Publikums zum Börsenspiel lange nicht so groß gewesen ist wie bei uns. Ganz ähnlich liegen die Dinge in Amerika. Ich möchte noch mit wenigen Worten auf Treu und Glauben kommen. Ich verurteile den Differenzeinwand auch auf das allerschärfste und wenn Herr Kaempf seinerzeit denjenigen, welcher den Differenzeinwand erhebt, einen Schurken nannte, so stimme ich ihm darin vollkommen bei. Ich schlage sogar vor, solche Leute einfach vom Börsenbesuch auszuschließen. Als ich aber diesen Vorschlag im vorigen Jahre hier machte, wurde ich von der Börsenpresse sehr heftig angegriffen. (Hört! hört! rechts.) Es wurde mir gesagt, ich wüßte mit den Dingen nicht Bescheid, es wären nicht berufene Börsenbesucher, welche diesen Einwand erheben, sondern meistens Privatleute in der Provinz. In den Motiven heißt es: „Gerade solche Personen, die zum Abschluß von Börsentermingeschäften berufen erscheinen, haben sich ihren Verpflichtungen durch den Registereinwand entzogen. (Hört! hört! rechts.) Gewohnheitsmäßige Börsenbesucher, reiche Rentiers, die seit Jahren regelmäßig Börsengeschäfte gemacht haben, vermögende Kaufleute, insbesondere Bankiers, haben den Registereinwand erhoben." (Hört! hört! rechts.) Also mein Vorschlag hatte doch eine gewisse Berechtigung. Möge man solche Leute ein- für allemal von der Börse ausschließen, die sich nicht in ein Register eintragen lassen. (Sehr gut! Heiterkeit rechts.) Gegen die Vorlage habe ich die schwersten Bedenken, ich könnte nur einigen Sätzen derselben zustimmen, aber deshalb verlohnt es sich nicht, ein Gesetz zu machen. Die Börse ist nicht um ihrer selbst willen da, sie darf nicht nur die Händler zu Worte kommen lassen, sondern auch die Produzenten. Wir wollen nur, daß die legitimen Preisbildungsfaktoren zu ihrem Rechte kommen. Niemand kann behaupten, daß das Börsengesetz diesen Zweck nicht erfüllt hat. Es ist ein zivilisatorischer Fortschritt (Lebhafter Beifall rechts), und wir wollen ihn nicht in einen Rückschritt verwandeln.

Geheimer Oberregierungsrat **Mendelstadt:** Der Herr Vorredner ist in seiner beredten Weise eingetreten für die Aufrechterhaltung des Verbots des Börsenterminhandels. Er wird sich im Laufe der Debatte überzeugen, daß die verbündeten Regierungen keineswegs beabsichtigen, das bestehende Verbot des Terminhandels zu beseitigen, und daß sie auch entschlossen sind, das Register bestehen zu lassen. Der Herr Vorredner hat einen außerordentlich schweren Vorwurf gegen den Berliner Handelsstand gerichtet, den ich nicht unwidersprochen lassen kann. Er hat von einer unerhörten Renitenz der hiesigen Kaufmannschaft gegenüber gesetzlichen Bestimmungen gesprochen. Ich muß demgegenüber betonen, daß über die Tragweite der gesetzlichen Bestimmungen sehr verschiedene Ansichten herrschen. Die Sezession und die Errichtung einer Privatbörse im Feenpalast wurden von einem preußischen Gericht zunächst als berechtigt anerkannt und erst in zweiter Instanz wurde nach langen Verhandlungen eine Entscheidung herbeigeführt, die der Auffassung des Herrn Vorredners entsprach. Wenn man der Meinung gewesen wäre, daß es sich um renitente Kaufleute handelte, hätte der preußische Handelsminister niemals mit ihnen verhandelt. Aber die Leute waren der Meinung, daß sie im Recht waren. Ich muß in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß gerade von der preußischen Handelsverwaltung die Bestimmungen des Börsengesetzes mit großer Strenge durchgeführt worden sind. Ueber seine Bestimmungen hinaus hat der Handelsminister auf Bitten der preußischen Landwirtschaftskammer landwirtschaftliche Mitglieder dem Börsenvorstand aufoktroyiert. Sie werden sich der Agitation erinnern, die sich daran knüpfte. Im übrigen bemerke ich, daß es sich bei dieser Vorlage keineswegs um Wiedereinführung des Terminhandels auf Umwegen handelt, sondern nur um eine Förderung des soliden Lieferungsgeschäftes.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Wahlprüfungen, darunter auch die der Abgeordneten Braun-Frankfurt (SD.) und Blumenthal-Straßburg-Land (FVp.). 2. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 6¼ Uhr.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beanstandete die Wahl von Boltz (NL.), 5. Wahlkreis Trier, und von Korfanty (Pole), 6. Wahlkreis Oppeln, und beschloß Beweiserhebung.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg." erfährt, kehrt nach einer Meldung des Marine-Expeditionskorps, die bei dem Stationskommando der Ostsee eingegangen ist, Oberst Dürr krankheitshalber in die Heimat zurück.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Die Budgetkommission setzte die Beratung der Reichsfinanzreformvorlage fort. § 2, der eine Abänderung des Art. 70 der Reichsverfassung ausspricht, wurde angenommen mit den Abänderungen (auf Antrag des Zentrums), daß sich der Bezug und die Heranziehung aus den Ueberweisungen auf alle Ausgaben erstrecken soll.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des Gouverneurs Leutwein von heute steht die Kolonne des Majors v. Glasenapp seit dem 22. April in Otjihaenena, wohin sie wegen Ausbruchs des Typhus marschiert ist. Bisher sind 7 Todesfälle vorgekommen; die Namen der Gefallenen sind noch nicht gemeldet. Die Missionsstation in Otjihaenena wurde als Lazarett eingerichtet.

Berlin, 26. April. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Das Haus weist den Antrag Savigny, betreffend gesetzgeberische Maßregeln gegen das Stillegen von Bergwerksunternehmungen an eine Kommission von 14 Mitgliedern und genehmigt nach unerheblicher Debatte den Etat des Ministeriums des Innern.

Es folgt die dritte Beratung des Kultusetats. Zunächst werden dem Vorschlage der Budgetkommission gemäß der Antrag Krebs, der die Ostmarkenzulage auf Ostpreußen und Schlesien ausdehnen will, und der Antrag Zedlitz, der den Ostmarken-Renumerationsfonds von M. 200 000 auf M. 700 000 erhöhen will, abgelehnt, nachdem auch die Minister Dr. Studt und Freiherr von Rheinbaben sich dagegen ausgesprochen haben. Ein neuer Antrag Zedlitz auf Erhöhung des Fonds um M. 50 000, dem beide Minister zustimmen, wird angenommen, ebenso die Resolution der Budgetkommission, die Regierung zu ersuchen, Erwägungen anzustellen, ob der Fonds genügt, und im Verneinungsfalle in den nächsten Etat größere Beträge einzustellen. Bei der fortgesetzten Generaldebatte wurden die verschiedenartigsten Themata berührt, u. a. die Schulaufsicht, Paradeferien, Reform des Apothekerwesens, Erweiterung des Museums für Völkerkunde, Schaffung eines würdigen Heims für die Akademie Posens und die Anerkennung des Berner Dr. med.-Titels in Preußen. Kultusminister Dr. Studt griff mehrere Male ein und sagte Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu. Der Rest des Etats wird ohne erhebliche Debatte bewilligt, ebenso ohne Debatte das Etatsgesetz. Darauf wird der Etat im ganzen angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag Vormittag, 11 Uhr. Wasserregulierungsvorlagen.

Königsberg, 26. April. (W. T. B.) Der „Königsb. Volksztg." zufolge wurde der Haftbefehl gegen die Sozialdemokraten Braun, Nowagrotzki und Treptau gegen Stellung von Kaution aufgehoben.

München, 26. April. (W. T. B.) In der Kammer der Abgeordneten trat heute bei der Beratung des Postetats der liberale Abgeordnete Diehl im Interesse der Pfalz für die Einführung einer deutschen Einheitsmarke ein, wobei jedoch im übrigen das bayerische Post-Reservatrecht beizubehalten sei. Die Geschäftswelt in der Pfalz empfinde das Fehlen einer Einheitsmarke mehr als das rechtsrheinische Bayern, ebenso habe auch die pfälzische Handels- und Gewerbekammer sich für die Einführung der Einheitsmarke ausgesprochen. Abg. Schirmer (Z.) betont, seine Partei sei nach wie vor gegen die Einführung der Einheitsmarke. Die Schwierigkeiten für die Geschäftswelt seien nicht so groß, wie der Vorredner annehme. Im gleichen Sinne sprach sich auch der Zentrumsabgeordnete Giehrl aus.

Wien, 26. April. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Nach Verlesung des Einlaufs, die bis 2 Uhr dauerte, wurden sechs namentliche Abstimmungen vorgenommen, die den Rest der Sitzung ausfüllten. Am Schlusse der Sitzung verlangt Ellenbogen die Beantwortung seiner in der letzten Sitzung sowie der heute überreichten Interpellationen wegen der Verwendung des Militärs anläßlich des ungarischen Eisenbahnausstandes. Der Präsident entzieht Ellenbogen, den er vorher aufforderte, sich zu mäßigen, das Wort und erteilt Elderschy wegen eines Zwischenrufes „Tisza ist ein Schurke!" einen Ordnungsruf. Wrabetz verlangt die Aufnahme der Namen jener Abgeordneten in das Sitzungsprotokoll, die die Vornahme der Delegationswahlen durch Lärmen gestört haben. Lebhafte Protestkundgebungen seitens der Tschechisch-Radikalen. Choc pfeift wiederholt auf einer Metallpfeife, worauf er einen Ordnungsruf erhält. Nachdem Fresl gegen die angebliche Verwendung der Soldaten als Streikbrecher im Schneiderstreik in Reichenberg Einspruch erhoben hat, faßt Ellenbogen in einer neuen Anfrage an den Präsidenten seine Fragen dahin zusammen, ob das Präsidium geneigt ist, den Ministerpräsidenten zu der Beantwortung so wichtiger und ernster Interpellationen zu veranlassen, ob der Vizepräsident etwa durch seine Wortentziehung bekunden wollte, daß er mit den Bluttaten in Ungarn einverstanden, und ob endlich das Präsidium dem Monarchen nahelegen wolle, daß es nicht in Ordnung sei, wenn sich der Kaiser mit einem Menschen, der vom Scheitel bis zur Sohle mit Blut und Schande bedeckt ist, an einem Tisch sitze zu essen. Der Präsident beantwortet die erste Frage einfach mit ja, auf die zweite Frage, daß er von seinem Recht, einen Ordnungsruf zu erteilen, stets Gebrauch machen werde, wenn über sein Recht, Kritik zu üben, zu rohen Beschimpfungen übergegangen werde. Auf die letzte Frage habe er gar nichts zu erwidern, sondern er erteile dafür dem Fragesteller einen Ordnungsruf. (Beifall. Lebhafte Proteste bei den Sozialdemokraten.)

Lemberg, 26. April. (W. T. B.) Um Mitternacht brach in der Stadt Buczacz eine Feuersbrunst aus, die 200 Häuser einäscherte. 3000 Personen sind obdachlos, zwei sollen verbrannt sein.

Havre, 26. April. (W. T. B.) Die Offiziere der Handelsmarine entschlossen sich, in den Ausstand zu treten. Die Offiziere der Kriegsmarine versehen den Dienst an Bord der Postdampfer.

Marseille, 26. April. (W. T. B.) Zahlreiche Werften am Hafen sind verödet. Sämtliche Schiffe der Hauptschifffahrtsgesellschaften wurden abgetakelt.

Madrid, 26. April. (W. T. B.) Ministerpräsident Maura traf heute Vormittag hier ein. Auf der Fahrt hierher wurde zwischen Alicante und Laencina gegen den Eisenbahnwaggon, in dem sich Maura befand, ein Schuß abgefeuert. Die Kugel drang in die Decke des Waggons ein, richtete jedoch keinen Schaden an.

Madrid, 26. April. (W. T. B.) Nach einer Mitteilung des Ministers des Innern an die „Agencia Fabra" gab ein Trupp Personen zwischen den Stationen Alicante und Sanvicante gegen einen Eisenbahnzug, in dem der Ministerpräsident saß, Schüsse ab und richtete Steinwürfe gegen den Zug. Die zur Bedeckung im Zuge befindliche Gendarmerie erwiderte die Schüsse. Maura blieb unversehrt, kein Passagier wurde verletzt. Zwei Personen wurden verhaftet.

Lissabon, 26. April. (W. T. B.) Der Ausstand der Zeitungssetzer ist beendet.

Melbourne, 26. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Der Führer der Arbeiterpartei, Watson, bildete ein Kabinett, das, abgesehen von dem Attorney General, nur aus Mitgliedern der Arbeiterpartei besteht.

Der Krieg in Ostasien.

Ein Korrespondent des russischen Telegraphenbureaus meldet aus Port Arthur: Die auswärts verbreitete Nachricht über die Landung von 20 000 Japanern in der Nähe von Dalny ist vollkommen unbegründet; die Nachricht ist von den Japanern erfunden.

Ein Telegramm des Generals Kuropatkin an den Kaiser vom 25. d. M., lautet: Wie General Sassulitsch vom 24. d. M. meldet, wurde in den letzten Tagen bemerkt, daß die Japaner in der nächsten Umgebung Widschus und bei dem Dorf. Sigu, 15 Werst weiter stromaufwärts, Pontons ausladen, Boote sammeln und Material zum Bau einer Brücke beschaffen. Am 23. d. M. setzte eine japanische Truppenabteilung, die aus einer etwa 2 Kompagnien kleinen Kavallerieabteilung bestand, 15 Werst unterhalb von Siaspusische über den Fluß. General Sassulitsch traf Maßnahmen zur Unterstützung der russischen Feldwachen. Der Feind wurde in geringer Stärke gegenüber Siaspusische und Tenton gesehen. 20 Werst oberhalb von Siaspusische trafen die Japaner Vorbereitungen für das Ueberschreiten des Flusses.

In dem Gebiet südlich vom Yalu war am 24. d. M. alles ruhig.

Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio 25. April: Das russische Wladiwostok-Geschwader, das lange Zeit untätig gewesen war, erschien heute früh plötzlich vor Gensan, wo es den 600 Tonnen großen japanischen Handelsdampfer „Goyo Maru" in den Grund bohrte. Ein heute von Gensan abgesandtes kurzes Telegramm besagt, daß drei russische Kreuzer in den Hafen eingelaufen wären und zu der Zeit, als das Telegramm aufgegeben, sich noch dort befunden hätten. Die Ankunft der Schiffe habe in der ohne Schutz befindlichen japanischen Kolonie große Bestürzung hervorgerufen. Hier glaubt man, daß die Bewegung der Schiffe in der Hoffnung erfolgt sei, unbeschützte japanische Transportschiffe wegnehmen zu können. Man vermutet, daß die Schiffe nicht lange in Gensan geblieben seien.

Die große Anzahl der zwischen Port Arthur und Dalny gelegten Minen, die bei Berührung zur Explosion gelangen, zwingt die japanischen Schiffsgesellschaften, die den Dienst im Gelben Meer und an den Küsten Petschilis versehen, von jeder Fahrt über Tschimulpo hinaus abzusehen. Der japanische Kreuzer „Asama" brachte eine Mine, die er 40 Seemeilen vom Vorgebirge Schantung entdeckte, zur Explosion. Das herrschende Unwetter und die reißende Strömung trieben eine Anzahl Minen von ihrem Platze hinweg. Mehrere wurden bereits gefunden und unschädlich gemacht, aber man fürchtet, daß viele andere, die freiumherschwimmen, durch die Strömungen nach dem Süden getrieben sein könnten. Die Schifffahrt sei daher selbst am Tage gefährlich. Man fand bisher noch kein praktisches Mittel, um sich von dieser Gefahr zu befreien.

Durch einen kaiserlichen Ukas wird die Bevölkerung einiger Kreise der Gouvernements Orenburg, Ufa und Samara zum Stellen von Pferden für den auf den Kriegsfuß zu setzenden Teil des Orenburgschen und Ufaschen Kosakenheeres herangezogen.

Die Regierung des Zaren greift zu einen merkwürdigen Mittel, um die Begeisterung für den Krieg anzufachen. Die Petersburger „Nowosti" berichtet, daß eine Anzahl beliebter Volksdichter und Balladensänger zur Front gesandt worden ist. Sie sollen von einem Regiment zum anderen gehen, um den russischen Soldaten in der Kriegszeit etwas Zerstreuung und Erheiterung zu bieten.

Da den armen Teufeln, die in Ostasien ihre Haut zu Markte tragen müssen, Kleidung und Nahrung mindestens zur Hälfte unterschlagen werden, will man sie durch Gesang trösten. Ob sie den aber für ein genügendes Aequivalent halten? Ein hungriger Magen läßt sich auf die Dauer selbst durch die schönsten Melodien nicht beschwichtigen.

Tokio, 26. April. (W. T. B.) Wie das Reutersche Bureau meldet, war die Bemannung der „Goyo Maru" nach Gensan an Land geschickt worden, bevor die Russen das Schiff in Grund bohrten.

Söul, 26. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Das russische Geschwader ist von Gensan wieder abgedampft.

Tientsin, 26. April. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Hier erhält sich das Gerücht, daß die Japaner die Befestigungswerke von Niutschwang Montag Nacht beschossen haben.

Berlin, 26. April. (H. C.) Aus Schanhaikwan wird gemeldet, daß die Russen in der Umgebung von Port Arthur weitere Schanzen aufwerfen. Die bei der letzten Beschießung entstandenen Beschädigungen des einen Landforts auf dem Liaotieschan-Vorgebirge sind wieder ausgebessert worden. Allgemein halten die russischen Offiziere die Einnahme von Port Arthur für überaus schwierig.

Nach japanischen Zeitungsmeldungen herscht im nördlichen Teil von Korea eine japanfreundliche Stimmung; jedoch gibt es auch dort viele Bewohner, die mit den Russen gute Beziehungen unterhalten. Die kleine Kosakenabteilung, die vor einigen Tagen in Söngtschön an der Nordküste Koreas erschien, wurde von der dortigen Bevölkerung freundlich aufgenommen. Die Sekte der Tonghaks hofft auf eine Gelegenheit, Unruhen im Lande zu stiften. — Man hofft den vor Tschimulpo auf dem Meeresboden liegenden Kreuzer „Warjag" im Laufe des nächsten Monats zu heben und bis zum November wieder aktionsbereit zu machen.

Nach Tokioer Meldungen lag das russische Geschwader noch gestern Abend vor Gensan. Die Kreuzer und Torpedobootszerstörer hätten sich vereinigt. Von der japanischen Bevölkerung sind besonders Kinder und Greise in das Innere des Landes geflohen. Es erhält sich die Meinung, daß die Russen japanische Transportschiffe abzufangen hoffen.

Port Arthur, 26. April. (W. T. B.) Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur. Die Versuche, die mit den Unterseebooten angestellt sind, sind glänzend gelungen. Im Rayon herrscht Ruhe.

Briefkasten.

L. W. 1. Nach § 7 des Gebrauchsmusterschutzgesetzes kann das Recht durch Vertrag auf andere übertragen werden. Da A. und B. gemeinsam im Besitz des Rechtes sind, würde also ein einseitig abgeschlossener Vertrag ungültig sein. 2. Eine Uebertragung des Gebrauchsmusterschutzes wird in der Rolle des Patentamts vermerkt. 3. Das Gesetz schreibt über eine öffentliche Bekanntmachung einer Uebertragung nichts vor.

Fr. Witten. Wenn vierteljährliche Kündigung abgemacht ist, dann ist eben vierteljährliche und nicht wöchentliche Kündigung.

Unwissende, 96. Sie tun am besten, das Geldstück der Polizei im Stadthause sofort einzuliefern. Nach Ablauf eines Jahres wird es Ihr Eigentum, wenn es vorher vom Eigentümer nicht abgefordert wird.

C. R. Esplanade 39; Sprechstunden sind nicht angegeben.

H. K. S. 1. Darüber bestehen gesetzliche Vorschriften nur insoweit, als die Arbeitszeit nicht so lang sein darf, daß eine Schädigung der Gesundheit des Lehrlings oder Gehülfen dadurch zu befürchten ist. 2. Nein; das richtet sich nach den dort geltenden Gesindeordnungen.

O. Sch. Wir werden unser möglichstes tun.

F. Lessau, Pölitz. Der Erkrankte bezieht während der Krankheit seinen vollen Lohn weiter, muß sich aber — wenn es der Arbeitgeber verlangt — das Krankengeld davon in Abzug bringen lassen.

Bezirk Eppendorf. 1. Nein, das geht den Hauswirt nichts an. 2. Sie können die Gasanlage und ähnliches mitnehmen, müssen aber sonst alles wieder in den vorigen Stand setzen lassen.

Abonnent, Friesenstraße. Am Montag zum Sonnabend.

W. S. 25. C. Arnhold, Schäferstraße 17—19, Eimsbüttel.

Rote Krieger. Nein, der Kaiser hat auf Grund des Art. 63 der Verfassung des Deutschen Reiches nicht das Recht, Landtruppen überseeisch zu verwenden. Der Art. 63 gibt dem Kaiser nur das Recht, „innerhalb des Bundesgebietes .... die kriegsbereite Aufstellung des Reichsheeres anzuordnen". Die in den Kolonien verwandten Landtruppen setzen sich aus Freiwilligen zusammen. Der Fall könnte allerdings eintreten, daß Landtruppen auf Grund der Verfassung überseeisch verwandt werden könnten, nämlich dann, wenn offiziell erklärter Krieg besteht oder ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

B. 35. Wenn der Hauswirt nicht Abhülfe schafft, dann müssen Sie sich an die Revierpolizei wenden. Wir glauben aber kaum, daß erfolgreich dagegen eingeschritten werden kann.

Streitende. Unter Trucksystem versteht man die ganze oder teilweise Entlohnung von Arbeitern mit Waren irgend welcher Art statt mit Geld.

1. W. M. 1. Unserer Meinung nach hat die Frau das nicht nötig. 2. Das ist kein Zwang, aber Anstandspflicht.

Th. L. 100. Der Arbeiter-Abstinentenbund hält jeden Mittwoch Fehlerstraße 16 eine Zusammenkunft ab.

K. H. Ist fraglich; möglich ist es unter den angegebenen Umständen schon, daß Sie mit dem Einspruch der Verjährung Erfolg haben. Sie müssen dann aber sofort Protest gegen den Zahlungsbefehl einlegen.

Abonnent, Altona 1. Wenden Sie sich einmal an die Verwaltung des Museums dort.

Dumme. Ernst Breuel ist nie Reichstagsabgeordneter gewesen.

C. P. 23. Das erfahren Sie unentgeltlich auf dem Standesamt.

Bramfeld. 1890 fand in Hamburg die Maifeier ohne Umzug statt. Am 1. Mai, einem Donnerstag, wurde durch Arbeitsruhe gefeiert.

Ch. H. W. 72. Zum Tragen von Waffen (nur nicht versteckten, z. B. Stockdegen) ist in Hamburg ein Waffenschein nicht nötig.

Scholeser, August H. Ihr Maigedicht veranlaßt uns, Ihnen ernstlich ans Herz zu legen, der Menschheit auf andere Weise sich dienstbar zu machen. Sie haben absolut kein Talent zum Dichter. Das Gedicht liegt hier zu Ihrer Verfügung.

Zwei rote Sachsen. Das Löbtauer Urteil wurde am 3. Februar 1899 gefällt.

J. P. 52. 1. Der Wärter kann nur für die Zeit, die er tatsächlich arbeitete, Lohn verlangen. 2. Der Arbeitgeber war gesetzlich dazu verpflichtet, den Mann gegen Krankheit zu versichern. 3. Berechtigt noch nicht zu sofortiger Entlassung.

Drei Streitende aus Wandsbeck. Lesen Sie den ersten Teil des Berichts in Nr. 94, dann werden Sie genau sehen, um was es sich dabei handelt.

25 Flaschen Bier. Wien hat anderthalb Millionen Einwohner.

Vier streitende Genossen. Ist uns leider nicht mehr erinnerlich. Jedenfalls 5 Pfg.

B. und R. 36. In welchem Briefkasten?

F. M. Der alte Pferdemarkt brannte am 7. Mai 1842 bis auf einige Häuser an der Ecke Speersort und auf die Seite an der Jacobikirche ab.

Meyerstraße. Zur Ausübung des Bürgerwahlrechts ist nötig, daß die letzten vor der Wahl fälligen Steuern bezahlt wurden. Wie hoch das Einkommen ist, das man versteuert, kommt dabei nicht in Betracht.

Alter Scholeser aus Horn. 1. und 2. Um Rennen haben wir uns nie gekümmert. 3. Uns nicht bekannt; sehen Sie die Annoncen in unserem Blatte daraufhin nach.

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Andreas Sandvei mit Catharine Marie Sandvei. — Carl Heinrich Hamann mit Anna Magdalinka Christina Schlüter. — Ernst Friedrich Wilhelm Dierssen mit Emma Luise Alma Timm. — Rudolf Robert Otto Meyer mit Berta Piening. — Paul Leo Stark mit Elise Sibbert. — Paul Georg Schuler mit Maria Caroline Juliane Kaminsky. — Johann Ecks mit Frieda Johanna Bertha Plümer.

Standesamt Nr. 2.

Georg Guido Weigel Dr. phil. mit Adele Auguste Adolphine Wicke. — Franz Peter Wilhelm Bargmann mit Anna Dorothea Voss. — August Johann Moritz Schmidt mit Anna Konradine Williane Hansen — Adolph Johann Conrad Kremer mit Elsa Camilla Müller. — Emil Horstmann mit Helene Christine Tuer. — Johann Jacob Willers mit Gesina Auguste Rath. — Henry Friedrich Otto Krause mit Emma Maria Margaretha Hamann.

Standesamt Nr. 3.

Wilhelm Christian Christoph Theodor Peters mit Anna Maria Mathilde Caroline Warncke. — Eduard Christian Louis Marius Ströh mit Adele Ecks. — Johannes Julius Junge mit Johanna Louise Wilhelmine Alberts. — Hermann Hinrich Rübke mit Ida Dorothea Magdalena Meyer. — Gustav Eichholz mit Melanie Neumann. — Wilhelm Paul Henry Maaß mit Emma Waege. — Wilhelm Karl Ferdinand Maske mit Anna Auguste Ernestine Wilhelmine Jähncke.

Hamburg, den 25. April 1904.

Standesamt Nr. 8.

Heinrich Friedrich Theodor Wöhling mit Johanna Marie Dorothea Meier. — Johannes Theodor Matthiessen mit Mathilde Sophie Kahl.

Ochsenwärder, den 25. April 1904.

Standesamt Nr. 19.

Gottlieb Wilhelm Arthur Hoffmeister mit Agnes Maria Dorothea Kummerfeldt.

Fuhlsbüttel, den 23. April 1904.

Standesamt Nr. 20.

Jochim Heinrich Suhr mit Maria Stoffers. — Christoph Ludwig Waltemath mit Marie Anna Pauline Wedell. — Gustav Friedrich Wilhelm Quednau mit Catharina Christina Elisabeth, geb. Brandt, verw. Ehrich. — Heinrich Eduard Bräunlich mit Emmi Catharina Margaretha Meyn. — Adolf Johannes Heinrich Techentin mit Martha Jacobine Kersten. — Friedrich Emil Begehr mit Bertha Magdalena Scheln.

Hamburg, den 25. April 1904.

Standesamt Nr. 21.

Friedrich Adolf Martin Kruse mit Therese Amanda Finnern. — Conrad Victor Herder mit Pauline Louise Christine Finger. — Ernst Wilhelm August Kunze mit Anna Hermine Theodora Ferks.

Hamburg, den 23. April 1904.

Standesamt Nr. 21a.

Gustav Pokoiewski mit Emma Luise Frieda Balck. — Heinrich Friedrich Adolf Reinstrom mit Clara Hanchen Margaretha Heesch.

Hamburg, den 24. April 1904.

Standesamt Nr. 22.

Johann Oskar Martin Banski mit Anna Bertha Kewitz. — Heinrich Karl Ernst Bredfeldt mit Emilie Johanne Friederike Wilhelmine Genschow. — Johann Heinrich Friedrich Detels mit Witwe Anna Kausch, geb. Kieckfee.

Hamburg, den 23. April 1904.

Versammlungs-Anzeiger.

Vereine:

Mittwoch, den 27. April, Abends 8½ Uhr: **Bauarbeiter,** bei Vorwohle, Neustädterstr. — **Tapezierer,** bei Pfeffer, Rosenstraße 40. — **Marmorarbeiter,** bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17. — Abends 9 Uhr: **Erd- und Zimmererarbeitsleute** 2c., bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Oeffentliche Versammlung der Schlachter von Hamburg, Altona und Wandbeck,** bei Springborn, Valentinskamp.

Donnerstag, den 28. April, Abends 8½ Uhr: **Lokalverein der Zimmerer,** bei Hilmer, Gänsemarkt 35. — **Maurer,** bei Springborn, Valentinskamp. — **Sozialdemokratischer Verein für Ottensen,** im Ballhaus, Bahrenfelderstr. — **Modelltischler,** bei Oehling, Eimsbüttelerst. 12. — **Hafendistrikt,** bei Bernau, Bei den Mühren 81. — **Fabrikarbeiter, Eilbeck,** bei Grawe, Wandsb. Chaussee 249. — **Fabrikarbeiter, St. Georg,** bei Hommel, Nagelsweg 31. — Abends 9 Uhr: **Schneider, die in Seemannsgeschäften tätig sind,** bei Vorwohle, Neustädterstraße.

Freitag, den 29. April, Abends 8 Uhr: **Destillation der Gast- und Schankwirte Hamburgs,** bei Baalmann, Kohlhöfen 16. — Abends 8½ Uhr: **Dritter Hamburger Wahlkreis,** bei Springborn, Valentinskamp.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 98.

Mittwoch, den 27. April 1904.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Erfurt, 21. April.

In der Nachmittagssitzung schritt man zur Abstimmung über die von Staudinger vorgelegte Resolution, die mit nachfolgendem Zusatzantrag des Genossen Knoll angenommen wird:

„Wenn der Hohe Bundesrat dennoch an eine Veränderung der genannten Arbeiterschutzverordnung denken sollte, so könnte das nach Ansicht des Verbandstages der Steinarbeiter nur zum Zweck der Herbeiführung eines wirksameren Arbeiterschutzes geschehen und erwartet deshalb der Verbandstag, daß im Falle einer Revision der Bundesratsverordnung Männer aus den Reihen der organisierten Steinarbeiter, sowie ein Vertreter des Zentralvorstandes unseres Verbandes als Sachverständige gehört werden."

Alle zu diesem Punkte noch vorliegenden Anträge werden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Bericht vom letzten Gewerkschaftskongreß gibt der Vorsitzende Starke.

Da auf dem Gewerkschaftskongreß auch die Regelung der Gehälter der Gewerkschaftsbeamten beschlossen worden ist, befaßte man sich gleich mit der Gehaltsfrage der drei besoldeten Beamten, die bedeutend weniger erhalten, als der Gewerkschaftskongreß als Minimalgehalt festgesetzt hat. Ein Antrag, das Gehalt der drei Beamten auf ℳ 2000 festzusetzen, wird angenommen.

Zum Punkt 7, „Statistik", nimmt der Kassierer Lange das Wort, um zu konstatieren, daß dieser wichtigen Aufgabe zu wenig Beachtung geschenkt wird. Er erwartet von den Vertrauenspersonen in Zukunft eine regelrechte Einsendung des statistischen Materials.

Zu dem Punkt „Presse" liegen 12 Anträge vor, wovon der größte Teil die Obligatisierung des „Steinarbeiter" wünscht. Der Redakteur Staudinger erklärt den prinzipiellen Standpunkt des „Steinarbeiter". Auch bittet er, in Zukunft recht objektiv zu sein. Er erklärt sich als warmer Befürworter des Obligatoriums. Der finanzielle Standpunkt des Organs wird von Jahr zu Jahr schlechter. Das liegt an der ständigen Erhöhung der Beiträge. Wenn die Generalversammlung bisher alles abgelehnt hat, so mag sie wenigstens das Obligatorium mit einer Steuererhöhung von 5 ₰ einführen. Nach ausgedehnter Debatte findet ein Antrag Mittenmeier-München, Annahme: „Der „Steinarbeiter" wird vom 1. Januar ab obligatorisch eingeführt, halbjährlich haben die Mitglieder eine Marke im Werte von 50 ₰ zu kleben." Damit sind alle übrigen Anträge erledigt.

Ueber den Punkt „Internationales" spricht Staudinger. Er erklärt, daß sich die internationalen Beziehungen gebessert haben und daß auf dem letzten Kongreß ein internationales Sekretariat mit dem Sitz in Zürich errichtet worden ist. Auf je 1000 Mitglieder sind ℳ 25 zu zahlen. Der Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen sei im Gange. Der schwedische Delegierte Malmberg hält es für notwendig, daß sich die Arbeiter genau so international organisieren, wie es das Unternehmertum getan hat. Er gibt dann eine Uebersicht über die schwedischen Verhältnisse. Seit langem wehrten sich die Unternehmer gegen die Tarife, jetzt aber, wenige Tage vor seiner Abreise fanden Unterhandlungen statt. Wenn die deutsche Zolltarifvorlage in Kraft tritt, will man aber sämtliche Tarife fallen lassen. Schwedische Arbeitgeber werden in den nächsten Tagen 1000 Steinarbeiter auf das Pflaster werfen, er bittet deshalb, daß die deutschen Steinarbeiter den schwedischen ihre Unterstützung in finanzieller Beziehung nicht versagen mögen. Staudinger glaubt im Namen der Delegierten erklären zu können, daß, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte, die deutschen Steinarbeiter in der Opferwilligkeit nicht zurückstehen werden. Eine Resolution in diesem Sinne findet Annahme.

Erfurt, 22. April.

Als Sitz des Verbandsvorstandes wird wieder Leipzig bestimmt. Es werden die bisherigen Beamten einstimmig wiedergewählt, Vorsitzender Starke, Kassierer Lange und Redakteur Staudinger. Als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß wird Kraft-Mannheim gewählt, als Ersatzmann Hermann-Frankfurt a. M. Außerdem hat der Verbandsvorstand eins seiner Mitglieder als Delegierten zu wählen.

Es gelangen die noch nicht erledigten besonderen Anträge zur Erledigung. Ein Antrag, die Verbandstage in Zukunft stets am Sitze des Verbandes stattfinden zu lassen, wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag, daß in Zukunft auch in besonderen Notfällen Unterstützungen gewährt werden können. Betreffs der Ehrenmitgliedschaft wird festgesetzt, daß dieselbe nach fünfjähriger Mitgliedschaft gewährt werden kann, sofern das betreffende Mitglied dauernd nicht mehr als ℳ 9 pro Woche verdient. Angenommen wird ein Antrag, die Maimarken abzuschaffen. Ein Antrag Berlin, die Beiträge zur Unterstützungseinrichtung der Gewerkschaftsangestellten nur zur Hälfte zu gewähren, wird abgelehnt. Damit spricht sich der Kongreß für volle Zahlung aus. Der Verbandstag soll alle zwei Jahre im April stattfinden. Dresden beantragt Anschluß an den Kartellvertrag der Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter; der Antrag wird dem Vorstand überwiesen. Eine Anzahl Restkonten werden den betreffenden Zahlstellen erlassen eventuell vom Vorstande verweigerte Zahlungen nachträglich bewilligt. Ein Antrag, nach Bedarf für italienische Mitglieder besondere Zahlstellen zu errichten, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Zu der beschlossenen Beitragsregelung wird beschlossen, daß dieselbe am 1. Juli in Kraft treten soll. Zur Frage des deutschen Pflasterungszolles berichtet Staudinger über die diesbezüglichen Verhandlungen des Steinsetzerverbandes in Braunschweig. Der Verbandstag der Steinarbeiter erklärt sich mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Der Generalversammlungsleiter Schmidt dankt den Delegierten und der Erfurter Zahlstelle für das bewiesene Entgegenkommen während der Verhandlungen, und der Verbandsvorsitzende Starke erwartet, daß die gefaßten Beschlüsse ein weiterer Ansporn sein werden, um die indifferenten Elemente zum Klassenbewußtsein zu bringen. Mit der Absingung des ersten Verses der Marseillaise findet die erste Generalversammlung ihr Ende.

Arbeiterbewegung.

Zur Lohnbewegung der Berliner Bäcker. Die Berliner Bäckerinnung „Germania" hat auf die erneute Anfrage der Gehülfenvertreter, ob sie gewillt ist, einem Tarifvertrag zwischen Meistern und Gesellen zuzustimmen, in ablehnendem Sinne geantwortet. Sie hält einen Tarifvertrag „bei der Vielgestaltung der Berliner Betriebsverhältnisse nicht nur für undurchführbar, sondern in seinen letzten Konsequenzen auch beiden Teilen, Meistern und Gesellen, für unheilvoll und alles andere, nur nicht den Frieden bringend". Es dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach zum Streik kommen.

Die Statistik der Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden hat, wie wir dem Reichs-Arbeitsblatt entnehmen, auch im letzten Quartal einen weiteren Ausbau erfahren. Der Deutsche Holzarbeiterverband, der vom 1. April d. J. ab die Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder einführt, hat seinen Beitritt erklärt, und ebenso hat sich die Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehülfen der Statistik angeschlossen. Die Aufnahme der Arbeitslosigkeit vom 31. März d. J. umfaßt 446 712 Personen gegen 213 962 Personen bei der ersten Aufnahme. Am 31. März d. J. waren in den angeschlossenen Verbänden, soweit Berichte vorliegen, 7408 Mitglieder am Orte, 1243 außerhalb des Ortes arbeitslos, es sind das 1,9 pZt. aller Mitglieder, über die Nachrichten vorliegen, gegen 2,2 pZt. am 31. Dezember, 1,8 pZt. am 30. September und 3,2 pZt. am 31. Juli. Es ist also gegen die Dezemberaufnahme, wie zu erwarten war, eine Besserung eingetreten, mit der fast der günstige Stand vom September v. J. wieder erreicht ist. Die höchsten Prozentsätze der Arbeitslosigkeit finden sich diesmal bei den Kupferschmieden, Glasern, Bildhauern und Bäckern mit 10,9 pZt. bezw. 9,2, bezw. 8,3 und 7,9 pZt. Die niedrigsten Prozentsätze von Arbeitslosen dagegen finden sich bei den Schneidern, einzelnen graphischen Berufen und demnächst bei den Metallarbeitern. Diese verhältnismäßig geringe Zahl der Arbeitslosen bei den organisierten Metallarbeitern ist eine Bestätigung der sonst vorliegenden Nachrichten über die Metallindustrie, wonach die Arbeitslage in der Industrie sich in der letzten Zeit im allgemeinen günstiger gestaltet hat. Eine bemerkenswerte Besserung ergeben die Zahlen für die Verbände der Konditoren, Bildhauer und der graphischen Berufe. Auch die Uebersicht der Fälle von Arbeitslosigkeit im verflossenen Quartal ergibt die verhältnismäßig günstige Gestaltung der allgemeinen Arbeitslage im letzten Quartal. Es kamen im ganzen vor 34 470 Fälle von Arbeitslosigkeit. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Laufe des letzten Quartals 7,7 pZt. Fälle von Arbeitslosigkeit gegen 8,6 bezw. 8,2 bezw. 7,7 pZt. in den drei vorangehenden Quartalen. Das Ergebnis ist um so beachtenswerter, wenn man erwägt, daß es sich bei dem Quartal Januar—April um ein Winterquartal handelt. Die höchsten Prozentsätze finden sich bei den Bäckern, Glasern und Bildhauern — bei den letzteren ist dabei gegen das vorhergehende Quartal eine wesentliche Minderung der Arbeitslosigkeit um 12,9 pZt. zu verzeichnen. Die stärkste Verschlechterung ist bei den Glasern vorhanden mit 13,8 pZt.

Die Polsterer und Dekorateure in Hagen i. W. sind in den Ausstand getreten. — Der Streik der Polsterer und Dekorateure in Dortmund ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Bömelburg ist „schuld" daran! Unser Dortmunder Parteiblatt bringt folgende ergötzliche Meldung: Auf einem hiesigen größeren industriellen Werk wurden die Maurer wiederholt dazu angehalten, 36 Stunden nacheinander zu arbeiten. Wieder waren 36 Stunden angeordnet, als plötzlich Mittags der Meister kam und sagte: „Ihr müßt nach Hause gehen, es dürfen keine 36 Stunden mehr gemacht werden, da ist der verdammte Bömelburg schuld daran, den sollte man totschlagen!" — Ein besseres Lob konnte der Meister dem Abgeordneten gar nicht ausstellen.

Der Redakteur des „Correspondenten", Rexhäuser, wurde wegen angeblicher Beleidigung eines Schriftgießereireisenden der Firma Rühl in Leipzig zu ℳ 150 Geldstrafe verurteilt. Es schweben außerdem noch fünf Beleidigungsklagen gegen Rexhäuser, die ebenfalls sämtlich aus dem Kampf der Schriftgießer resultieren.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Kastel bei Mainz wurde die Liste der freien Gewerkschaften mit 285 gegen 79 Stimmen der christlichen Arbeiter gewählt.

Metallarbeiter. Achtung Schlosser, Dreher, Schleifer, Former, Schmiede und Bronzearbeiter! In der Baubeschlägefabrik von Grießhammer in Striesen Wartburgstraße, ist es zu Differenzen gekommen. Am Sonnabend wurden 14 Mann entlassen, darunter vier Mitglieder der Kommission, die die Arbeiter in der Fabrik vertritt. Es handelt sich in diesem Falle ganz zweifellos um Maßregelungen, die Herr Grießhammer schon immer beliebte. Zuzug ist fernzuhalten!

Der Streik der Steinbrucharbeiter an der Ennepe-Talsperre ist nunmehr beendet. Die Arbeiter haben den Streik verloren und die Arbeit wieder zu den alten Lohnsätzen aufgenommen.

Die Tischler in Offenbach a. M. haben die Arbeit niedergelegt. Die Gesellen verlangen eine Lohnerhöhung von 10 pZt. bei Verminderung der bisherigen Arbeitszeit von 10 Stunden um eine halbe Stunde. Die im Laufe der Woche geführten Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen ab und es ist sogar möglich, daß sich die übrigen Bauunternehmer mit den Tischlermeistern solidarisch erklären und ihren Arbeitern kündigen.

Der Streik der Maler und Weißbinder in Frankfurt a. M. dauert weiter. Die Freie Vereinigung der Maler- und Weißbindermeister verharrt auf ihrem, bereits vor dem Streik gemachten Angebot und brach weitere Verhandlungen ab. 100 Firmen mit 700 Gehülfen haben die Forderungen bereits anerkannt. Darunter befinden sich 10 Firmen mit 200 Gehülfen, die der Arbeitgeberorganisation angehören. 500 Gehülfen befinden sich noch im Ausstande, 200 sind abgereist und anderweitig untergebracht. Die Arbeitgeber suchen die anderweitig untergebrachten wieder aus der Arbeit zu bringen, indem sie sich an die betreffenden Unternehmer wandten, die sich vom Streikkomitee Gehülfen holten, mit dem Ersuchen, diese Gehülfen wieder zu entlassen, sie hatten aber dabei wenig Glück. Die Situation für die Streikenden ist die denkbar günstigste.

In sämtlichen Brauereien Ravensburgs sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Ein Ausstand der Stauer ist in Iquique ausgebrochen.

Tages-Bericht.

Dienstag, den 26. April.

Hamburg.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Zentralausschusses Hamburger Bürgervereine stehen: 1. Antrag von J. Gittermann und Genossen: Besprechung über Ergänzung des Bürgerschaftswahlgesetzes, dahingehend, daß jeder Wähler innerhalb einer Wahlperiode, abgesehen von Ersatz- und Stichwahlen, nur einmal wählen darf. 2. Antrag von Dr. Hermann Binder, R. Wächtler und elf weiteren Abgeordneten: Der Z.-A. H. B.-V. wolle wiederholt an Senat und Bürgerschaft das Ersuchen richten, allen hamburgischen Staatsbeamten das passive Wahlrecht zu erteilen. Berichterstatter: Dr. Hermann Binder. 3. Antrag des Neustädter Bürgervereins von 1878: Besprechung über eine pietätvolle Kennzeichnung des Geburtshauses des verstorbenen Ehrenbürgers Johannes Brahms. Berichterstatter: Robert Wächtler.

Volksschüler-Konzerte. Im Laufe des letzten Winters wurden für die Schüler der Selekten und 1. Klassen unserer Volksschulen, sowie für frühere Volksschüler fünf Konzerte veranstaltet. Der Andrang war so groß, daß von den bestellten Karten für das 2. Konzert nur ungefähr der vierte Teil Berücksichtigung finden konnte. Es waren im ganzen 16 501 Karten bestellt, von denen nur 10 731 ausgegeben werden konnten. Von den ausgegebenen Karten erhielten jetzige Schüler 8684, frühere Schüler 2047 Karten. Der Besuch früherer Schüler steigerte sich in den letzten Jahren ganz bedeutend; im Jahre 1901 waren für sie 600, im Jahre 1902 schon 1512, im vorletzten Jahre 1692 und im letzten Jahre 2047 Karten ausgegeben. Die am 12. März im Stadt-Theater veranstaltete Opernaufführung des „Freischütz" wurde von 1928 Schülern besucht. Unter der Aufsicht des Musikausschusses der Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung sind von Schülern auch die Kirchenkonzerte in der St. Nikolaikirche besucht worden. 23 Dienstagskonzerte wurden von 3198 Kindern, durchschnittlich jedes Konzert von 139 Schülern besucht. Der Besuch der Kirchenkonzerte wird auch im nächsten Jahre vom Musikausschusse geordnet werden.

Die Literarische Gesellschaft wird ihre Saison mit einer Vorstellung im Stadt-Theater schließen. Aufgeführt wird „Don Juan und Faust" von Christian Dietrich Grabbe, jenes Werk, in dem der genialische, unglückliche Dichter den Versuch gemacht hat, zwei von titanischem Drange beseelte Naturen einander gegenüber zu stellen. Die Vorstellung findet am Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 1½ Uhr, statt. Das Theater ist für die Mitglieder und eventuell von ihnen eingeführte Besucher reserviert. Für den Besuch der Vorstellung werden von Mittwoch, den 27. April, bis Sonnabend, den 30. April, in der Buchhandlung von M. Glogau jr., Bleichenbrücke Nr. 6, Gutscheine ausgegeben, und zwar hat jedes Mitglied gegen Vorzeigung seiner Mitgliedskarte und Zahlung von ℳ 1 Anspruch auf einen Gutschein. Falls zwei Mitglieder nebeneinander zu sitzen wünschen, können sie gegen Vorzeigung zweier Mitgliedskarten und Zahlung von ℳ 2 einen Doppelgutschein lösen. Nach dem 30. April ist das Anrecht der Mitglieder auf einen Gutschein erloschen. Vom 1. bis 4. Mai einschl. können die Mitglieder — soweit dann noch Plätze vorhanden sein sollten — auch für einzuführende Nichtmitglieder Gutscheine lösen und zwar zum Preise von ℳ 2 für jede Person. Am Tage der Vorstellung, Nachmittags von 12¾ Uhr ab, werden die gelösten Gutscheine im Theater auf dem Wege der Auslosung gegen die eigentlichen Eintrittskarten ohne weitere Kosten eingetauscht. — Für Garderobe und Programm wird keine Zahlung erhoben.

Aus der Theaterwelt. Da die Nachfrage nach Plätzen zum „Kaufmann von Venedig" eine so außergewöhnliche ist, wird dieses Werk auch Montag Abend im Schauspielhause aufgeführt. Es steht also für Mittwoch, Sonntag und Montag auf dem Plan. „Elektra" und „Der zerbrochene Krug" werden Donnerstag, „Wilhelm Tell" Freitag und „Rose Bernd" Sonnabend wiederholt. — Am Mittwoch wird im Stadt-Theater nicht „Traviata", sondern „Aïda" aufgeführt mit Frau Fränkel-Claus, Frau Beuer und den Herren Pennarini, Mohrwinkel und Lohfing. Donnerstag findet die Première von Muguette statt. — Im Altonaer Stadt-Theater wird Mittwoch „Mein Leopold", Donnerstag zum ersten Male „Lucifer", Freitag „Madame Flirt" gegeben. — Das Neue Operetten-Theater bringt Mittwoch und Donnerstag Lecocqs Operette „Giroflé-Girofla mit Marie Ottmann in der Doppel-Titelrolle. Ferner wirken die Damen Schütz, Braun, Macha und die Herren Deutsch, von der Bruch, Wang und Carlo mit. — Im Carl Schultze-Theater wird die Operette „Frühlingsluft" nur noch viermal aufgeführt, denn am Sonnabend beschließen die Wiener ihr Gastspiel. Am 1. Mai wird von Direktor Linsemanns Ensemble neben dem Schwank „Die 300 Tage" auch die einaktige Plauderei „Finale" von Paul Linsemann aufgeführt.

Das Modell der hamburgischen Hafenanlagen, das auf der letzten Pariser Weltausstellung wegen seiner imponierenden Größe und wegen der lebendigen Anschaulichkeit, mit der es den Betrachtern den Ausgangspunkt des hamburgischen Weltverkehrs vor Augen führt, allgemein bewundert wurde und das später — mit den umfassenden Veränderungen versehen, denen die Hafenanlagen seit jener Zeit unterlagen — auch eine Zierde der Dresdener Städteausstellung bildete, hat bekanntlich im alten Rathause in der Admiralitätstraße seine dauernde Stätte gefunden. Die Behörde gibt jetzt bekannt, daß das Modell mit den letzten Ergänzungen vom 27. April ab bis November in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags in dem angegebenen Gebäude (nördlicher Eingang) öffentlich ausgestellt ist. Die Herstellung des Modells, das vor seiner Absendung nach Paris in der hiesigen Kunsthalle öffentlich ausgestellt war, ist bekanntlich von der Sektion für Strom- und Hafenbau der Baudeputation veranlaßt worden. Es ist zirka 8 m lang und 3½ m breit und im Verhältnis von 1 zu 10 000 mit einer Sorgfalt und Akkuratesse ausgeführt, die nicht zu übertreffen sind. Wer sich für die riesige Entwicklung unserer Hafenanlagen interessiert, sollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, das Modell anzusehen. Dem, der sich nicht ohne weiteres zurecht findet, dient ein mitausgestellter Lageplan zu dem Modell zur mühelosen Orientierung. Auch zahlreiche anderweitige Erläuterungen zu dem Modell finden sich an Wänden des Ausstellungszimmers: Querschnitte durch die Kuhwärderhäfen und durch die Lagergebäude am Versmann-, Asia- und Mönckebergkai, eine Tabelle über die Entwicklung des Seeverkehrs von 1850 bis 1900, drei sehr instruktive Kartenbilder, bezeichnet Hamburger Häfen 1854, 1882 und 1903. Photographien und Aquarelle der Portale, Brücken, Zollgebäude und Kaigebäude, Pläne über die Umgestaltung der Eisenbahnanlagen und über den Bau neuer Stammsiele von 1899 bis 1904 und über die Versenkung der Oberhafenbüker.

Zirkus Busch kommt! In dem Zirkusgebäude am Zirkusweg, St. Pauli, herrscht seit einiger Zeit reges Treiben; unter Leitung des Geschäftsführers Albert Larsen vollzieht sich ein kostspieliger Um- bezw. Neubau, der manche Mißstände, die sich im Laufe der Zeit fühlbar machten, beseitigt, zweckdienliche Neuerungen schafft und so dem Hause in seinem Inneren und Aeußeren eine Gestalt verleiht, die es nicht nur für die rein zircensische Kunst, sondern namentlich auch auf dem Gebiete des glänzenden Manege-Schaustücks als höchst vollkommen erscheinen läßt. Da ja das Wasser heute zur Zirkuspantomime gehört, hat Direktor Busch für die Füllung und Entleerung der Manege eine ideale Neuanlage geschaffen. Außerhalb des Zirkus ist tief unter der Erde ein mächtiges Tief-Wasserbassin in Kreisform geschaffen. Bei einem Durchmesser von 15 m und einer Tiefe von ebenfalls 15 m faßt es die ansehnliche Wassermenge von 800 cbm, die durch mächtige Pulsometer in die Manege getrieben wird. Rund um die Manege herum läuft eine hydraulische Hebe- und Senkvorrichtung, die das Podium durch über Räder laufende Drahtseile versenken läßt, um die Manege in kürzester Zeit in einen kleinen See verwandeln zu können, und die es auch ebenso rasch wieder auf seine gewöhnliche Höhe hinaufbringt. Doppelte Sicherungen verhindern eine Störung, falls einmal — was nebenbei ausgeschlossen erscheint — eins der Drahtseile reißen sollte. Ein gemauerter Kanal führt von unterhalb der Manege zu einem Ventilschacht mit zwei großen Abschlußventilen, aus denen sich das Wasser, wenn sie geöffnet werden, in das Tiefbassin ergießt. Durch diese Neueinrichtung ist die Entleerung der Manege in der kurzen Zeit von 2½ Minuten möglich. Damit den Menschen und Tieren das Tummeln im Wasser nicht ungemütlich oder gar gesundheitsschädlich wird, ist es nötig, dem Wasser eine bestimmte Temperatur zu geben. Zu diesem Zwecke ist eine weitere neue Maschinenanlage erforderlich gewesen, die das Wasser täglich auf eine Wärme von 22 Grad bringt. Auch die Manege selbst ist gänzlich neu hergestellt. Zunächst ist an Stelle der den Witterungs- und Temperaturverhältnissen nicht widerstandsfähig genug gewesenen hölzernen Piste eine ganz neue aus Mauerwerk erstanden, sodann hat die Manege für die großen Ausstattungsstücke ein neues Podium mit Parkettbelag erhalten, das gerade wie beim Theater mit verschiedenen kleineren und größeren Versenkungen versehen worden ist. Damit ist jetzt im Zirkus Busch eine Manege vorhanden, wie sie in ihrer praktischen Anlage ihresgleichen nicht findet. Im Anschluß hieran ist auch die Bühne, die sich für die Zwischenspiele der Pantomimen vielfach zu klein erwies auf Kosten des Zuschauerraums erheblich vergrößert. Auch sonst geschieht bei dem Umbau resp. der Renovation des Zirkus alles mögliche, um dem Publikum den Aufenthalt zu einem so angenehmen wie möglich zu machen. Der ganze Zuschauerraum wird durchweg neu dekoriert, die elektrische Beleuchtung ist durch die Firma Schuckert u. Co. nicht nur gänzlich renoviert, sondern auch bedeutend erweitert worden, ebenso installiert die Firma die großartigen elektrischen Anlagen für die neuen, an Glanz und Pracht alles bisher dagewesene in den Schatten stellende neue Pantomime. So wird denn der Zirkus am Donnerstag, den 5. Mai zur Eröffnung der diesjährigen Saison sich in durchaus verschönter Gestalt präsentieren.

Die hier abgehaltene Versammlung des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie beschloß, das geplante Kartell zu unterstützen und eine Eingabe an den Bundesrat wegen Aufhebung der Gerbmaterialienzölle zu machen.

Straßensperrungen. Der Harvestehuderweg zwischen der Krugkoppel und dem Frauental ist wegen Aufarbeitung der Chaussee auf etwa drei Wochen für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt. — Die Uferstraße, zwischen Richardstraße und von Essenstraße, ist infolge Herstellung eines Reitweges und Umlegung des Pflasters auf etwa vier Wochen für den durchgehenden Wagenverkehr gesperrt.

Viergleisiger Betrieb auf der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn. Am 1. Mai d. J. findet die Inbetriebnahme des 3. und 4. Geleises auf Bahnhof Hamburg-Dammtor statt. Gleichwie auf den Bahnhöfen Altona-Holstenstraße und Hamburg-Sternschanze werden dort die Fernzüge an dem nach der Stadtseite liegenden Bahnsteige, die Stadtbahnzüge an dem nach dem Loignyplatz zu gelegenen Bahnsteige abgefertigt. In der Benutzungsweise der Fern- und Stadtbahnzüge tritt eine Aenderung nicht ein.

Ueber die Eisenbahnbrücke beim Dammtor, die über die Dammtorstraße hinwegführt, schwirrten in den letzten Tagen allerlei Gerüchte umher, weil unter dem einen wagerechten Träger ein kleines Balkengerüst aufgestellt worden war. Manche deuteten das auf eine Einsturzgefahr hin, obgleich das doch angesichts der Tatsache, daß die Züge über diesen Teil der Brücke nach wie vor hinweggingen, schon aus diesem Grunde als ausgeschlossen gelten konnte. Das Gerüst, das übrigens schon am Sonnabend wieder fortgeräumt worden ist, hatte, wie schon berichtet, einen sehr einfachen Zweck, der um so verständlicher ist, wenn man sich des Vorfalls im vorigen Frühjahr erinnert, als an einem Sonntag auf dem damals abgesperrten Bauterrain der betreffende Träger heruntergestürzt war. Dadurch verbog sich das Eisengelenk etwas und bei der Eile, in der die Brücke, namentlich in Hinsicht auf den bevorstehenden Kaiserbesuch fertiggestellt wurde, ist die Geradrichtung jedenfalls nicht so zentrisch ausgefallen. Der Längsträger ist nun an dem einen Ende auf dem Widerlager fest verankert, während er auf dem anderen Ende beweglich auf dem Mauerwerk und an den beiden Gelenkstellen auf zwei Pendelsäulen ruht. Wenn nun im Winter das Eisen sich zusammenzieht, werden die beweglichen (Pendel-) Säulen entsprechend schräge mitgezogen, was natürlich nur ganz geringfügig ist: bei der Ausdehnung des Eisens zur wärmeren Jahreszeit stellen sich die Pendelsäulen durch den Druck der Längsschiene wieder völlig senkrecht, wobei sich natürlich die Enden in ihren Lagern bewegen sollen. Wahrscheinlich infolge des erwähnten Vorkommnisses hat sich die Längsschiene nun außerhalb der Fuge über die eine Pendelsäule hinweggeschoben, wodurch die Tragfähigkeit und Sicherheit des Brückenwerkes natürlich nicht im geringsten beeinflußt ist. Aber die Eisenteile mußten wieder in ihre richtige Lage gebracht werden. Dazu war es erforderlich, den Träger eine Kleinigkeit zu heben, was nur mit Hülfe des verdächtigen Gerüstes zu machen war. Es erscheint nicht als ausgeschlossen, daß dieser Vorgang sich noch mehrfach in den folgenden Frühjahren wiederholt.

---

[20] (Nachdruck verboten.)

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

Zehntes Kapitel.

Der Mai war gekommen, linde und frisch mit Blüten und Hoffnungen. Wieder reiste Marianne zu ihrem Söhnchen nach Dresden. Am Montag kam sie zurück. Noch mehr als sonst hatte sie zu erzählen. Wölfi hätte noch niemals so viel nach seinem Vater gefragt. Er entwickle sich von Monat zu Monat, und habe offenbar dieses und jenes Wort von Frau Krieger aufgeschnappt. Er nehme auf einmal alles furchtbar wichtig. Er lasse Papa sagen, daß er gar keinen Ponny wolle. Lieber noch ein Jahr warten. Und dann ein richtiges Pferd. Und gehöre er erst zu den Großen, sei er erst zwölf Jahre alt, dann müsse er gleich Offizier werden.

„Es könnte mir fast Sorge machen, Wolfgang, wenn er dabei nicht so pudelnärrisch wäre. Die Zwölfjährigen in der Schule, die sind sein Sporn und sein Alp. Täglich will er es mit ihnen aufnehmen und hat auch heimlich einmal schon ein Duell mit einem Zwölfjährigen gehabt. Mit ungespitzten Bleistiften. Und dann hat er einmal, ganz vor kurzem erst, in der Spielpause sich allen Zwölfjährigen entgegengestellt, hat sie mit seinen kleinen Fäustchen bedroht und hat gerufen: Mein Papa ist doch größer als Ihr und tapferer. Und ich werde auch größer werden als Ihr."

Offendorff lachte vergnügt, und stundenlang mußte Marianne berichten.

Kurz vor zehn Uhr war sie endlich so weit, daß ihr kein Wort mehr einfiel. Auch war sie müde von der Reise. Sie reichte ihrem Manne die Hand, und als er sie einen Augenblick festhielt, fragte sie nur so beiläufig:

„Und gestern?"

„Sie waren alle da. Sie lassen Dich grüßen. Alle."

Marianne zögerte noch, das Zimmer zu verlassen.

„Nichts besonderes. Die gewöhnliche Unterhaltung. Oder interessiert Dich der Mord von Westend? Van Tenius hat viel mit der Verteidigung zu tun, und sein armer Pole fängt an interessant zu werden. Das ewig Weibliche scheint sich gefunden zu haben. Du erinnerst Dich doch? Man hat die Uhr des Herrn Zerpen bei ihm gefunden. Jetzt will er sie auf einmal von einer Dame aus seinen Kreisen zum Geschenk erhalten haben, der würdige Pole. Eine ritterliche Nation, auch wenn sie Erde karrt. Er nennt seine Dame nicht. Doch hat er ihre Farben sich erkoren. Van Tenius glaubt ihm diese neue Geschichte. Gestern früh in der Zeitung stand das wieder sehr hübsch. Bist Du müde? Gute Nacht."

Offendorff stand früh auf, arbeitete einige Stunden und wurde ganz heiter, als Marianne ihm sagte, sie habe heute nichts in der Stadt zu tun und werde auch nicht spazieren gehen. Im Vorgarten, in der frühlingsgrünen Laube sei es ebenso schön wie im Tiergarten.

Franz war eben im Begriff den Tisch zum Frühstück zu decken, als von der Straße her Lärm wie von einem kleinen Auflauf herüberdrang. Franz hielt inne und reckte den Kopf.

„Sehen Sie nur nach, Franz, was es gibt," sagte Offendorff. „Er hat das Recht, neugierig sein zu dürfen. Hat Beine und Ohren. Sollte die Welt untergehen, bitte ich, es mir zu sagen."

Franz war bis ans Eisengitter getreten, zwischen zwei blühende Fliederbüsche, und blickte hinaus. Bald kam er zurück und meldete:

„Es ist nichts, Herr Major. Die Leute sind doch wie alte Weiber. Ein Droschkenkutscher schimpft, und ein Schutzmann steht daneben. Da laufen sie gleich herbei. Drei Häuser von hier, dem Kaufmann gegenüber."

Plötzlich kam das Gewirr von Menschenstimmen näher. Offendorff runzelte schon die Stirn, als Marianne verwirrt aufsprang. Im selben Augenblick erschien die lärmende Gruppe vor Offendorffs Häuschen. In der Mitte der Leute, im Schritt, eine Droschke. Auf dem Bürgersteig ein Schutzmann, der einen blonden Knaben an der Hand führte. Der Knabe sprach zornig und lebhaft und jetzt hörte man sein dünnes Stimmchen:

„Sie werden doch den Major von Offendorff kennen? Major Freiherr Wolfgang von Offendorff. Ich bin . . ."

„„Wölfi!" schrie Marianne erschreckt und doch glücklich.

„Mama!" jauchzte das Kind, riß sich los, rannte gegen das Eisengitter und dann herum und durch die Pforte in die Laube, sprang an seiner Mutter empor und fing auf einmal jämmerlich zu weinen an. Der Schutzmann befahl den Leuten grob, weiter zu gehen, und trat dann würdevoll in das Vorgärtchen.

Kaum erblickte ihn Wölfi, so strammte er sich wie ein kleiner Soldat, blickte dabei ängstlich nach Offendorff, der schwer atmend und mit leuchtenden Augen sich zurückgelehnt hatte.

Er hatte ein Dutzend Photographien von dem Teufelsjungen, auch eine, die ihn so wiedergab, wie er vor ihm stand: mit nackten Knien, blauen Höschen und einer blauen Matrosenjacke über dem weiten, weißen Wollhemd. Was aber ist so eine Photographie. Hier! Der Junge war ja . . . Ganz Anna Maria mit seinen blonden Locken und mit dem verlegenen Trotz auf den Lippen. Da sich satt küssen! Leben!

„Nicht wahr, Mama! Der ist Papa!"

Wölfi fiel über seinen Vater her und küßte ihn leidenschaftlich.

„Da, Papa, da bin ich, und der Herr Schutzmann soll mich um Verzeihung bitten. Er hat mir nicht geglaubt, daß Du mein Papa bist."

Offendorff umfaßte fast gierig mit der Hand das Köpfchen des Sohnes, ließ seine Finger im Nacken spielen, dann im Haar und warf dem Schutzmann einen fragenden Blick zu.

„Zu Befehl, Herr Major. Wie der Kutscher sagt, ist dieser Knabe, ist . . . der junge Herr Baron auf dem Anhalter Bahnhof allein angekommen, hat sich dort von meinem Kollegen ganz schneidig 'ne Marke geben lassen, ist in die Droschke gestiegen und hat befohlen: nach Charlottenburg zu Offendorffs. Die Berlinerstraße hat er gewußt; aber die ist lang. Die Nummer nicht. Seit 'ner Viertelstunde suchen sie, und da wird der Kutscher endlich die Geduld verloren haben und sein Geld verlangen, und wie der junge Herr Baron nichts bei sich gehabt haben, da hat der Kutscher geschimpfen. Sind unjebildete Menschen, die Droschkenkutscher. Immerzu Krakehl, immerzu räsonieren. Und die Leute müssen immer dabei sein, wenn was los ist."

„Na wart'," rief Offendorff und schüttelte den Knaben; und die Tränen traten ihm in die Augen vor Lust. „Du Schuldenmacher! Du Durchbrenner! Na wart'."

Der Kutscher war abgestiegen und wollte mit dem Schutzmann einen Streit über polizeiliche Vorschriften anfangen.

Wölfi rief:

„Nein, Mama! Ich, ich will ihn bezahlen."

Marianne hatte die Sache rasch ordnen wollen. Jetzt gab Offendorff dem Knaben sein Portemonnaie. Wölfi sprang damit an das Gitter.

„Wie viel?" fragte er dreist.

„3 Mark 50."

Wölfi öffnete das Portemonnaie, gab dem Kutscher vier Mark und sagte plötzlich bescheiden:

„Entschuldigen Sie. Jetzt sehen Sie doch, daß ich Sie nicht habe betrügen wollen."

Der Kutscher fuhr fort, der Schutzmann empfahl sich, und Wölfi stellte sich verlegen trotzig vor seine Eltern. Franz und die beiden Mädchen, die den Kopf zum Fenster hinausgesteckt hatten, wurden fortgeschickt. Dann nahm Offendorff den Knaben heftig in den Arm, drückte ihn an sich und sagte:

„Jetzt, Du nichtswürdiger Bengel, jetzt, jetzt . . ."

„So erzähle doch," rief Marianne.

„Jetzt soll er vor allem etwas essen, der Deserteur."

Das Frühstück wurde ein Fest für Kind und Eltern. Wölfi wurde an Offendorffs rechte Seite gesetzt, und Marianne nahm ruhig an der linken Platz. Erst später bemerkte es Offendorff; er wies sie fort, die Eltern nahmen den Knaben in die Mitte und waren glücklich, ihn essen zu sehen, ihn plaudern zu hören und ihn zu liebkosen. Franz lachte übers ganze Gesicht, während er bediente. Und immer wieder kam eines der Mädchen ans Fenster und nickte heraus. Als ob das Dienstverhältnis aufgehoben wäre, und ein Jubeltag alle Menschen gleich gemacht hätte. Die Köchin hatte dem Jungen zu Ehren eine süße Speise improvisiert und brachte sie, schluchzend vor Freude, selbst in die Laube. Marianne reichte ihr zum Dank die Hand, Offendorff winkte ihr zu. Nur Wölfi vergaß nicht ganz die Rechte seiner Geburt und fragte ein wenig protzig mit schmatzendem Munde:

„Du, das schmeckt gut. Wie heißen Sie denn?"

„Martha, Du lieber, goldener Wölfi, und hab' Dich gekannt, wie Du so groß warst."

„Warum sagt sie denn Du zu mir?" fragte Wölfi, als er wieder mit den Eltern allein war. „Bei Frau Krieger müssen sie alle Sie sagen und junger Herr Baron."

Nach dem Frühstück wollte sich Wölfi das Haus ansehen. Allein. Doch ließ er sich von Franz führen, als er hörte, er wäre Papas Bursche gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Im Deutschen Schauspielhause standen am Montag Abend zwei Werke nebeneinander, die durch den Geist und das Empfinden, aus denen sie geboren, abgrundtief voneinander geschieden sind: Heinrich von Kleists, von ursprünglichem, derbem Humor durchzogenes Lustspiel „Der zerbrochene Krug" und die Tragödie „Elektra" von Hugo von Hofmannsthal, eine von hypermodern perverser Stimmung durchglühte Dichtung, die mit dem Werke des alten Sophokles nur den Namen und — bis auf den Schluß — die grob äußeren Geschehnisse der Fabel gemeinsam hat. Bei dieser Zusammenstellung litt bedauerlicherweise Kleists prächtiges Lustspiel etwas unter dem Umstande, daß die Zuschauer durch die nervenpeitschende Tragödie Hofmannsthals außerordentlich erschlafft waren.

Die Aufführung des „Zerbrochenen Krug" war sehr gut. Herr Dr. Heine war in der Regie dem Geiste des Kleistschen Werkes durchaus gerecht geworden. Herr Schildkraut schuf in dem Dorfrichter Adam, der analog seinem Traume gewissermaßen vor seinem eigenen Forum als Angeklagter erscheint, eine fein komische Charakterstudie von überwältigender Wirkung. Schon sein erster Anblick löste einen schallenden Heiterkeitsausbruch aus. Und im Laufe des Spiels stattete er seinen Adam mit allen Detailzügen aus, die seiner außerordentlichen Charakterisierungskunst zur Verfügung stehen. Es war wieder eine prächtige Leistung, an der man seine herzlichste Freude haben konnte und auch hatte. Stürmischer Beifall dankte ihm dafür. Den intriguierenden Schreiber Licht, mit dem ewigen, niederträchtigen verhaltenen Lächeln, gab Herr Brahm ebenfalls vorzüglich. Vortrefflich waren auch die Eve Frl. Westhovens, die Frau Martha der Wilhelmine Schlüter, der Ruprecht Schroths und der Gerichtsrat Röhls. Julie Löge gab die Frau Brigitte angemessen. In kleineren Rollen waren Mizi Warg, Else Blanke und Ludwig Heil am Platze.

Hugo von Hofmannsthal hat dem Titel seiner „Elektra" die Worte hinzugefügt: „frei nach Sophokles". Er hätte schreiben können „sehr frei nach Sophokles". Denn in der Tat: es ist doch nicht die Fabel, die ein Kunstwerk macht, sondern der Geist. Der Geist der „Elektra" Hofmannsthals ist aber alles andere, nur nicht ein Sophokläischer. Er ist dem Oskar Wildes verwandt, wie wir ihn finden in der „Salome". Die „Elektra" des Sophokles ist eine Jungfrau, die furchtbar strafen will, weil man menschliche Sitte verletzte und ihr Kindesgefühl schwer beleidigte. Sie lebt in dem Gedanken an ihre Rache, aber diese Rache ist ihr eine Mission. Sie vertritt in derselben gewissermaßen das sittliche Prinzip. Und nur so ist es möglich, daß die Tragödie trotz der von Elektren ersehnten und vorbereiteten furchtbaren Tat des Bruders erlösend ausklingt.

Bei Hofmannsthal ist Elektra eine rachebrütende Wildkatze geworden, die hinterrücks ihre Krallen spielen läßt. Sie erschauert in Wollust bei dem Gedanken, daß des Vaters Tod im Blut der Mutter gerächt werden soll. Und in brünstige Verzückung gerät sie, wenn sie in blutrünstiger Phantasie die grausen Totenopfer erschaut, die dem toten Vater gebracht werden sollen. Es ist modernster Weibtypus,

Harburg und Wilhelmsburg.

Die Hafenerweiterungsbauten — so wird berichtet — schreiten stetig vorwärts. Zunächst werden drei Hafenbecken fertiggestellt. Die Tidehäfen erhalten eine Sohlenbreite von 100 Meter und eine Tiefe von acht Meter. Gegenwärtig ist man mit dem Aufschütten eines 2,6 Kilometer langen Schutzdeiches beschäftigt. Da das ganze Terrain Weide- und Wiesenland ist, wurden die Grundflächen zunächst vom Rasen entblößt und dann durchgepflügt. Der westliche Teil des Schutzdeiches wird zunächst hoch aufgeführt, damit auf ihm ein Stück der neu zu erbauenden Straße von Moorburg nach Harburg angelegt werden kann. Inmitten des Gesamtterrains sind zwei große Trockenbagger aufgestellt, von denen der eine schon längere Zeit tätig ist, während der andere nächste Woche in Betrieb genommen werden soll. Zwei große Dampfwasserpumpen befördern fortwährend das Grundwasser über den Elbdeich durch mächtige Eisenröhren in die Elbe. Ueber das ganze Terrain sind Schienen gelegt, auf denen der ausgehobene Boden durch Lokomotiven fortgeschafft wird. Augenblicklich sind etwa 500 Arbeiter beschäftigt, darunter gegen 100 Friesen und Holländer. Sobald auch der zweite Trockenbagger in Tätigkeit tritt, müssen die Arbeitskräfte beträchtlich vermehrt werden, sollen doch die drei Hafenbecken in 20 Monaten nach Inangriffnahme der Bauten fertiggestellt werden. Welche Summe von Arbeit zu bewältigen ist, ist daraus zu ersehen, daß allein 2 200 000 Kubikmeter Boden ausgehoben werden müssen. Dieser Aushub wird von der Bremer Baugesellschaft bewerkstelligt; der Kostenaufwand dafür ist durch Vertrag auf ℳ 325 650 festgesetzt. Die drei ersten Hafenbecken erfordern ohne Grunderwerb ℳ 4 800 000 Kosten. Sobald sie fertiggestellt sind, wird mit dem Bau des vierten Tiedehafens begonnen, der noch zirka 2 Millionen Mark erfordern wird. Am teuersten sind die Eisenbahnanlagen. In der Nähe der Gasanstalt wird ein Industriebahnhof zu ℳ 780 000 erbaut. Insgesamt dürften sich die Kosten für die Hafenanlagen auf rund 10 Millionen Mark stellen. Ein wenig erfreuliches Bild gewährt zur Zeit der Ort Lauenbruch, der bekanntlich infolge der Hafenerweiterung gänzlich verschwinden wird. Lauenbruch, ein Dorf mit 69 Wohnhäusern und zirka 900 Einwohnern, zählte zu den wohlhabendsten Elbdörfern. Die Bewohner treiben Ackerbau, Viehzucht und Fischfang. Schon einmal wurde das Dorf dem Erdboden gleichgemacht, im Februar 1814, als die Franzosen Harburg besetzt hielten und alle umliegenden Ortschaften in Brand steckten, ohne daß den Bewohnern Zeit zur Sicherung ihrer notwendigsten Habe gelassen wurde. Damals ging ganz Lauenbruch in Flammen auf. Und jetzt, fast hundert Jahre später, muß der anmutige Ort ein ähnliches Schicksal erleiden. Er bietet gegenwärtig einen Anblick, als ob der Feind abermals alles zerstört habe. Etwa 40 Häuser sind bereits abgebrochen, von anderen stehen nur noch die kahlen Wände. In wenigen Tagen werden alle, bis auf 12, die vorläufig noch erhalten bleiben, niedergerissen sein. Sehr zu beklagen ist auch der Verlust der schönen alten Obstbäume. Während die kleineren herausgehoben und anderweitig verpflanzt worden sind, werden die übrigen abgehauen. Die Mehrzahl der früheren Bewohner Lauenbruchs hat sich in Harburg und den umliegenden Ortschaften angesiedelt. Die Schule ist seit Ostern von Harburg mit übernommen. Hier und da sieht man auf den Wiesen noch Kühe ihr Futter suchen. Noch ein paar Tage, und auch dieser letzte Restdes einst so regen ländlichen Verkehrs wird verschwunden sein.

r. **Unglücksfälle.** Als gestern ein Wagen der elektrischen Straßenbahn bei der Landesgrenze an der Harburger Chaussee herankam, kam der etwa sieben Jahre alte Knabe Meyer auf dem Geleise zu Fall. Zum Glück gelang es dem Führer, den Wagen schnell zu stoppen, so daß der Knabe vor dem Ueberfahren bewahrt wurde. Leider wurde jedoch dem Kinde ein Finger der Hand abgequetscht. Der Verunglückte wurde nach der am Honardsdeich belegenen Wohnung seiner Eltern gebracht und in ärztliche Behandlung gegeben. — Von der Treppe seiner Behausung stürzte in der Nacht zum Montag ein Bewohner am Bahnhof. Er zog sich einen Bruch des linken Armes zu und erlitt außerdem Verletzungen im Gesicht.

r. **Als vermißt gemeldet** wurde die achtjährige Tochter Maria der Ehefrau Thiele in Georgswärder. Die Kleine, die seit Sonntag vermißt wird, war bekleidet mit rot-weiß karriertem Kleide und weißer, spitzenbesetzter Schürze. Etwaige Mitteilungen über den Verbleib des Kindes nehmen die Herren Bezirksvorsteher Meyer in Niedergeorgswärder und Gendarm Lüer in Kirchdorf (Wilhelmsburg) entgegen.

r. **Ueberfallen und mißhandelt** wurden gestern am Vogelhüttendeich in Wilhelmsburg der Arbeiter Ostrowski. Da die Täter erkannt sind, ist die Sache zur Anzeige gebracht worden.

r. **Diebstahl.** Dem in Wilhelmsburg wohnhaften Arbeiter K. wurde auf seinem Arbeitsplatz auf dem Kleinen Grasbrook sein Jackett, in dem sich Wertsachen befanden, gestohlen.

Auswärtiges.

Der Dreschgraf als Märtyrer. Graf Pückler wurde am 25. April rücksichtsvoll vom Oberinspektor des Glogauer Gefängnisses, das seit einigen Tagen sein Domizil war, auf das Gericht in Glogau geführt, wo er sich vor der Strafkammer wegen Beleidigung des Haltestellenvorstehers zu Klein-Tschirne zu verantworten hatte. Die Beleidigung war in einem Schreiben Pücklers an die Posener Eisenbahndirektion enthalten, in dem unter anderem gesagt wurde, der Vorsteher mache einen verbummelten und schlappen Eindruck und sei nicht geeignet, seine Stellung zu versehen. Der Staatsanwalt beantragte ℳ 100 Geldstrafe. Graf Pückler und sein Verteidiger beantragten Freisprechung. Graf Pückler sagte unter anderem: Er sei 17 Mal auf der Anklagebank gewesen, aber die Behandlung, die ihm hier in Glogau zu teil werde, wäre ganz unwürdig. In ganz Deutschland würde man darüber reden. Hunderttausend Reichsfeinde würden mehr entstehen. Er ziehe jetzt mit scharfem Schwerte gegen die Behörden und die Regierung los. Graf Pückler wurde zu ℳ 50 Geldstrafe verurteilt. Da ist der edle Graf wieder einmal glimpflich davongekommen.

Ueber die Lawinenkatastrophe von Pragelato berichten italienische Blätter: Der Schauplatz des Ereignisses war die Straße, die an dem etwa 2000 Einwohner zählenden Marktflecken Pragelato zu dem Schwefelkiesbergwerk von Vallon Rua führt, dem Eigentum einer Turiner Aktiengesellschaft. 170 Arbeiter sind dort in einer Höhe von fast 2600 m mit der Gewinnung des metallhaltigen Minerals beschäftigt, das dann in das Tal zur Schmelzung gebracht wird. Die Arbeiter wechseln einmal im Tage ab und so begaben sich am 19. d. M., Nachmittags, 85 Arbeiter trotz des stürmischen Wetters in die am Bergabhange gelegenen Unterkunftshütten, als sich von dem 3040 m hohen Monte Albergian eine 400 m breite Lawine loslöste und die ganze Hüttenanlage verschüttete. Die Rettungsarbeiten wurden am Abend begonnen, mußten aber wegen der Gefahr weiterer Lawinenstürze während der Nacht unterbrochen werden. Am folgenden Morgen arbeiteten 180 Soldaten, die aus der sieben Kilometer entfernten Garnison Fenestrelle herbeigerufen worden waren, an der Befreiung der Verschütteten. 35 Männer wurden ausgeschaufelt, von denen aber nur mehr acht am Leben waren. Die Leichen wurden auf den Schnee gebettet und werden nach und nach ins Tal geschafft werden. Ein Bericht aus Pragelato von Donnerstag gab der Hoffnung Ausdruck, daß noch andere Verschüttete lebend herhorgeholt würden, da man aus dem Schnee Stimmen vernehmen könne.

Zum Kapitel: Polizei und Bürgertum schreibt man der Magdeburger „Volksstimme“ aus Oschersleben: Weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus ist Polizeikommissar Hänsch bekannt. Bekannt und — noch etwas mehr. Dieser Beamte mußte bekanntlich vor etwa 2 Jahren vom Dienste suspendiert werden, weil in einem Prozeß haarsträubende Dinge über ihn bekannt wurden. Er hatte Unterbeamte zu falschen Aussagen verleitet, hatte Akten — beiseite gelegt, die Polizisten angewiesen, im Verkehr mit den oppositionellen Stadtverordneten „haarig“ vorzugehen: „Man muß diese Großschnauzen feste kneifen“ usw. usw. Das und etliche andere Geschichten kosteten ihn seine Stellung. Nach einem Jahre jedoch schickte ihn die Regierung plötzlich wieder nach dem Orte seiner Taten zurück. Magistrat und Stadtverordnete protestierten, erklärten, sich diesen Polizeikommissar nicht so ohne weiteres aufhalsen lassen zu wollen, aber ohne Erfolg. Herr Hänsch bleibt also trotz Bürgermeister und Stadtverwaltung. Ja, er treibt es sogar so weit, daß er „seine“ Unterbeamten anwies, aufzupassen, daß in Einwohnerversammlungen nicht über den „Fall Hänsch“ gesprochen werde. Die Stadt ist — ein treffendes Beispiel für die famose „Selbstverwaltung“ der Gemeinden — machtlos. In allernächster Zeit wird dieser Fall den preußischen Landtag beschäftigen. Gegen die Wiederanstellung des Herrn Hänsch sind mehrere Petitionen an das Parlament gerichtet worden. Es ist leicht erklärlich, daß dieser Musterbeamte sich bei der Einwohnerschaft ganz und gar keiner Sympathien erfreut. Wo er sich auf der Straße blicken läßt, erinnert man sich gegenseitig an jenen „denkwürdigen“ Prozeß. . . . In den Versammlungen der Einwohner, am Biertisch ꝛc., überall wird an dem Verhalten dieses Herrn und an der Art, wie er von der preußischen Junker-Regierung geschützt wird, schärfste Kritik geübt. Trotz alledem ist die Regierung nicht der Meinung, daß die „Autorität“ dieses Mannes verletzt, daß der „Respekt“ vor ihm dahin sei. Ja, auch die Justiz zeigt sich jetzt plötzlich als Beschützerin der Ehre dieses Polizeimannes: Weil er sich über Polizeikommissar Hänsch abfällig geäußert, ihn angeblich beleidigt und „angegriffen“ haben sollte, verurteilte das Schöffengericht den Bergarbeiter Wilhelm Adam am 4. März 1904 zu drei Monaten Gefängnis, welche ungemein harte Strafe das Landgericht Halberstadt am Sonnabend bestätigte! Und Herr Hänsch tut weiter Polizeidienste. . . .

Polizeiterrorismus in Oberschlesien. § 152 der Gewerbeordnung gibt den gewerblichen Arbeitern das Recht, sich zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen. Das scheint auch die Neisser Polizeibehörde zu wissen, denn sie stellt bei Anmeldung einer Versammlung ohne weiteres die Bescheinigung aus. Den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen legt sie auch betreffs der Lokale keine Hindernisse in den Weg, jedenfalls unter der Voraussetzung, daß diese Gewerkschaften selten oder nie ernstlich bestrebt sind, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern. Anders ergeht es den freien Gewerkschaften. Vor kurzem war es den freien Gewerkschaften gelungen, ein anständiges Lokal, in welchem bislang fast nur Arbeiter verkehrten, zu Mitgliederversammlungen zu erhalten. Gleich nach der ersten Anmeldung erschienen bei dem Wirt des Lokales Polizeibeamte, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er, wenn er die Versammlungen stattfinden lasse, jedenfalls Militärverbot über sein Lokal verhängt erhalten würde. Auch würde die Polizei ihm wegen der Polizeistunde auf die Finger sehen. Da der Wirt aber der Meinung war, wenn in seinem Lokal nichts Ungesetzliches vorgehe, man ihm auch nichts anhaben könne, ließ er ruhig die Gewerkschaften weiter ihre Versammlungen bei ihm abhalten. Aber es sollte anders kommen. Am 29. März wurde über das Lokal Militärverbot verhängt, da aber dort fast gar kein Militär verkehrt, so mußten andere Mittel angewandt werden. Am 31. März, kurz vor den Osterfeiertagen, wurde dem Wirt die Polizeistunde von 12 Uhr auf 10 Uhr herabgesetzt. Da vom 1. April ab aber nur die „berühmten“ Damenkneipen um 10 Uhr schließen müssen, glaubte der Wirt, es müsse ein Irrtum vorliegen. Er wurde aber von dem die Botschaft überbringenden Polizeibeamten dahin belehrt, daß die Herabsetzung der Polizeistunde nur wegen der Gewerkschaftsversammlungen erfolgt sei. Nachdem der Wirt resp. die Wirtin sich beim Polizei-Inspektor um Zurücknahme der Maßregel bemüht hatten, wurde ihnen rundweg erklärt, wenn sie sich schriftlich erklären, daß sie keine „derartige“ Versammlungen mehr stattfinden lassen, dann werde der Polizei-Inspektor ihr Gesuch auf Verlängerung der Polizeistunde unterstützen. Nachdem die Unterschrift geleistet, wurde die Maßregel vorläufig für die Osterfeiertage zurückgezogen. So geht die Polizeibehörde gegen die Arbeiterschaft vor, wenn sie von ihrem gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch machen will. Und dann will man den Arbeitern noch vorreden, sie lebten in einem Rechtsstaate!

Verhöhnung der Arbeiterschaft. Die idyllische Universitätsstadt Jena hat in letzter Zeit durch ihre wüsten Studentenausschreitungen wieder viel von sich reden gemacht. Aber mögen es die Studenten noch so toll treiben, der mildernde Umstand der „akademischen Freiheit“ sorgt stets dafür, daß sie mit leicht erträglichen Strafen davonkommen. Die „Karriere“ wird nach Möglichkeit geschont. Polizei und Gericht stehen bei der feudalen Studentenschaft in bestem Ansehen. Damit sich aber die Arbeiter über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beschweren können, erteilte der Gemeindevorstand dem Maifestkomitee auf das Gesuch um Erlaubnis zur Veranstaltung eines Umzuges den folgenden liebenswürdigen Bescheid:

Gesch.-Nr. P. 1427. Jena, 23. April 1904.

Die Erlaubnis zu dem Umzug mit Musik am 1. Mai kann aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohles nicht gegeben werden; der Umzug wird vielmehr verboten und jedem, der sich etwa an einem solchen Umzug beteiligt, eine Geldstrafe von ℳ 15 angedroht.

Dr. Wagner, II. Bürgermeister.

Wie das öffentliche Wohl in Jena in der Tat beschaffen ist, kann man angesichts des obigen Verbots an folgender Mitteilung des „Jenaer Volksblattes“ ermessen: Vor einigen Tagen hatten die „Teutonen“ eine größere Festlichkeit; viele „alte Herren“ waren herbeigeeilt und, den Traditionen entsprechend, gingen die Wogen der Fidelitas bis tief in die Nacht hinein sehr hoch. Natürlich wurde auch des würdigen Hanfried (Denkmal des Begründers der Universität auf dem Marktplatz) gedacht, und alsbald zog die ganze Korona, etwa 50 bis 60 junge und alte bemooste Häupter, Arm in Arm vom „Weimarischen Hof“ nach dem Marktplatze. An dem nötigen Radau fehlte es nicht; voran die kläffenden Hunde, wetteifernd mit der Kraft der Bierkehlen, die gar manchen Schläfer in seiner Ruhe störten. Und der Sprecher der fröhlichen Schar bewies in seiner Ansprache, daß er über gute Stimmbänder verfügte. Dann wurde wieder singend der Rückzug nach den gastlichen Hallen angetreten; laut klappernd schlugen die Bierkannen den Takt, die Köter taten das ihrige, die gestörten Bürger schlossen ihre Fenster — — und von weitem schaute die heilige Hermandad friedlich zu. . . . .

Der sittlich entrüstete Landrat — freigesprochen. Vor der Strafkammer in Verden gelangte am 23. April der bekannte Beleidigungsprozeß des Abbauers Heinrich Heidorn in Mardorf gegen den Landrat v. Wohna in Neustadt a. R. zur nochmaligen Verhandlung. Das Schöffengericht zu Neustadt am Rübenberge hatte seinerzeit auf Freisprechung erkannt, da der Kreisausschußsekretär Grimse zeugeneidlich bekundete, er habe den Ausdruck „Lumpenhundsverein“ nicht gehört; wenn der Ausdruck gefallen wäre, hätte er ihn hören müssen. Die Strafkammer des Landgerichts Hannover erkannte jedoch auf Aufhebung des schöffengerichtlichen Erkenntnisses und verurteilte den Landrat zu ℳ 100 Geldstrafe, eventuell 15 Tagen Gefängnis, da die Aussage des Grimse nur eine negative sei, während Kahle in glaubhafter Weise und logisch aufeinanderfolgend ausgesagt habe. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts beschloß jedoch, das verurteilende Erkenntnis des Landgerichts Hannover aufzuheben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Berufungsinstanz, und zwar an das Landgericht Verden zu verweisen. Zu der Verhandlung war der Angeklagte, Landrat v. Wohna, mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Krimke-Verden, erschienen. Er bemerkte auf Befragen des Vorsitzenden, er habe den Ausdruck „Lumpenhundsverein“ nicht gebraucht. Der Ausdruck „Lumpenhundsverein“ sei Mardorfer Deutsch, er spreche so nicht. Vorsitzender: „Sie geben aber zu, gesagt zu haben, daß das Mitglied eines Kriegervereins, das für Welfen agitiert, ein Lump sei?“ — v. Wohna: „Jawohl.“ — Vorsitzender: „Liegt es da nicht nahe, daß Sie auch den Mardorfer Kriegerverein als „Lumpenhundsverein“ genannt haben?“ — von Wohna: „Keineswegs. Ich gebe zu, daß ich mit Kahle ganz energisch und in großer Erregung gesprochen habe, um ihn die ganze Wucht meiner sittlichen Entrüstung fühlen zu lassen; ich hatte aber keinerlei Veranlassung, den Mardorfer Kriegerverein als einen welfischen zu bezeichnen.“ Es wurde danach Abbauer Kahle als Zeuge aufgerufen. Dieser hielt seine frühere Bekundung mit voller Bestimmtheit aufrecht. — Verteidiger: „Geben Sie zu, bei Ihrer Vernehmung vor dem Landrat in Abrede gestellt zu haben, jemals in welfischem Sinne tätig gewesen zu sein?“ — Zeuge: „Jawohl.“ — Verteidiger: „Geben Sie nun zu, im Namen des Sängervereins den Herzog von Cumberland um Verleihung einer Fahne für den Verein gebeten und, nachdem dieser Bitte entsprochen war, an den Kaiser die Bitte um Genehmigung zur Führung der Fahne geschrieben zu haben?“ — Zeuge: „Das mußte ich tun als Schriftführer des Vereins.“ — Verteidiger: „Das mußten Sie nicht, Sie haben doch auch die Schriftstücke unterschrieben?“ — Zeuge: „Alle Vorstandsmitglieder haben dies getan.“ — Landrat v. Wohna: „Es war mir aktenmäßig bekannt, daß der Mardorfer Kriegerverein im Jahre 1896 den Herzog von Cumberland um Verleihung einer Fahne gebeten hat. Nachdem dies geschehen war, wurde von dem Verein um Genehmigung zur Führung der Fahne nachgesucht. Dies Gesuch wurde im Interesse der öffentlichen Ordnung abgelehnt. Der Verein wandte sich schließlich mit einem Immediatgesuch an das Kabinett. Der Oberpräsident hat aber das Gesuch ebenfalls abschläglich beschieden. Ich fühlte mich daher veranlaßt, dieses Doppelspiel zu kennzeichnen; ich habe aber lediglich die Agitation des Kahle, nicht irgend eine Gesinnung treffen wollen. Ich bemerke noch, daß der Mardorfer Kriegerverein, nachdem er den Welfen, Freiherrn von Scheele, einen ehemaligen sächsischen Major, zu seinem Ehrenmitgliede ernannt hat, als Kriegerverein aufgehoben ist; er hat nicht mehr das Recht, sich Kriegerverein zu nennen. Kreisausschußsekretär Grimse: „Ich habe das Wort „Lumpenhundsverein“ nicht gehört.“ — Vorsitzender: „Wollen Sie bestimmt behaupten, der Ausdruck „Lumpenhundsverein“ ist nicht gefallen?“ — Zeuge: „Ich bin wenigstens der Meinung, wenn der Ausdruck gefallen wäre, ich denselben hätte hören müssen.“ Hierauf verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wagner folgendes Urteil: „Der Gerichtshof hat auf Grund der Beweisaufnahme nicht zu einem Schuldigspruch kommen können. Der Zeuge Kahle hat zwar seine Bekundung mit aller Bestimmtheit aufrecht erhalten. Der Zeuge Grimse hat aber das Gegenteil bekundet. Der Gerichtshof hat daher die Sache nicht für aufgeklärt gehalten. Es ist deshalb für Recht erkannt, daß die Berufung des Privatklägers gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts zu Neustadt am Rübenberge zu verwerfen und dem Privatkläger die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen seien.“

Abermals ist der Staat gerettet worden. In der Druckerei unseres Parteigenossen Görke in Charlottenburg sowohl wie auch in der Wohnung des Genossen Strczelewicz in Pankow fand eine Haussuchung nach der Liedersammlung statt, die von der Sängergesellschaft Strczelewicz herausgegeben ist. Während in Pankow 146 Exemplare des sechsten Heftes dieser Sammlung konfisziert wurden, war das Resultat der Haussuchung bei Görke gleich Null. Beide Parteigenossen sollen sich, wie es heißt, wegen angeblichen Vergehens gegen den Religionsparagraphen des Strafgesetzbuches zu verantworten haben.

Ein Soldatenbrief. Vor einigen Tagen wurde die Leiche des Soldaten Goldner aus Murrhardt bei Heilbronn aus dem Neckar gezogen. Goldner hatte Selbstmord begangen. An seine Angehörigen hatte er folgenden Brief geschrieben: „Heilbronn, 10. April 1904. Lieber Bruder! Bitte Dich, nachstehendes den Eltern in schonender Weise mitzuteilen. Teure Eltern, Geschwister und Angehörige! Wenn Ihr dieses Schreiben erhalten habt, werde ich nicht mehr zu den Lebenden zählen, denn in den kühlen Fluten des Neckar werde ich mein Leben geendet haben. Ich scheide aus dieser Welt mit Gott und meinem Gewissen wohl versöhnt und bitte Euch, meinen Weggang gefaßt aufzunehmen und nicht um mich zu sehr trauern zu wollen. Der Grund zu meiner Tat ruht zum Teil in der Arreststrafe, die ich nach meiner Ansicht zu Unrecht verbüßen mußte; hauptsächlich aber klingt mir die Drohung meines Vizefeldwebels, die dieser beim ersten Vergleichsschießen von uns Rekruten gemacht hat, „er wolle mich noch die Geislinger Steige hinaufbringen“, das heißt zu der Strafabteilung nach Ulm, immer noch in den Ohren und läßt mein Gemüt, das für derartiges nicht geschaffen ist, nicht zur Ruhe kommen. Daß dieser Vizefeldwebel, wohl mein einziger Feind, den ich auf der Welt habe, seine Drohung zur Ausführung bringen kann, dessen bin ich überzeugt, nachdem er mich in Arrest gebracht hat; ich aber mache ihm durch meinen Schritt einen Strich durch die Rechnung. Ich will dadurch, daß ich dies offen bekannt gebe, zwar nicht haben, daß derselbe bestraft wird; nein, sondern wenn er's verantworten kann, wie er mich von Anfang an entehrt und schikaniert hat, so verzeihe ich alles gern. Aber schon in den ersten 3 Wochen beschuldigte er mich beim Zielen, daß ich mich verstelle, wenn ich sagte, daß ich das Ziel nicht sehe, und ich wolle mich vom Militärdienst wegdrücken. So könnte ich noch verschiedenes anführen, will aber mit dem letzten schließen: Am letzten Mittwoch hatte eine Sektion, zu der auch ich gehörte, Nachexerzieren. Als wir fertig waren, kamen wohl alle ordentlich warm in die Kaserne; auch mir lief der Schweiß sozusagen in die Stiefel, und haben dasselbe verschiedene Kompanieangehörige gesehen. Trotzdem sagte der Vizefeldwebel, als ich an der Tür an ihm vorbei mußte: „Der elende Tropf hat sich wieder nicht angestrengt, kein nasses Härchen hat er“ usw. Das hat mich dann voll zu meinem Entschluß gebracht. Also auf Wiedersehen in einer besseren, gerechteren Welt. Mein letzter Wunsch ist, daß Ihr für ein ordentliches, ehrliches Begräbnis für mich sorgt.“ — Die Militärbehörde hat eine Untersuchung des Falles eingeleitet.

Wegen Majestätsbeleidigung und Beschimpfung beider christlichen Kirchen wurde der Bergmann Fr. Spieckermann aus Baroperheide von der zweiten Strafkammer in Dortmund zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Bestrafung erfolgte, obschon er behauptete, oft unzurechnungsfähig zu sein, und dieses auch durch Zeugen nachweisen konnte. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt.

„Hoftante“ — eine Beleidigung! Der bekannte Herausgeber des Oldenburger „Residenzboten“, Biermann, wurde vom Schöffengericht wegen wiederholter Beleidigung des Herausgebers des Oldenburger „Generalanzeigers“, Paul Stalling, zu ℳ 40 Strafe verurteilt. Die Beleidigungen wurden in der fortgesetzten Bezeichnung des „Generalanzeigers“ als „Hoftante“ gefunden.

Duellfexerei. Ein Duell mit eigentümlicher Vorgeschichte fand in Straßburg zwischen zwei Regierungsbaumeistern statt. Bei einer Unterhaltung über das am 1. Mai dort einzuweihende Goethe-Denkmal behauptete der eine Baumeister, Goethe habe sich nie um das Münster gekümmert; der andere machte darauf aufmerksam, Goethe habe zuerst auf die bezaubernde Proportionalität des Münsters hingewiesen. Darauf erwiderte der erste mit einer Beleidigung, und schließlich schossen die beiden Beamten im Ausflugsorte Fuchs am Buckel ein paar Löcher in die Luft. Der eine, Leutnant der Reserve, erhielt vom Kriegsgericht drei Monate Festung, der andere hat sich noch vor der Strafkammer zu verantworten.

Der „beleidigte“ Stadtvater. Vor dem Schöffengericht in Mainz hatte sich am 23. April der verantwortliche Redakteur der „Volkszeitung“, Söller, wegen Beleidigung des Stadtverordneten und Geometers Kipper von Kastel zu verantworten. Dem Beleidigten war in dem Artikel der „Volkszeitung“ der Vorwurf gemacht worden, daß er zu Gunsten der katholischen und zum Schaden der politischen Gemeinde einen Plan für die Frühlingsstraße gefälscht habe. Der Angeklagte wurde auf Grund des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, freigesprochen. Das Schöffengericht kam bei der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß hier eine absichtliche Fälschung des Planes zu Gunsten der katholischen Gemeinde vorliege. Die Zeitungen hätten das Recht, derartige Zustände zu brandmarken. Der Privatkläger hat die Kosten zu tragen.

Sittenbild aus der Großstadt. Vor dem Schöffengericht München hatten sich am Sonnabend zwei dreizehnjährige Mädchen, Marie Maier und Karolina Randl, wegen gewerbsmäßiger Unzucht und Diebstahls zu verantworten. Die Maier war, nachdem sie ihrer Herrschaft einen goldenen Zwicker entwendet hatte, aus dem Dienst entlaufen, worauf sie sich wohnungs- und mittellos in der Stadt herumtrieb. Sie lebte ausschließlich aus den Erträgnissen ihres Gewerbes, das sie auch mit ihrer Mitangeklagten Randl bekannt machte. Die Kinder gingen förmlich auf die Straße und waren für Wüstlinge und Lebemänner bald eine gesuchte und bevorzugte „Ware“. Konnte sich doch die Randl damit brüsten, daß sie von einem „besseren“ Herrn für ein Schäferstündchen mit einem blinkenden Zwanzigmarkstück belohnt wurde. Die „eingeschriebenen“ Prostituierten waren im höchsten Grade aufgebracht über die unliebsame Konkurrenz der Kinder, die sich nicht nur in Hausgängen prostituierten, sondern den Lüstlingen auch in die Wohnung folgten, so daß schließlich die Polizei dahinter kommen mußte. Bei einem stark verheirateten Postbediensteten, der in der eigenen Wohnung auch eine Nacht mit der kleinen Maier verbrachte, ließ das Mädchen einen Ehering mitgehen. Oberlehrer Knörrlein der Neuhauser Schule deponierte, daß sich die Maier zugestandenermaßen schon als Schülerin der 7. Klasse (also mit 12 Jahren) Männern hingab und sich schon damals gegen Bezahlung prostituiert habe. Sie wurde dann auch wegen der Gefahr für die übrigen Kinder vom Schulunterricht ausgeschlossen. Der Oberlehrer ist überzeugt, daß beide Angeklagte die erforderliche Einsicht über die Strafbarkeit ihrer Handlungsweise vollkommen besaßen. Der Amtsanwalt beantragte gegen die Maier wegen Diebstahls drei Wochen Gefängnis, wegen Gewerbsunzucht eine Woche Haft, gegen die Randl eine Woche Gefängnis und wegen Gewerbsunzucht eine Woche Haft. Der Offizialverteidiger bittet, beim Strafausmaß die mangelhafte Erziehung zu berücksichtigen, und erwartet, daß die Kinder einer Besserungsanstalt überwiesen werden. Der Verteidiger forderte ferner, und zwar mit Recht, daß auch die Wüstlinge nach Namen, Stand und der Wohnung bekannt gegeben und zur Verantwortung gezogen werden. Das Schöffengericht verurteilte die Maier wegen Diebstahls zu drei Wochen, die Randl zu einer Woche Gefängnis, und beide wegen Gewerbsunzucht zu je einer Woche Haft. Die Herren Lüstlinge aber wurden geschont.

Eine Geisterbeschwörerin vor Gericht. Amüsant muß am 20. April eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Zabrze gewesen sein, in welcher gegen die 50 Jahre alte Invalidenfrau Pauline Paczina wegen groben Unfugs verhandelt wurde. Die „Breslauer Morgenzeitung“ berichtet darüber: Die Angeklagte produzierte sich als Geisterbeschwörerin. Sie trieb durch vier Jahre diesen Unfug und scharenweise kamen Leute aus Nah und Fern, um mit den Seelen verstorbener Angehöriger in der Wohnung der Angeklagten in Verbindung zu treten. Auf die Frage des Vorsitzenden, was sie erwidern wolle, erklärte die Angeklagte: „Ich kann nicht dafür, ich tue nur, was mir Gott befiehlt. Machen Sie mit mir, was Sie wollen. Mein Körper liegt manchmal stundenlang im Bett, während meine Seele sich unter den Verstorbenen befindet. Die Seelen kommen sogar in mein Bett!“ Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagte eine gesunde Frau und an ihrer Zurechnungsfähigkeit nicht zu zweifeln ist. Die erste Zeugin bekundete: „Ich habe die Angeklagte fast jeden Abend gegen 10 Uhr notdürftig gekleidet auf den Kirchhof eilen sehen, wo sie längere Zeit verblieb. Die Leute waren neugierig zu erfahren, was die Frau mit den Seelen gesprochen haben mag. Mir erklärte sie, daß sie sich mit den Seelen, die zur Nachtzeit in ihrer Wohnung erscheinen, unterhalten könne. Sie gehe meistens deshalb auf den Kirchhof, um den Streit zwischen den katholischen und evangelischen Seelen zu schlichten, denn diese hauen sich förmlich!“ Vorsitzender: „Was haben Sie noch beobachtet?“ Zeugin: „Ich habe gesehen, wie die Angeklagte im Bett lag, Bewegungen mit den Händen machte und sich mit den „Seelen“ unterhielt. An ihrem Bett knieten eine Menge Frauen und beteten!“ Angeklagte: „Da war zu dieser Zeit meine Seele nicht da, denn sonst müßte ich hiervon etwas wissen!“ Zweite Zeugin: „Ich hörte, daß zu der Angeklagten alle Tage viel Leute gehen und dort beteten, um die Seelen der Verstorbenen zu sehen und zu sprechen. Um meine Neugier zu befriedigen, begab ich mich auch dorthin. Die Angeklagte sah sich nicht um, machte nur Handbewegungen und unterhielt sich mit den Seelen, sie sagte: „Fort von mir — geh weg — laß mich — kommt, kommt Ihr guten Seelen in mein Bett, hier ist noch Platz — und Dich Teufel, jage ich zur Frau R.“ (Große Heiterkeit im Gerichtssaal.) Eine andere Zeugin erklärte: „Mir erzählte die Angeklagte, daß eine Seele aus Tost zu ihr gekommen sei und ihr den Auftrag erteilte, bei den Eltern des Verstorbenen 300 Taler zu holen, damit die von ihm vor dem Tode gemachten Schulden bezahlt werden können.“ Viel Heiterkeit erregte eine Zeugin mit folgender Erklärung: „Ich habe gehört, daß sich unter den zu der Angeklagten kommenden Seelen auch mein verstorbener Ehemann befindet. Um zu erfahren, wie es ihm im Jenseits gefalle, bin ich zu der Angeklagten gegangen. Sie bestellte mich für den dritten Tag. Als ich erschien, rief sie mir zu: „Ihr Mann freut sich, daß er Sie sieht!“ „Wo ist er denn?“ fragte ich weiter! „Sehen Sie ihn nicht auf dem Bett sitzen?“ gab die Angeklagte zur Antwort, „oder wollen Sie, daß er Ihnen 'n paar auf die „Fresse“ haut?“ (Lebhaftes Gelächter im Zuhörerraum). Nun legte sich die Angeklagte ins Bett, rollte die Augen und sagte: „Jetzt gehe ich mit Ihrem Manne und noch zwei Millionen Seelen zur Prozession. Kommt her Ihr Seelen, in mein Bett, hier hat es noch Platz. Macht Euch bereit. Wir müssen durch eine abgebrannte Stadt, wo uns 300 Seelen erwarten. Jetzt trat eine Stille ein. Die Anwesenden beteten und die Angeklagte unterhielt sich leise mit den Seelen“. Die letzte Zeugin hörte, wie die Angeklagte die Seelen aus dem Hausflur in die Stube rief und ihnen den Befehl erteilte, aus der Kirche die leichten Fahnen zu holen, damit sie zur Prozession gehen können und zwar durch Wald, Feld, Wasser und Feuer. Die Angeklagte habe die Seelen vom Kirchhof in ihre Wohnung geführt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie auch Seelen gesehen habe, gab die Zeugin zur Antwort: „Nein, aber die Angeklagte hat es mir erzählt“. Hiermit wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Nach kurzer Beratung führte der Vorsitzende aus, daß der Gerichtshof der Angeklagten Gelegenheit geben wolle, auch im Gefängnis Seelen erscheinen zu lassen und deshalb eine Haftstrafe von sechs Wochen gegen sie festgesetzt habe.

Wegen unerlaubten Fischens in der Nordsee wurde der holländische Fischdampfer „Zeehond“ vom Fischereischutzboot „S. 21“ nach Wilhelmshaven eingeschleppt.

Infolge einer Dampfkessel-Explosion ist nach einer Meldung der „Weserztg.“ die Dachpappenfabrik von F. Schacht in Braunschweig niedergebrannt. Fünf Arbeiter erlitten meist schwere Verletzungen.

Kleine Mitteilungen. Die Leiche des Anfang April nach Unterschlagungen aus Darmstadt flüchtig gewordenen Bankiers Schade wurde bei St. Goarshausen gelandet. — Eine sonderbare Art, sich aus der Welt zu schaffen, ersann ein Dienstmädchen aus Erlangen. In der Verzweiflung darüber, daß es beim Abstäuben zwei Figuren zerbrochen hatte, schüttete es Pulver auf einen Stuhl, zündete es an und setzte sich im selben Augenblick darauf. Der gewünschte Erfolg blieb aus; dagegen erlitt die Kehrseite der Aufgeregten empfindliche Brandwunden. — In der vergangenen Nacht wurden in der City zu London durch eine gewaltige Feuersbrunst vier große Warenhäuser zerstört. — Nach mehrtägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht in Lissa (Posen) den 26jährigen Förster Valentin Krupa zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe. Krupa wurde trotz seines Leugnens für schuldig befunden, am Vormittag des 13. November 1903 im Walde von Godurowo den Förster Jarkulski beraubt und erschlagen zu haben. — In der Mischhütte des Rudersdorfer Pulverwerkes bei Graz erfolgte gestern eine Explosion. Die Mischhütte wurde turmhoch in die Luft geschleudert. Es ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen, ein Werkmeister wurde verletzt. — — In die Spitalabteilung des Elisabeth-Armenhauses in Pest hat sich, wie dem „Fränkischen Kurier“ geschrieben wird, vor einigen Wochen eine Witwe Borsosz, geborene Jetti Einzig, aufnehmen lassen, deren Papiere ergaben, daß die Patientin 116 Jahre alt sei, denn sie wurde im Jahre 1788 geboren. Die Borsosz ist die älteste Frau Ungarns und dürfte in der ganzen Welt nur wenige Altersgenossinnen haben. Die Frau ist zwar schon stark zusammengeschrumpft, bewegt sich aber ohne Zuhülfenahme eines Stockes fort. Bei ihrer Aufnahme gab sie ein Alter von 105 Jahren an; als man ihr aus ihren Papieren nachwies, daß sie, wie ihre jüngeren Geschlechtsgenossinnen es zu tun pflegen, elf Jahre unterschlagen hätte, entschuldigte sie das damit, daß sie sich geniere, gar so alt zu sein.

Verhandlungen des Seeamts zu Hamburg.

Sitzung vom 25. April.

Vorsitzender: Rat Dr. A. Schön.

Beisitzer: Reeder de Freitas, Kapitän Lübcke, Kapitän Küchenthal und Ingenieur Schlick.

Protokollführer: Behrens.

Reichskommissar: Vizeadmiral z. D. Frhr. v. Bodenhausen.

Das Seeamt verhandelt zunächst über den mutmaßlichen Untergang des Hamburger Dampfers „Lutetia“.

Der Dampfer ist im Jahre 1877 mit einem Netto-Raumgehalt von 450 britischen Registertons erbaut, war Eigentum der Reederei von A. Kirsten in Hamburg und wurde geführt von dem Kapitän Otto Louis Michelsen.

Der Dampfer verließ am 20. November v. J. mit einer Ladung Roheisen den Hafen von Middlesbrough, und zwar nach Hamburg bestimmt, hat aber diesen Hafen nicht erreicht und ist verschollen. Ein vom Seeamte erlassenes Proklam hat über das Schicksal des Schiffes keine Aufklärung zu schaffen vermocht. Die „Lutetia“ ist wahrscheinlich mit ihrer gesamten Besatzung ein Opfer der schweren Stürme geworden, die im November v. J. in der Nordsee gewütet haben. Nach den Listen des hiesigen Seemannsamtes befanden sich beim Abgange von Hamburg folgende Personen an Bord: Kapitän O. L. A. Michelsen, geb. 16. August 1868 in Hamburg, 1. Steuermann H. Warnken, geb. 16. September 1861 in Vegesack, 2. Steuermann A. J. G. Klückow, geb. 16. Mai 1854 in Hingst, Zimmermann A. R. Borgwardt, geb. 16. Januar 1871 zu Born, der Koch H. Hock, geb. 9. Mai 1869 in Babenhausen, die Matrosen J. C. W. Netzel, geb. 12. Januar 1881 in Altona, H. L. Kutschke, geb. 7. September 1879 in Stolpemünde, R. v. Jarzowkowsky, geb. 7. September 1874 in Danzig, W. M. Friesen, geb. 14. November 1877 in Weßlinken, 1. Maschinist A. F. Ganse, geb. 29. August 1866 in Oschersleben, 2. Maschinist C. J. C. Kämpfe, geb. 25. Februar 1878 in Hamburg, Maschinen-Assistent H. C. Grabener, geb. 7. September 1884 in Lübeck, Donkeymann F. W. Nilßen, geb. 2. Mai 1874 zu Hamburg, die Heizer F. W. L. Jüß, geb. 8. November 1864 in Rostock, J. J. K. Meyer, geb. 15. März 1877 in Benedictenwerk, und Steward F. O. Vogel, geb. 11. Februar 1878 in Meisten-Cotta.

Die „Lutetia“ war ein Schraubendampfer und in Sunderland aus Eisen erbaut. Das deutsche Konsulat in Middlesbrough hat mitgeteilt, daß dort in der Schiffsmannschaft keine Veränderungen vorgekommen sind. Der Lotse, der das Schiff in See gebracht hat, hat erklärt, daß das Schiff einen Tiefgang von 16 Fuß gehabt und daß an Bord alles wohl gewesen sei, als er dasselbe verlassen habe. Noch an demselben Tage habe sich in der Nordsee ein heftiger Orkan erhoben, in dem mehrere Schiffe verunglückt sind. Das Kasko des Schiffes war an der hiesigen Börse mit ℳ 100 000 versichert. Außer Roheisen befand sich an Bord auch Pyridin in eisernen Trommeln. Pyridin ist sehr feuergefährlich. Das Schiff, das im Jahre 1902 zuletzt gründlich repariert ist, soll sich in einem guten, seetüchtigen Zustand befunden haben und auch nicht überladen gewesen sein. Schiffstrümmer oder Leichen sind nirgend angetrieben.

Der Reichskommissar stellt den Antrag, das Seeamt möge prüfen, ob noch das Material zu beschaffen sei, durch das man rechnerisch feststellen könne, ob der Freibord der „Lutetia“ den Vorschriften der Seeberufsgenossenschaft entsprochen habe.

Nach kurzer Beratung erklärt das Seeamt, daß der Ingenieur Schlick bereits den Versuch gemacht hat, durch Vermittlung des Vertreters des Germanischen Lloyd von der Werft, auf der die „Lutetia“ erbaut ist, die Konstruktionspläne des Dampfers zu erhalten. Die Werft habe jedoch erklärt, daß sie dieselben nicht mehr besitze, und habe sich ablehnend verhalten.

Der Reichskommissar stellte den Antrag, die Pläne durch Vermittlung des deutschen Konsuls zu erhalten zu versuchen.

Das Seeamt will dem Antrage entsprechen und setzt daher die Verhandlung vorläufig aus.

---

der aus demselben ungesunden Empfinden geboren ist, wie die teuflische Salome Oskar Wildes. Pervers berauscht sie sich an vorgeahnten Freuden des dahinfließenden, dampfenden Herzblutes der Vatermörder und in perverser Wollust krampft sie sich an die schwellenden Schenkel und Brüste der Schwester Chrysotkemis. Die Befriedigung so unendlich gesteigerter Lust kann keine befreiende Freude mehr bringen, sie endet im Tod.

Auch die anderen Frauengestalten der „Elektra“ Hofmannsthals sind mit diesem Oele gesalbt. Wie anders erscheint Klytämnestra? Und wie anders erst Chrysothemis? Die von quälenden Träumen verfolgte Gattenmörderin peinigt in sadistischer Wollust Elektren und Chrysothemis, die bei Sophokles in Kinderunschuld zurückscheut vor den furchtbaren Plänen der Schwester, ist zum geschlechtstollen Weib geworden, das in aufgeblühter Reife nach brünstiger Umarmung giert. Die Männerrollen halten sich in Hofmannsthals Dichtung in einem sehr bescheidenen Rahmen. Selbst Orest ist recht unbedeutend.

Unterscheidet sich so Hofmannsthals „Nachdichtung“ gar sehr von der antiken „Elektra“ des Sophokles und mag man der letzteren ohne Wanken den Preis vor der ersteren zuerkennen, so darf doch gesagt werden, daß auch Hofmannsthals Werk eine Dichtung von großer Schönheit, Kraft und natürlich auch Eigenart ist. Hofmannsthal hat sich seine antike Welt selbst zurecht gemacht. Andere Dichter taten ähnliches vor ihm, und man hatte nichts dawider. Er hat diese Welt mit seinem Geiste beseelt, daß sie in plastischer Deutlichkeit und Frische vor uns ersteht und wir auf äußerste von ihr gefesselt werden. Auch seine Elektra ist interessant. Sie ist grauenhafter als die antike, aber wir verstehen sie bis in die äußersten, zitternden Regungen ihres differenzierten Nervenlebens, wir verstehen ihre wollüstige Grausamkeit und werden aufs tiefste erschüttert. Ja, dieses Empfindungsleben der Elektra Hofmannsthals ist uns doch noch um ein gut Stück näher gebracht und darum verständlicher geworden, als in der antiken Komödie, die freilich, um es noch einmal zu sagen, als Kunstwerk doch weit über der modernen „Nachdichtung“ steht — kein schmeichelhaftes Zeugnis für unsere Zeit.

Herr von Berger hatte das Werk in Gemeinschaft mit Herrn Montor inszeniert. Der äußere Rahmen war natürlich angemessen, wie man das an dieser Stätte ja nicht anders gewohnt ist. Wie weit auf die Darstellung, auf die Auffassung der einzelnen Künstler Bergerscher Geist von Einfluß gewesen ist, läßt sich ja nicht sagen. Gering wird er nicht gewesen sein. Das fühlte man in der ziemlich gewahrten Einheitlichkeit des Geistes der Dichtung. Vielleicht hätte die Aufführung ein geringes Crescendo vertragen können. Sie war von vornherein auf einen kräftigen, eindringlichen Ton gestimmt, der hinterdrein keine rechte Steigerung mehr zuließ. Freilich ließ die große Kunst der Frau Doré das nur gering empfinden. Ihre Elektra, ein grandioses Meisterstück feinster Charakterkunst, wirkte auf Sinne und Nerven wie mit geheimer Zaubermacht. Die Rolle ist ja viel schwieriger, als die der antiken Elektra, in der Frau Doré mit ihrer explosiven dramatischen Leidenschaft so außerordentliche Erfolge erzielte. Die Elektra Hofmannsthals ist ganz Nervenmensch. Solche Rollen hatte die Künstlerin hier noch nicht gegeben. Aber ihre große Gestaltungskraft bewährte sich auch darin. Lauernder Blick und Haltung, die hastigen Gesten und Sprache, der leicht zitternde Ton, alles das charakterisierte ja die Elektra Hofmannsthals so glänzend, daß man meinen sollte, der Dichter hätte diese Rolle für die Doré geschrieben.

Als Chrysothemis präsentierte sich Fräulein Martha Wilson meines Wissens zum ersten Male in einer größeren Rolle. Im Affekt ist ihre Sprache nicht immer angenehm, ein Fehler, der sich vielleicht durch eifrige Arbeit gutmachen läßt. Aber sonst bot sie wirklich Erstaunliches. Sie hatte Wärme im Ton, Leidenschaft und eine sehr beachtliche Darstellungsgabe. Für ihre Chrysothemis verdient sie lebhafteste Anerkennung. Frau Ellmenreich gab die Klytenmästra mit Aufgebot aller darstellerischen Mittel, die ihr in reichem Maße zur Verfügung stehen. Und auch sie hatte sich eingelebt in die eigenartige Stimmung der Tragödie, aus der heraus sie dann ihre Klymnästra wiederzugestalten suchte. Auch Frau Ellmenreich verdient größtes Lob für ihre Leistung. Den Orest gab Herr Wagner, den Aegisth Herr Röhl, den Pfleger Herr Forst, einen Diener Herr Andresen, einen Koch Herr Sartory. Aus der Schar der Dienerinnen fiel Alma Hamdorf auf, die eine Verteidigung der Elektra gegenüber den anderen mit großer Leidenschaftlichkeit und vielem schauspielerischen Geschick führte.

Der Aufführung folgte wiederholter stürmischer Beifall, der sich schließlich zu einer brausenden Ovation für Frau Doré, Herrn von Berger und Frau Ellmenreich gestaltete. E. Kr.

Auf einer Reise des zur Deutschen Ostafrika-Linie in Hamburg gehörigen Reichspostdampfers „Somali", Kapitän Volkerisen, von Batavia nach Mombassa, verschwand der chinesische Deckspassagier Chang Coine.

Das Seeamt gibt folgenden Spruch ab:

„Auf dem Dampfer „Somali" ist am 25. Februar 1904 bei der Einfahrt in den Hafen von Mombassa ein chinesischer Deckspassagier Namens Chang Coine über Bord gefallen und wahrscheinlich ertrunken.

Die nach Sachlage möglichen Rettungsversuche sind gemacht.

Die Schiffsleitung trifft keine Schuld."

Schwurgericht.

26. April

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Engelschall.
Beisitzer: Landrichter Dr. Hastedt und Dr. Popert.
Protokollführer: Gerichtsschreiber Scharmenhop.
Geschworene: J. F. W. Riedel, J. F. J. Oetling, J. Gröninger, C. Ch. Rothermel, F. J. F. Mühsers, E. H. Ringel, H. E. Bandmann, G. H. A. Benthien, A. Bartsch, L. H. Bocke, O. Ch. Oberdörffer, H. W. L. Wrage.
Verteidiger: Dres. Pferdemenges und Barber.
Staatsanwalt: Dr. Ertel.

Vier schlimme Gesellen sind die des Straßenraubes angeklagten Fabrikarbeiter Anton Kiewitt, der Gelegenheitsarbeiter Gustav Adolf Koch, der Gelegenheitsarbeiter Gottlieb August Wilhelm Hermann Grahner und der angebliche Agent Wilhelm Robert Brauer. Die Angeklagten, die im Alter von 19 bis 26 Jahren stehen, sind sämtlich wegen Vergehens gegen das Eigentum schon vorbestraft, Koch zuletzt am 18. April von diesem Schwurgericht wegen wiederholten Raubes zu einer Gefängnisstrafe von 3½ Jahren. Der Tatbestand ist folgender: Im Oktober 1903 lernten die Angeklagten in einer hiesigen Herberge einen zugereisten polnischen Arbeiter H. kennen, der Getränke ausgab. Um ihm für seine Freigebigkeit ihre Dankbarkeit zu bekunden, erboten sie sich, den Polen Hamburg bei Nacht kennen zu lernen. Anstatt ihn nach St. Pauli zu bringen, wie sie ihm versprochen hatten, brachten sie ihn nach den Wallanlagen, wo sie ihn zu Boden warfen und seiner Barschaft beraubten. Die räuberischen Gesellen machten sich darauf aus dem Staube. Kurz nachher kam Koch zurück und heuchelte dem Polen Mitleid, ihm ratend, er solle sofort Anzeige erstatten, damit die Räuber abgefaßt würden. Der Ueberfallene ging auf den Vorschlag ein und teilte einem in diesem Augenblick auf der Bildfläche erscheinenden Schutzmann den Vorgang mit, dabei aber auch sofort den Koch als Mittäter bezeichnend, wobei er bemerkte: „Hab' ich scharfes Auge, erkenn das Bandit genau wieder." Koch geriet darauf in Haft, etwas später Kiewitt, während die anderen Wegelagerer in Berlin dingfest gemacht wurden. Die Angeklagten sind im wesentlichen geständig; sie geben zu, schon beim Verlassen der Herberge den Plan gefaßt zu haben, den Polen zu berauben. Koch habe ihn bei den Armen festgehalten, Kiewitt ihn am Schreien verhindert, Brauer ihn seiner Barschaft beraubt und der vierte Schmiere gestanden. Nach kurzer Beweisaufnahme beantragt der Staatsanwalt die Bejahung der Schuldfragen, ersucht aber um Zubilligung mildernder Umstände, weil die Angeklagten geständig seien und sie vielleicht noch gebessert werden könnten. Die Verteidiger schließen sich dem Antrage an, worauf die Geschworenen sich zur Beratung zurückziehen. Nach längerer Beratung verkündet der Obmann den Spruch der Geschworenen, wonach dem Koch die mildernden Umstände verweigert, den anderen Angeklagten aber zugebilligt werden. Der Staatsanwalt beantragt gegen Koch das Mindeststrafmaß von 5 Jahren Zuchthaus, gegen die weiteren Angeklagten je 3 Jahre Gefängnis und gegen sämtliche 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautet: Kiewitt erhält 2 Jahre Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust, Koch unter Einbeziehung der neulich erkannten Strafe 5½ Jahre Zuchthaus, 4 Jahre Ehrverlust, Brauer 2 Jahre und 9 Monate Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und Grahner 3 Jahre Gefängnis und Ehrverlust von gleicher Dauer.

Landgericht.

26. April.

Strafkammer IV. Vorsitzender: Dir. Dr. Schultze. Staatsanwalt: Irrmann.

Auf schiefer Bahn befindet sich der noch in jugendlichem Alter stehende Lausbursche Hermann Heinrich Detlev Karl Schuppenhauer, der schon wegen unterschiedlicher Vergehen zwei längere Gefängnisstrafen verbüßt hat. Als er im Herbst 1903 das Gefängnis verließ, bekam er Stellung bei einer Buchbinderfirma. Kaum warm geworden, kam er schon wieder auf Unredlichkeiten. Zunächst stahl er aus dem Rock eines Buchbindergehülfen M. 38, unterschlug dann seinem Prinzipal sieben Geldbeträge in Höhe von M. 5,60 bis M. 84,10 und stellte falsche Quittungen aus, endlich fertigte er sich Bestellscheine an, womit er sich Zigarren und einen Füllfederhalter im Werte von M. 10 erschwindelte. Der wegen Diebstahls, Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betruges Angeklagte wird in Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 2 Jahren Gefängnis und M. 300 Geldstrafe oder weiteren 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Ein Amtsrichter als Angeklagter. Wegen Vergehens gegen § 345 Absatz 2 des Strafgesetzbuches steht der frühere Vorsitzende des Schöffengerichts V, Amtsrichter Dr. Schemmann, vor Gericht. Nach der Anklage soll der Angeklagte durch Fahrlässigkeit verschuldet haben, daß ein zu Gefängnisstrafe Verurteilter sich länger in Strafhaft befunden hat als zulässig war. Der dieser Anklage zu Grunde liegende Tatbestand ist folgender: Am 31. Juli 1903 wurde der wegen einer anderen Straffache in Untersuchungshaft befindliche Kaiarbeiter S. wegen Widerstandes, Beamtenbeleidigung und ruhestörenden Lärmens zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und 1 Tag Haft verurteilt. Da der Angeklagte auf Rechtsmittel verzichtete und sich zum sofortigen Strafantritt bereit erklärte, trat S. mit Genehmigung des Untersuchungsrichters seine Strafe am 11. August an, wodurch die Untersuchungshaft unterbrochen wurde. Am 17. September fand wegen der anderen Sache die Verhandlung vor der Strafkammer statt, die mit der Verurteilung des S. zu 3 Monaten Gefängnis endete. Beide Strafen wurden zusammengezogen in eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten und 2 Wochen und 1 Tag Haft, unter Anrechnung von 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft. Es wurden dem Richter der ersten Instanz, dem heutigen Angeklagten, zwei Strafrequisitionen zur Vollstreckung vorgelegt, die der ersten Instanz und die der Strafkammer. Dem Verurteilten sind nun die sechs Wochen Untersuchungshaft nicht, wie es sein sollte, vom 11. August zurückgerechnet worden, sondern erst vom 17. September, so daß er sich tatsächlich 37 Tage länger in Strafhaft befunden haben würde, wenn er nicht aus dem Gefängnis heraus ein deutliches Lebenszeichen gegeben hätte. S. hat „nur" 31 Tage länger gebrummt, als er gebrummt haben würde, wenn er nicht noch eine dritte Strafe — 10 Tage Haft — zu verbüßen gehabt hätte, die von den 31 Tagen in Abzug zu bringen ist. Nach dieser Rechnung hat S. mithin genau 21 Tage zu lange im Gefängnis zugebracht. Der Angeklagte entschuldigt sein Vergehen mit Arbeitsüberlastung; die Strafrequisition sei ihm von dem sonst in jeder Beziehung zuverlässigen Beamten vorgelegt worden, weshalb er kein Bedenken getragen habe, den Strafvollzugsschein zu unterschreiben. Wer die Geschäftslast beim Schöffengericht kenne, der werde zugeben müssen, daß er nicht fahrlässig gehandelt habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß ein Schöffenrichter, der täglich 60 bis 70 Sachen durchsehen solle, alles lesen könne. Hinzu kämen die Strafvollstreckungsrequisitionen. Die in Anrechnung zu bringenden 6 Wochen Untersuchungshaft wären auf dem Schein an einer unauffälligen Stelle vermerkt gewesen, so daß man den Vermerk sehr leicht hätte übersehen können. Zwecks Entlastung der Schöffengerichte habe er sich seinerzeit an die Justizverwaltung gewandt, doch sei ihm erklärt worden, daß zur Zeit eine Umgestaltung völlig aussichtslos sei. Der Staatsanwalt hält es für erwiesen, daß an den Schöffengerichten die Arbeitslast eine sehr große ist, infolgedessen die Fahrlässigkeit eine minimale sei. Er beantragt eine Geldstrafe von M. 200. Das Urteil lautet auf M. 300 Geldstrafe. Für die richtige Vollstreckung sei nicht ein Beamter, sondern der Richter verantwortlich. Daher müsse, auch wenn die Arbeitslast an den Schöffengerichten eine große sei, Bestrafung eintreten. Das Gericht erachte die erkannte Strafe als angemessen.

Schiffs-Nachrichten.

In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

(Deutscher Reichstelegraph.)

Cuxhaven, 26. April, Vormittags.

Angekommen am 26. April.		Kapt.	Von
B.	5,30 Nordsee (F.-D.)	Wichmann	d. Nordsee
	6, 5 Unterweser II (Schl.)	Kahle	d. Weser
	6,15 Staffa (D.)	Cromarty	Leith
	6,25 Cornilios (D.)	—	Taganrog
	7,— Acilia (P.-D.)	Albers	New-Orleans

Von hier auf: heute früh Schlepper H. C. Kiehn. — Ferner auf: 6 Uhr Fischerfahrzeuge S. B. 73 und H. F. 189; 10 Uhr S. B. 27, 47 und 66. — 9 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 26. April.		Nach
B.	6,20 Thyra (D.)	—
	9,40 Ajax (Schl.)	Bremen
	„ Gegenwart (Leichter)	do.

Wind: SW., schwach. Wetter: halbbedeckt. — Barometer: 764,5. Thermometer: + 7,5° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

26. April.		Kapt.	Von
B.	5,30 Beowulf (Schl.)	Kröger	Kopenhagen
	„ Weserzeitung (Leichter)	Peper	Aarhuus
	6,45 Standard (D.)	—	Stettin
	„ Erndte (d. Segler)	Brütt	Samsö
	„ Catharina (d. Segler)	Wilhelmi	Ekensund

Helgoland meldet: Wind: West, mäßig. Wetter: heiter. See: mäßig bewegt.

Cuxhaven, 26. April, Nachmittags.

Angekommen am 26. April.		Kapt.	Von
B.	10,30 Aegir (F.-D.)	Ehrlich	der Nordsee
N.	1,45 Patmos (D.)	Braren	Odessa
	2,35 Franz (F.-D.)	Stemmer	der Nordsee
	3,35 Courier (D.)	Timm	Christiania

3 Uhr 40 Min.: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 26. April.		Nach
B.	11,40 Silvana (D.)	Helgoland
	„ Pollux (D.)	—
	12,— Parran (D.)	—
N.	2,— Frieda Lehmann (D.)	—
	„ Tugboat (F.-D.)	der Nordsee
	2,30 Sunrise (F.-D.)	do.
	3,25 Skandia (D.)	—
	3,35 Intrepid (D.)	Newcastle

Wind: West, schwach. Wetter: bedeckt. — Barometer: 765,6. Thermometer: + 11,2° C.

Holtenau meldet: In den Kanal eingelaufen:

26. April.		Kapt.	Von
B.	7,55 Karl (dän. Segler)	Johannsen	Halmstad
	10,15 Smart (Schlepper)	Aldag	Kiel
	„ Roland (Schlepper)	Junge	Holtenau
	„ Neumühlen (Leicht.)	Stelling	Neumühlen

Helgoland meldet: Wind: West, schwach. Wetter: heiter. See: leicht bewegt.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

Prinzessin Victoria Luise, Ruser, ist am 25. d. von Gibraltar weitergegangen. — **Auguste Victoria**, Sauermann, ist am 25. d. von Alexandria weitergegangen. — **Prinz Oskar**, Dugge, von New-York nach Neapel und Genua, ist am 25. d. Gibraltar passiert. — **Adria**, Bonath, von Stettin, ist am 25. d. in New-York angekommen. — **Prinz August Wilhelm**, Rüsch, ist am 25. d. von Tampico weitergegangen. — **Markomannia**, Müttrich, nach Westindien, ist am 25. d. von Antwerpen weitergegangen. — **Prinz Waldemar**, Finckbein, ist am 25. d. von Pernambuco weitergegangen. — **Dacia**, Rörden, ist am 25. d. von Montevideo via Madeira nach Hamburg abgegangen. — **Suevia**, v. Döhren, ist am 25. d. von Hongkong weitergegangen. — **Straßburg**, Madsen, ist am 25. d. in Hongkong angekommen. — **Batavia**, Dempwolf, ist am 24. d. von Hongkong weitergegangen. — **Andalusia**, Schmidt, von Ostasien, ist am 26. d. in Suez angekommen. — **Alesia**, Sachs, nach Ostasien, ist am 26. d. Ouessant Creach passiert. — **San Nicolas**, Kröger, ist ausgehend am 25. d. Teneriffa passiert. — **Corrientes**, Barrelet, ist rückkehrend am 25. d. Dover passiert. — **Emilie Woermann**, Faktert, ist auf der Ausreise am 25. d. in Las Palmas eingetroffen. — **Anna Woermann**, Schuldt, ist auf der Ausreise am 25. d. in Lome eingetroffen. — **Samos**, Pieper, nach Malta, ist am 25. d. Konstantinopel passiert. — **Pylos**, Menssen, nach Antwerpen, ist am 25. d. Ouessant passiert. — **Paros** ist am 25. d. von Salonik nach Konstantinopel weitergegangen. — **Lesbos**, Erichsen, ist am 25. d. von Smyrna nach Konstantinopel weitergegangen. — **Volos**, Krohn, ist am 25. d. in Braila angekommen. — **Leros**, Westphal, ist am 25. d. in Alexandrien angekommen. — **Rhodos**, Falk, setzte am 26. d. die Reise von Malta nach Hamburg fort. — **Sicilia**, Devantier, setzte am 26. d. die Reise von Konstantinopel nach Kimassi fort. — **Byzanz**, Röfer, ist am 24. d. in Triest angekommen. — **Pergamon**, Weichbrodt, ist am 24. d. von Smyrna abgegangen. — **Venezia**, Bradhering, ist am 23. d. in Cartagena angekommen. — **Hermann Menzell**, Paysen, ist am 25. d. Las Palmas passiert. — **Gut Heil**, Schröder, ist am 25. d. von Philadelphia nach Havana abgegangen. — **Bürgermeister Petersen**, Thaprich, ist am 25. d., nach Stockholm bestimmt, Butt of Lewis passiert. — **August Korff**, Wischhausen, ist am 25. d. in New-York angekommen. — **Mannheim**, Schau, nach Amsterdam, ist am 26. d. Scilly passiert. — **Heimfeld**, Eisfeld, ist am 25. d. von Hamburg in Port Talbot angekommen. — **Margaretha**, Fretwurst, ist am 25. d. in New-Orleans, Havana, angekommen. — **Tucuman**, Hanssen, ist am 26. d., rückkehrend von Teneriffa, nach Lissabon weitergegangen. — **Montevideo**, Toosbuy, ist rückkehrend am 26. d. von Teneriffa nach Hamburg weitergegangen. — **Gouverneur, Carstens**, ist auf der Rückreise am 25. d. von Marseille abgegangen. — **Bürgermeister**, C. Zemlin, ist auf der Rückreise am 26. d. von Ulissingen abgegangen. — **König**, Kley, ist auf der Ausreise am 25. d. Ouessant passiert. — **Kurfürst**, West, ist auf der Heimreise am 26. d. in Suez eingetroffen. — **Reichstag**, Winkler, ist am 26. d. in Bombay eingetroffen. — **Rostock**, Trulsen, ist auf der Heimreise am 26. d. in Colombo eingetroffen. — **Hohenzollern**, Wettin, auf der Vergnügungsreise, ist am 24. d. in Malaga angekommen. — **König Albert**, Polack, von New-York kommend, ist am 25. d. in Genua angekommen. — **Mainz**, Meyer, hat am 23. d. die Reise von Villagarcia nach Kuba fortgesetzt. — **Rhein**, Rott, ist am 25. d. in Baltimore angekommen. — **Würzburg**, v. Binzer, nach dem La Plata bestimmt, ist am 25. d. in Antwerpen angekommen. — **Prinzeß Irene**, Dannemann, hat am 25. d. die Reise von Gibraltar nach New-York fortgesetzt. — **Gera**, Dahl, hat am 25. d. die Reise von Southampton nach Genua fortgesetzt. — **Stahleck**, Beyersdorff, am 25. d. von Pomaron via Faro-Portimao und Setubal nach Lissabon. — **Hohenfels**, Elbo, am 25. d. in Karachi. — **Schwarzenfels**, Volkmann, am 25. d. ausgehend Suez passiert. — **Liebenfels**, Breitung, am 25. d. einkommend Algier passiert. — **Rüdesheimer**, Steinert, am 25. d. auf dem La Plata. — **Freiburg**, Pröfch, hat am 25. d. die Reise von Funchal nach Antwerpen fortgesetzt. — **Frankfurt**, Kirchner, ist am 25. d. in Galveston angekommen. — **Halle**, Malchow, hat am 25. d. die Reise von Oporto nach Lissabon fortgesetzt. — **Llangibby** hat am 25. d. die Reise von Antwerpen nach Bremen fortgesetzt. — **Preußen**, Prehn, von Ostasien kommend, ist am 25. d. in Neapel angekommen. — **Zieten**, Wilhelmi, nach Ostasien bestimmt, ist am 25. d. in Genua angekommen. — **Neidenfels**, Harbop, ist am 26. d. einkommend Port Said passiert.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.
Hamburg, 26. April, 12 Uhr Mittags.

Thermometer (C.)			Barom.	Wind	Atmosph.
Mittags	Maxim.	Minim.	(mm)		
+ 9,4	+ 14,7	+ 3,8	765,0	W	schön

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg am 27. April:
Flut: 10 Uhr 30 Min. | Ebbe: 3 Uhr 15 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Magdeburg	26. April	+ 2,04 m
Aussig	25. „	+ 1,29 m
Dresden	25. „	+ 0,22 m
Barby	25. „	+ 2,56 m
Wittenberge	25. „	+ 2,86 m
Lauenburg	25. „	+ 2,27 m
Dömitz	24. „	+ 2,31 m

Mutmaßliche Witterung am 27. April.

Nordwestdeutschland: Ziemlich kühles, veränderliches Wetter mit teilweise frischen Winden aus westlichen Richtungen; stellenweise Regen.

Auktionen.

27. April.

9½ Uhr: Allg. Mahagoni-Holzlager Rothenburgsort, Vierländerstr. 300, Holz (J. F. Müller u. Sohn, C. H. Lüßmann und G. Brummer jr. Nachfl.
10 „ Paffenreuterstraße 16, Pfänder (Gerichtsv.).
10 „ Rödingsmarkt 82, Herrenstoffe, Woll-Portièren (Elsaß).
10 „ Pulverteich 41, I., Ecke Große Allee, Hausstand (Johs. Thiessen).
10 „ Gehrkenswiete 11, part., Mobilien, Brillanten, Juwelen, Gold- u. Silberf. (H. Schopmann).
10 „ Herrengraben 19, Schuhwaren (H. Glasow).

Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Modern. Photogr.-Atelier Otto Jordan,
Uhlenhorst, Schillerstraße 39, Ecke Herderstraße. Fernspr. III, 4264.
Visitk.-Format Dtz. M. 2,50, Kabinett M. 5,—.

Nach langen Leiden verstarb am 25. d. M. mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

Heinrich Bobardt.

Tief betrauert von seiner Frau
Maria Bobardt und Kindern.

Beerdigung: Donnerstag, 28. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Marienkrankenhause nach Ohlsdorf.

Todes-Anzeige.

Nach kurzer Krankheit entschlief am Freitag, 22. April, im 48. Lebensjahre mein lieber Mann, der Zigarrenarbeiter **Herrmann Fust.**

Tief betrauert von seiner Frau und Kindern.
Wilhelmine Fust, geb. **Gense.**

Beerdigung: Heute, Mittwoch, 27. April, Nachm. 5 Uhr, vom Trauerhause, Kapellenstr. 28.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Verwandten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau und meiner Kinder liebevolle Mutter

Elisabeth Buchholz,

geb. **Engel,**
im Alter von 61 Jahren sanft entschlafen ist.

Tief betrauert von ihrem Gatten
C. Buchholz
nebst Kindern u. Schwiegertochter.

Beerdigung: Mittwoch, den 27. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Billh. Röhrendamm 230, nach Ohlsdorf.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau
Marie Lucie Sophie, geb. **Claussen**,
nach langem, schwerem Leiden im 69. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Tief betrauert von ihrem Mann und Verwandten.
Heinrich Klockmann.

Beerdigung: Freitag, 29. April, Nchm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Winterhuderweg 38, Hs. 1.

Danksagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Onkels sagen allen Freunden und Bekannten des Verstorbenen, insbesondere Herrn **Ernst Graf** für die trostreichen Worte am Grabe, sowie der Liedertafel „Amicitia-Concordia" und dem Verband der Bäcker unseren herzlichsten Dank.
A. Bartram u. Familie.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen und Mitarbeitern der Firma **J. H. Peters** unseren herzlichsten Dank.
Frau L. Brandt, geb. **Lange**,
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, Nachbarn, Bekannten und Verwandten, insbesondere seinen Kollegen vom Fabrik-, Land-Hülfsarbeiter-Verband, sowie seinen Arbeitskollegen der Bergedorfer Eisenwerke, dem Gesangverein „Eintracht", Sande, ferner Herrn Pastor Blunk für die trostreichen Worte am Sarge meines geliebten Mannes meinen innigsten Dank.
Frau K. Reimers Wwe.
nebst Kindern.

Für die rege Beteiligung und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meiner Kinder treu sorgenden Vaters **Gustav Hinrichs** sagen hiermit allen Bekannten, Freunden und Verwandten, insbesondere der Liedertafel der Maurer Hamburgs den herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Frau B. Hinrichs Wwe.
und Kinder.

Danksagung.

Für die rege Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau sagen hiermit allen Nachbarn, Freunden und Bekannten, sowie den Sparklubs „Hummel" und „Immer mehr" unseren herzlichsten Dank.
Heinrich Schütt und Sohn.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung unserer lieben Mutter sagen allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten unseren innigsten Dank.
L. Staudinger, Frau und **Familie.**

Wo
kauft man reell und preiswert auf Kredit?
Nur bei
N. Fuchs
Gänsemarkt 58, I. u. II.
Anzüge für Herren, Burschen und Knaben.
Damen-Kostüme, Kostüm-Röcke, Blusen u. Jacketts.
Kleiderstoffe
schwarz und farbig.
Stiefel für Damen, Herren u. Kinder.
Gardinen, Teppiche, Tischdecken.
Manufakturwaren, Kinderwagen, Uhren.
Möbel

Für 1	Zimmer	10	Mark	Anzahlung
„ 2	„	15	„	Anzahlung
„ 3	„	20	„	Anzahlung
„ 4	„	35	„	Anzahlung

Ohne Anzahlung
erhalten Kunden Kredit, die schon ein Konto beglichen haben.
Sonntags bis 2 geöffnet!

Lindo's Kaffee-Essenz feinster Kaffee-Zusatz
in Packetchen zu
10 und 20 Pfennig
in allen besseren Kolonialwarenhandlungen zu haben.

Büsing & Zeyn
Gr. Burstah 35, 37, 39, 41
und Kl. Burstah 1 und 3.
In unseren Ateliers
zur Anfertigung
nach Mass,
die unter Leitung erstklassiger Zuschneider stehen, kommen nur prima Qualitäten in deutschen und englischen Stoffen zur Verwendung.
Für besten Sitz und vornehmste Ausführung übernehmen wir jede Garantie.
Muster stehen auf Wunsch zu Diensten.
Billigste Preise. Pa. Referenzen.
Spezial-Abteilung in Livreen
für jede Dienerschaft.
Herren-Anzüge
14,75 18,50 23,50 26,50 29,50
Herren-Paletots
14,75 18,75 23,50 26,50 29,75

Eleganter Sitz. — Rosshaar-Verarbeitung.

Arbeitsmarkt.

Erstes und ältestes Nachweisungs-Kontor, gegr. 1822,
sucht absolut kostenfrei Ober-, perf. f. b. und bürgerl. Köchinnen, perf. Kammerjungfern, gew. Näh- und Hauskleinmädchen, Alleinmädchen mit und ohne Kochen, Trockenammen und Kinderfrauen.
Stellenvermittler **Hermann Feldner,**
C. Lüthge Nflg., Georgsplatz 8.

Gesucht 2 Küper
bei Quartiersleuten
für Gummi- und Palmöl-Fässer.
Nur solche, welche mit der Branche betraut sind, wollen sich melden. Offerten unter genauer Angabe der Adresse an die Annoncen-Exp. von **Johs. Dämel,** Mattentwiete 16.

Ges. Westenschn. auß. d. H. Stadthausbrücke 31, I.

Gesucht gute Rock- und Hosenschneider. Lindenstr. 50, St. Georg.

Ges. gut. Rockschneider, d. d. Woche e. Rock mitm. kann. Wexstr. 19, I.

Tüchtige Rockschneider,
Tarif III, können sich melden bei
S. Adam,
Neuerwall 76/80.

Schneider f. Pl. erh. Gr. Bleichen 90, IV.

Ges. 1 Hosenschneider a. d. H. Eulenstr. 55, Ott.

Tüchtige Rockschneider finden dauernde Beschäftigung bei Gebrüder Koppe, Stubbenhuk 30, IV.

Gesucht Rock- und Westenschneider. Königstr. 145, Altona.

Hosen- u. Westenschneider sof. gesucht. E. Stammer, Wexstr. 23, III.

Ges. Schneidergesellen. Eichenstr. 9.

Heller Platz für Schneider. Altona, Adolfstr. 138, III.

Schneider kann hellen Platz erh. und etwas mitm. Pferdemarkt 24, IV.

Zwicker gesucht für Pantoffeln. Kurzestr. 19.

Gesucht tüchtiger Schuhmachergeselle auf gute Herren- und Damenarbeit. Lithowstraße 66, Wandsbeck.

Frau w. Tabak i. H. zu str. Am Pflug 18, I. l., Ott.

T. Zur. w. Tab. i. H. z. str. Mendelssohnstr. 15, p. r.

Gesucht per sofort ein geprüfter, verheirateter
Maschinist und Heizer
mit guten Empfehlungen. Bewerbungsschreiben mit Altersangabe und Abschrift von Zeugnissen unter **Y. H. 753** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Hamburg.**

Ges. Hausarb., Penn., fl. Fass. M. 22. Drehbahn 41.

Hamburg.

Ges. Zig.-Arb. a. fl. schr. M. 15,50. Koppel 34, 1. r.
Z.-A. a. F. M. 12,75. Viktoriastr. 22, 3., Hammerb.
Ges. Zig.-Arb. S. M. 14,50. Hochstr. 14, 3. r.
Z.-A. Hd. 14,50, Zur. ½ T. 6. Schwenckestr. 31, 1. r.
G. Zig.-Arb. a. fl. S. M. 13,20. Stellingerweg 25, 1.
Zig.-Arb. a. Penn. M. 14. Stellingerweg 43, H. 1, 2.
Ges. Einroll. a. F. M. 6,65. Lappenbergsallee 48, K.
Ges. Wickelm. a. Penn. M. 5. Schwenckestr. 31, 1. r

Altona.

Ges. Zig.-Arb. a. Pemmal M. 17. Kl. Freiheit 67, I. l.
Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 14,25. Gustavstr. 62, 3. r.
Ges. Z.-A. a. Hd. M. 17. Langenfelderstr. 77, H. 2, 1. r.
Ges. Z.-A. a. H. M. 18, Eisfasson. Steinstr. 47 B, pt.
Ges. Zig.-Arb. a. F. M. 12. Waterloohain 13, 1.
Ges. Z.-A. a. Penn. M. 17,50. Winklersplatz 8, Hpt. l.
Ges. Blattzur. a. ½ T. M. 6. Adolfstr. 149, Hs. 1, pt. l.
Ges. Zurichter a. ½ T. M. 5. Jacobstr. 7, pt. r.
G. Zur. a. ½ T., Nachm., M. 5. Parallelstr. 22, p. r.
Ges. Zurichter a. ½ T. M. 5,50. Winklersplatz 8, 3. l.
Ges. Rapperstr. a. ½ T. M. 3. Friedrichstr. 58, 1., Mitte.

Ottensen.

Ges. Z.-A. a. Penn. M. 15,75. Arnoldstr. 25, p. l.
Ges. Z.-A. M. 14,50. Bahrenfelderstr. 66, 1. r.
G. Z.-A. a. H. Bauchz. 16,50. Bahrenfelderst. 192, 2.
G. Z.-A. Liliput. 12. Bahrenfelderstr. 198, H. 1, 2. r.
Ges. Z.-A. a. H. M. 13. Bahrenfelderstr. 201, 3. l.
Ges. Z.-A. a. H. 10,10. Gr. Brunnenstr. 105, 2. r.
Ges. Z.-A. a. H. M. 16. Gr. Brunnenstr. 154, 3. r.
Ges. Z.-A. a. H. M. 16. Karl Theodorstr. 17, 2.
Ges. Zig.-Arb. M. 15. Mansteinstr. 7, 2. l.
Ges. Zig.-Arb. a. H. M. 14,25. Roonstr. 9, 3. l.
Ges. Zig.-Arb. M. 18. Rothestr. 105, 1. r.

Roh-Tabak. Große Auswahl. Billige Preise.
Ad. Hinsch, Altona, Reichenstr. 18.

Roh-Tabak-Lager.
Steinstraße 89, Passage.
Sumatra-Decke ℳ 230, weißer Brand, deckt 1½ ℳ.
Sumatra ℳ 105, 110, 115, 120, 125, 160, 175.
Java ℳ 105 an.
St. Felix-Brasil 90, 105, 110, 115, 125.
Seedleaf 90, 100, 110, 115. Decke 130.
Carmen ℳ 90 an. Domingo 100.
Para-Kuba 160. Märker 80.
Geschnittene Einlage 70—80.
Geöffnet von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr.
C. A. Simon.

Roh-Tabak-Lager.
Emil Bente, Kl. Bergstr. 47, Alt.

Roh-Tabak-Haus!!!
St. Pauli, Lincolnstr. 3.
Neue Partie
32 Kist. Connect. Seedleaf à 100-130
12 Pack. Sumatra hell 2. Länge à 260
Adolf Graefe.

Zigarren
für Wiederverkäufer.
1000 Stück M. 20, 22, 24, 26, 28,
gerade, spitze und schräge Fassons,
schöne Farben.
Ad. Mehmel, Dovenfleet 49.

Zigarren en gros-Lager
Reellste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer, alle Fassons in jeder Preislage v. M. 20 an.
Heinr. Krohn, Valentinskamp 99, Eingang im Torweg.

Tabakstengel w. gek. u. abgeh., Zentner M. 5,50. **Ebke, Schulterblatt 24, Hs. 1, pt.**

Formenpresse z. vrk. Eppendorferweg 51, H. 5, p. r.
Zu verk. h. schräg. Formen. Gr. Rainstr. 32, Hs. 3.
Ges. Reste Tab., Grus. Schumacherstr. 10, Alt.

Zu verm. ein Laden mit Wohnung, enthaltend 3 Zimmer, Küche u. großen Keller. Passend für Schlachter-, Grünwaren- und Fettwarengeschäft. Preis M. 600.
Barmbeck, Dehnhaide 129.

Leer. Zim. z. verm. m. Kaffee M. 2. Lindenallee 21, IV.
Gr. sep. möbl. Z., 2B. M. 3,50. Niederstr. 15, II.

Zu verm. für 1 od. 2 Herren freundl. Wohn- u. Schlafz., Woche M. 3,50. Steindamm 15, III. l.

Tapezier polst. Sofa M. 4, Bettr. 2,50, in u. auß. d. Hause, reelle Arb. **H. Kemm, Gothenstr. 8, das 3. Haus von der Hammerbrookstr. Karte genügt.**

Der unentgeltliche Unterricht zur Anfertigung von Knaben-Anzügen befindet sich jetzt: Steindamm 15, III., Frau Röper.

Umzugshalber billig zu verkaufen: Pressen, Formen, diverse Brasil- und Sumatra-Tabake, gestr. Einlagen und sonstige diverse Sachen.
Schauenburgerstr. 118, Hth.

Damenfahrrad billig zu verk. Heilmannstr. 50, I. r.

Partie feiner Herren-Stoffe und Reste zu besonders billigen Preisen. **Schulterblatt 98a. Bitte sich überzeugen!**

Kleiderschr. 18, Kommod. 12, Sofa 16, 1- u. 2schl. Bettst. m. Federr. 18, Betten, Tisch, Sofa, 4 Stühle, Regl, Toonbank, Karre billig. **Hammerbrook, Schwabenstr. 60, part.**

Unfall! Singer-Nähmaschine, eleg., Umst. halb. M. 25. **Hammerbrookstr. 71, I. l.**

Hammerbrooker **Pfand-Leihhaus,**
Idastraße 21.
Geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Sofort gut erhaltener Hausstand, Plüschgarnitur 70, Phantasieschrank 36, Spiegelschrank mit Spiegel 34, Bettstelle 18, Kleiderschrank 20, Kommod. und Betten. **Steinstr. 61, I., Hamburg.** Händl. verb.

Die Färberei Karstadt-Porges ist die grösste Hamburgs.

Läden überall. ✲ Hauptgeschäft Görttwiete 5. ✲ Fernsprecher I, 2517.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse,
„Verein der Stuhlmacher", E. H. 96.

Gesucht

zum sofortigen Antritt ein Kassierer, welcher im Bureau der Kasse die sämtlichen Arbeiten übernehmen kann. (Kaution M. 2000.) Reflektanten, welche Mitglieder der Kasse sein müssen, wollen ihre eigenhändig geschriebene Bewerbung unter Angabe der Mitgliedsbuch-Nummer mit der Bezeichnung **„Kassierer"** bis zum 2. Mai d. J. im Bureau der Kasse, Hohe Bleichen 29, II., einreichen.

Der Vorstand.

Achtung! Bäckerstreik in Lübeck!

Die organisierten Bäckereiarbeiter in Lübeck stehen im Streik. Das dortige Gewerkschaftskartell hat beschlossen, die streikenden Bäcker in ihrem Kampfe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die beiden Lübecker Brotfabriken, Junge und Petersen, welche sehr viel Brot nach Hamburg, Altona und Wandsbeck liefern, haben sich noch nicht veranlaßt gesehen, die bescheidenen Forderungen der Bäckereiarbeiter zu bewilligen.

Wir ersuchen das brotkonsumierende Publikum, uns in diesem Kampfe zu unterstützen.

Der Vorstand
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands.
J. A.: **O. Allmann,** Vorsitzender.

Zur Maifeier

empfehlen wir:

„Der wahre Jacob".

(Mai-Nummer.)

Preis 10 Pfennig.

Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co.,
Fehlandstrasse 11.

Nähmaschinen kauft man am besten bei **Leifermann,** Stadthausbrücke 19. Schulterblatt 102.

Für Verlobte.
Möbel, Betten,
ganze Aussteuern
unt. den leichtesten Beding.
auf Abzahlung.
Sams. Sachs,
St. Georg,
Steindamm 43.
Filiale:
Schulterblatt 88a, I., gegenüber der Flora.

Zahn-Atelier
Richard Geilich, Admiralitätstr. 9/10.
Teilzahlung gestattet. Woche M. 1.
Mittwoch u. Sonntag, Vrm. 8—10 Uhr,
Zahnziehen unentgeltlich.

Arzneien für Krankenkassen Hamburg-Altonas liefert
Löwen-Apotheke,
Altona, Gr. Prinzenstraße 7.

Dank!

Lange Zeit litt ich an **Angstgefühlen, Herzklopfen,** einem **unheimlichen gespannten Gefühl im Kopfe** und an **Zittern und Fliegen in den Beinen.** Gegen diese Leiden brauchte ich alle möglichen Kuren **vergeblich.** Erst durch die **suggestive** Behandlung des Herrn **J. Tiedtke** wurde ich völlig wieder hergestellt, wofür ich demselben herzlichen Dank sage.

Friedr. Schult, Strefowstr. 59 b, I.

Nervenleidende!
Laßt Euch behandeln mit
Suggestion!
(N. d. berühmt. Methd. Dr. Lévy-Nancy.)
(Auch anwendbar bei schlechten Gewohnheiten 2c.)
J. Tiedtke, Suggestioneur,
Männersprechz.: 5½—9, Sonntags 10—12.
Frauen- u. Kindersprechz.: Wochentags 4—5.
Hamburg, Steindamm 25, II.
Prospekte gratis und franko.
Erläuternde Broschüre à M. 1,—.
Buch zur Selbstbehandlung (macht übr. Mittel u. fremde Hülfe unnötig) **mit genauer Gebrauchsanweisung M. 10,—.**

Leihhäuser: Billige Zinsen, Ungen. Eingang. Vorsch. auf Alles, St. Pauli, b. Eimsb. **Amandastr. 48** In der Stadt **Pferdemarkt 21.** Mobilien, Pianos u. Fahrräder werd. auch i. Pfand genomm.

Pfand-Leihhäuser:
Osterstr. 138 u. Humboldtstr. 6.

St. Georger Leihhaus,
Hausaplatz 11. Ungenierter Eingang.
Mobilien, Pianos und Fahrräder werden auch in Pfand genommen.

Pfandgeschäft, Pumpen Nr. 1,
geöffnet bis Abends 9 Uhr.

Hahntrapp 6, I. Etage. Kein Laden!
Engros-Lager
in
Herren- u. Knaben-Anzügen u. Paletots,
nur prima Verarbeitung.
Einzel-Verkauf
zu Engros-Lagerpreisen.
Herren-Paletots, moderne Stoffe, gar. wasserd. M. 16
Herren-Anz., reine Wolle, eleg. moderne Stoffe, v. M. 12 an
Anzüge in englisch. Stoffen, von M. 11 an
Knaben-Anzüge, marine, von M. 3 an
Schul-Anzüge ..... von M. 4 an
Knaben-Paletots, marine, von M. 6 an
Nur Hahntrapp 6, I. Etage. Kein Laden.

Hamburg. **J. Halmke.** Kohlhöfen 12.
Manufaktur-, Leinen- u. Aussteuer-Artikel. Fabrik fertiger Wäsche für Herren, Damen u. Kinder, Flanellhemden, echtblau u. krumpfrei.

Herren-Garderoben
fertig und nach Maß liefert in bester Ausführung zu billigsten Preisen
Ph. Daltrop, Röhrendamm 100.

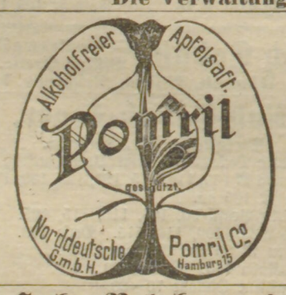
* Hört! Seht! Staunt! *
Die best. u. billigsten neuen u. gebraucht.
Mobilien
und Plüschgarnituren kauft man nur bei
J. Lewald, Elbstraße 88.

Fahrräder M. 75, Mäntel M. 4,50, Schläuche M. 2,50 an. Joh. Leppeck, Hammerbrookstr. 11.

Aufsehen

erregen die **engl. mod. Paletots u. Ulsters** à M. **25,50** bei der Firma **Adolph Lion, Große Bleichen 68,** gegenüber d. Artushof.

Fleisch-Kochanstalt.
Nächster Verkauf am Donnerstag, d. 28., u. Sonnabend, den 30. April, Vormittags 7 Uhr.
Die Verwaltung.



Hohe Belohnung!
Verloren am Sonntag eine Tasche mit großer Summe in Papiergeld.
Abzugeben Hotel „Metropole", Alstertor 21.

Ohne Konkurrenz!
Nur im
Möbel- u. Waren-Haus
von
F. A. H. Börs
Steindamm 86, I. und II. Etage, Ecke Lindenstrasse, gegenüb. Danzigerstr.
erhalten
Brautleute
nachstehende
Wohnungs-Einrichtung
ohne jegliche
Anzahlung
auf
Kredit!

1 Sofa	**2 Bettstellen**
4 Stühle	**2 Matratzen**
1 Tisch	**1 Kleiderschrank**
1 Spiegel	**1 Küchenschrank**
mit Untersatz	**1 Tisch u. Stuhl.**

Einzelne Kasten- und Polster-Möbel habe stets in **grösster Auswahl** auf Lager und gebe solche schon bei **wöchentlicher**
Abzahlung von Mk. 1,– ab.

Da sämtliche Polstermöbel in **eigener Tapezierwerkstatt** unter Leitung eines Fachmannes angefertigt und **nur gutes Material** hierzu verwandt wird, so übernehme ich für die Haltbarkeit der Möbel volle Garantie.

● Strengste Diskretion gesichert. ●
Keine Hauswirtsanzeige, auf Wunsch keine Kassierer.
Ansicht ohne Kaufzwang gern gestattet.
● Kredit auch nach auswärts. ●

Erste Paletots Neuheiten
sowie
moderne, chiksitzende mit schräger Tasche gearbeitete
Anzüge
in allen Grössen und Preislagen
für Herren, Jünglinge und Knaben.
Enorm grosse Auswahl.
Anfertigung nach Masz.
Garantie für eleganten Sitz, moderne Fassons, sowie feinste Verarbeitung bei billig gestellten Preisen.
Sport-, Turner-, Jagd- u. Reise-Garderoben,
sowie Hüte, Mützen, Unterzeuge, Sweaters, Gürtel, Hemden.
L. H. Tänzer, Altona,
Gr. Bergstrasse 71-77, Ecke Gr. Johannisstr. 1-1a,
Souterrain — Parterre — 1. Etage. Fernsprecher 986.

Auf
Abzahlung
Herren-Anzüge und Paletots.
Damen-Jacketts und Kostüme
Blusen
Kleiderstoffe, Manufakturwaren
Möbel jeder Art
Spezialität: Wohnungseinrichtungen (3 Zimmer)
mit M. 20 Anzahlung.
Wöchentliche Abzahlung von M. 1 an.
Kredit-Haus
Glaser & Co.
Alter Steinweg 78, 1. Etage.

Billiges Angebot
nur bis 1. Mai gültig:

Herren-Hosen, grauer, weicher Cheviot ..... jetzt à	**2 M.**
Herren-Hosen aus dunkel gestreiftem Buckskin ..... à	**2,50 M.**
Herren-Hosen aus schwerem Buckskin ..... jetzt à	**3,50 M.**
Knaben-Blusen-Anzüge grau gemustert Cheviot, hochzu	**3 M.**
Herren-Hosen aus prima schwarzem Cheviot, Kammgarn ..... à	**3,50 M.**
Herren-Hosen aus modern. grau gestr. Kammgarn ..... à	**3,75 M.**
Herren-Hosen a. schwarz. schweren Kammgarn ..... à	**4 M.**
Knaben-Blusen-Anzüge a. schwerem prima Cheviot, hoch geschlossen	**3,50 M.**

Bei Kauf eines Knaben-Anzuges eine hübsche Jockey-Mütze gratis.

Herren-Jackett- u. Rock-Anzüge aparte Neuheiten, von **9,50 M.** an bis **42 M.**

S. Meier, Posthof
Steinstr. 104/110.

Streupulver „Bums" (ges. gesch.), sowie
Grasztat's Wanzentinktur
haben sich bereits in kurzer Zeit so sehr die Gunst des Publikums erworben, daß es nicht weiter nötig ist, auf deren einzig dastehende Wirksamkeit hinzuweisen. Es werden daher nur von Zeit zu Zeit nochmals die Namen der Präparate in Erinnerung gebracht werden, damit Sie beim Einkauf **ausdrücklich nur** verlangen:
Streupulver „Bums",
Grasztat's „Wanzentinktur".

Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
ist
billig — bequem
sparsam
schont die Wäsche.

Maifeier
des Sozialdemokratischen Wahlvereins von Nienstedten und Umgegend
am Sonntag, den 1. Mai, im „Klein-Flottbecker Park".
Grosses Gartenkonzert frei.
Anfang 4 Uhr. Programm nach Belieben. Der Vorstand.

Achtung, Maifeier!
für
Grünhof, Tesperhude und Umgegend
am Sonntag, 1. Mai 1904,
Nachmittags 3 Uhr,
im Lokale des Herrn Burmester zu Grünhof.
Preis-Kegeln u. -Schießen,
welches von dem Vereinswirt veranstaltet wird.
Abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
mit der Tages-Ordnung:
„Die Bedeutung des 1. Mai".
Nachdem: **Geselliges Beisammensein** unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins „Einigkeit" von Grünhof-Tesperhude.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Zu verkaufen eine gutgehende **Schnell-Besohl-Anstalt** (Hauptstraße) wegen Krankheit. Offerten unter A. L. V. an die Exped. d. Bl.

Liedertafeln!!
Habe noch einige **Sonntage** für **Garten-Konzerte frei.**
J. Osterhof, „Bürgergarten", Altona, Langestr. 50.

Deutsches Schauspielhaus.
Mittwoch, den 27. April 1904:
(Außer Abonnement.)
Der Kaufmann von Venedig,
Lustspiel in 5 Akten, von Shakespeare.
Anfang 7½ Uhr. — Ende 11 Uhr.

Donnerstag: **Elektra. Der zerbrochene Krug.**
Freitag, Anfang 7 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Sonnabend: **Rose Bernd.**
Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu ermäßigten Preisen: **Alt-Heidelberg.** — Abends 7½ Uhr: **Der Kaufmann von Venedig.**
Montag: **Der Kaufmann von Venedig.**

Neuanmeldungen für das Abonnement (Spielzeit 1904/05) werden wochentäglich von 11—1 Uhr im **Theater-Bureau, Eingang Borgesch,** entgegengenommen. Abonnements-Bedingungen und Personal-Verzeichnisse sind daselbst erhältlich.

Theater.
Mittwoch, den 27. April:
Stadt-Theater. Nacht, Oper in 1 Akt, von Bogumil Zepler. Hierauf: **La Traviata.** Große Preise. Anfang 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Zapfenstreich, Drama in 4 Aufzügen, von Beyerlein. Anfang 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Mein Leopold, Volksstück mit Gesang in 3 Akten, von A. L'Arronge. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.
Carl Schultze-Theater. Direktion: **Full & Schultze.** Letzte Woche! Heute und folgende Tage, Anfang 7½ Uhr. Gastspiel der Wiener Operettengesellschaft des Direktors **Gabor Steiner.** Novität! **Frühlingsluft,** Operette in 3 Akten, von Josef Strauß. (Hanni: **Mizzi Zwerenz.**) Im 3. Akt: **Rosenhochzeit,** Ballett von Louis Gundlach.
Sonntag, den 1. Mai 1904: Gastspiel des Direktor Paul Linsemannschen Ensembles. **Die 300 Tage. Nina Sandow** als Gast.
Neues Operetten-Theater. Anf. 7½ Uhr. **Girofle-Girofla.** Girofle: **Marie Ottmann.**
Donnerstag und Freitag: **Girofle-Girofla.**
Sonnabend: Benefiz für **Rudolf Wang.**
Sonntag Nachmittag: Zu ermäßigten Preisen. Letzte Nachmittags-Vorstellung: **Die Geisha.**
Ernst Drucker-Theater. Anf. 8 Uhr. Höchste Sensation. **Die Dirnen von St. Petersburg,** gr. modernes Sittenstück in 5 Abteilungen.

Donnerstag, den 28. April:
Stadt-Theater. Z. 1. Male: **Muguette,** lyrische Oper in 4 Akten und 5 Bildern, von Edmond Missa. Große Preise. Anf. 7½ Uhr.
Thalia-Theater. Benefiz für Frau K. Bozenhard. Der Meineidbauer, Volksstück mit Gesang in 4 Akten, von Ludwig Anzengruber. Anf. 7½ Uhr.
Altonaer Stadt-Theater. Zum 1. Male: **Lucifer,** Drama in 4 Akten, von Enrico Annibale Butti. Deutsch von Otto Erich Hartleben und Ottomar Pilz. Mittel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

Carl Schultze-Theater.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Nur noch vier Aufführungen.
Frühlingsluft,
Operette von Josef Strauß.
Hanni ..... Mizzi Zwerenz.

HANSA-THEATER.
Noch 4 Tage:
Keine erhöhten Preise.
Yvette Guilbert
Salzer ✲ Therese Renz
Howard de Grey ✲ Emilias
und das
April-Programm.
Anfang 8 Uhr. — Ende 10⁴⁰ Uhr.
Vorverkauf bei **Käse** u. im Theaterbureau.

Henry Loebel's
Gemischter
Ausschank in den meisten Wirtschaften.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.